

An:

Von:
GG/BO-Soligruppe Jena
c/o Infoladen Jena
Schillergässchen 5
07745 Jena

Jena, 14. Juni 2016

Liebe Mitglieder der GG/BO!

Nach zwei Monaten schicken wir euch nun unser drittes Info-Bulletin raus. Über das Info-Bulletin wollen wir die Kommunikation mit euch aufrecht erhalten und euch mit all den wichtigen Infos zu Knastkämpfen versorgen, die sonst schwer hinter Gitter gelangen.

Lest es durch und gebt uns gerne Feedback, was euch gefallen hat und was nicht. Besonders interessant sind die Entwicklungen in Rostock, den USA und Belgien. In der JVA Waldeck bei Rostock gab es Ende Mai Unruhen unter den Gefangenen. Laut Presse haben sie sogar mit einem Hunger- und Arbeitsstreik gedroht. Wir sind da dran. Falls ihr Infos aus und Kontakte nach Waldeck habt, meldet euch bitte bei uns! In Belgien gibt es aufgrund der miserablen Lage hinter Gittern eine Gefängnisrevolte, an der sich Hunderte von Häftlingen beteiligen. In den USA laufen Knastaufstände, wilde Streiks und wird es am 9. September einen landesweiten Gefangenestreik gegen die Knast-Sklaverei geben.

Wir haben über die Presse über einen Selbstmord in Tonna, dem angeblich ersten seit sechs Jahren in Thüringen, erfahren. Falls ihr mehr darüber wisst, meldet euch gerne bei uns.

Erfreulich dagegen ist, dass es in den letzten Wochen einige Neumitglieder in den JVA Tonna und Untermaßfeld gibt. Die GG/BO in Thüringen wächst – dank euch! Falls ihr Kollegen in anderen thüringischen Strafanstalten kennt, erklärt ihnen gerne die GG/BO und schickt ihnen einen Mitgliedsantrag (der sollte dann an uns zurück), damit wir bald auch in den JVA Gera, Goldlauter und Hohenleuben vertreten sind.

Wenn ihr sonst Dinge habt, die ihr uns mitteilen möchtet, meldet euch bei uns oder den Sprechern in den JVA. Berichtet gerne auch über Fälle von Missbrauch, Schikanen, gemeinen Maßnahmen, Überausbeutung und miserablen Arbeitsbedingungen, Problemen, Missständen usw. Dafür gibt es ja die GG/BO – dass wir uns gemeinsam gegen diese Verhältnisse wehren.

David Hahn
GG-Sprecher JVA Untermaßfeld

Karl-Marx-Straße 8
98617 Untermaßfeld

Sebastian Assmann
stellv. GG-Sprecher JVA Untermaßfeld
Karl-Marx-Straße 8
98617 Untermaßfeld

Maik Büchner
GG-Sprecher JVA Tonna
Im Stenker 4
99958 Gräfentonna

Wir haben die Infos in 5 Kapitel untergliedert

1. Kämpfe und Widerstände im Knast (Seite 3)
2. Aus den sozialen Kämpfen in den Knast (Seite 20)
3. Gefängnis-News (Seite 28)
4. Solidarität von draußen (Seite 37)
5. Suizide und Todesfälle (Seite 48) (Wir dokumentieren die Todesfälle, weil wir der Meinung sind, dass kein Häftling, der in Haft umgekommen ist, vergessen werden sollte und darauf hinzuweisen, was für eine tödliche Maschinerie das Gefängnis ist)

Anbei:

- ein Briefumschlag
- eine 70 Cent Briefmarke
- zwei Mitgliedsanträge für die GG/BO (bitte an uns zurückschicken, wir geben sie dann nach Berlin weiter)

In Solidarität und auf bald!

GG/BO-Soligruppe Jena

(1) Kämpfe und Widerstände im Knast

Klage gegen hohe Telefonkosten im Gefängnis

Von Thomas Meyer-Falk, 22.04.2016

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/176495>

Kürzlich entschied das Landgericht Freiburg, dass die Haftanstalt über einen Antrag auf günstigere Telefoniekosten neu entscheiden müsse.

Der Sachverhalt

Seit die Hamburger Firma TELIO GmbH sich auch in deutschen Gefängnissen ausbreitet, da sie den Haftanstalten ein Rund-um-sorglos-Paket anbietet zur Abwicklung der Gefangenen-Telefonie, gibt es Klagen von Inhaftierten wegen deren Telefentarifen. Für Ortsgespräch sind 10 Cent/min und für Ferngespräche 20

Cent/min zu zahlen; Anrufe auf einem Handy fallen mit 69 Cent/min zu Buche und Telefonate ins Ausland übersteigen vielfach die 1 Euro/min Grenze.

In einem wegweisenden Beschluss im Jahr 2014 hat das LG Stendal entschieden, dass die Anstalt dort verpflichtet sei, neu über den Antrag des dort Inhaftierten zu befinden, was eine günstigere Telefonie-Möglichkeit angehe. Die Kammer hatte ein Sachverständigengutachten in Auftrag gegeben und dieses kam zu dem Ergebnis, dass die Firma TELIO GmbH mit einer überdurchschnittlich hohen Gewinnspanne kalkuliere und es zudem günstigere Anbieter gebe. Dieser Entscheidung hat sich am 11.04.2016 (Az.: 13 StVK 550/14) das Landgericht Freiburg vollinhaltlich angeschlossen.

Bezüglich des Inhalts verweise ich auf die angehängte PDF-Datei. Dem Beschluss lässt sich die latent zynische Auffassung der Haftanstalt entnehmen, ihr sei nicht bekannt, was denn bitteschön „marktgerechte Preise“ darstellten sollten und im Übrigen sei ich auch nicht bedürftig.

Die Entscheidung

Das Landgericht stellte fest, dass die JVA am Antrag auf ein preisgünstigere Telefonie-Möglichkeit vorbei argumentiert habe und die Anstalt verpflichtet sei, die wirtschaftlichen Interessen der Gefangenen und Verwahrten zu berücksichtigen, wenn sie Aufträge an Firmen vererbe. Hier beruft sich die Kammer auch auf die einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Die Zivilklage

Beim Landgericht Karlsruhe ist seit 2014 ein Prozesskostenhilfverfahren anhängig (Az. 2 0 489/14) in welchem Schadenersatz für unzureichende Haftbedingungen in der Freiburger Sicherungsverwahrung geltend gemacht wird bzw. PKH für eine dann zu erhebende Zivilklage. Einer der Klagepunkte wird die Kosten für die Telefonie darstellen, denn nach Ansicht von Inhaftierten und auch Rechtsanwälten könnte Anstaltspersonal amtspflichtwidrig (vgl. § 839 BGB) dadurch handeln, dass sie einen zu teuren Anbieter auswählt haben.

Konkret wird die Differenz zwischen dem von Telio verlangten und einem günstigeren Preis als materieller Schadenersatz geltend gemacht.

Die weiteren Aussichten

Nunmehr hat die JVA Freiburg drei Monate Zeit neu zu entscheiden. Es steht zu erwarten, dass sie erneut den Antrag auf günstigere Telefoniemöglichkeit ablehnt, so dass dann erneut vor dem Landgericht Freiburg auf gerichtliche Entscheidung angetragen werden muss. Denn der JVA-Vertreter zeichnete sich in den letzten Jahren nicht dadurch aus, dass er auf gerichtliche Entscheidungen mit Einsicht gehandelt hätte; seine Auffassung ist: Juristen können unterschiedlicher Meinung sein und die meine ist eine andere als die des Gerichts.

Für Gefängnisinsassen ist eine solche Einstellung eines Anstaltsvertreters nichts Neues; in der Literatur ist sie bekannt als „**Renitenz von Vollzugsbehörden**“ (vgl. Feest/Lesting, „Contempt of Court – Zur Wiederkehr des Themas der renitenten Strafvollzugsbehörden“, in: FS für Ulrich Eisenberg zum 70. Geburtstag, 2009, Seite 675 ff., erschienen im C. H. Beck-Verlag).

Nur wer über eine lange Haftstrafe und viel Ausdauer verfügt gelangt, vielleicht, eines Tages zu einem für ihn/sie günstigen Ergebnis.

In der JVA Freiburg freilich sterben so viele Sicherungsverwahrte (vgl. Badische Zeitung, Todesfälle im Gefängnis: Sind die Zustände schuld?), dass man die Befürchtung hegen muss, vor einer endgültigen Entscheidung verstorben zu sein.

Thomas Meyer-Falk
c/o JVA (SV)

Ausbrecher scheitert an Alarmanlage

Häftling nutzt die Winkelsäge aus dem Elektrowerkstatt, um Gitterstäbe aufzulexten. Von Barbara Wild und Wolfgang Widemann, 5. April 2016

Quelle: <http://www.augsburger-allgemeine.de/donauwoerth/Ausbrecher-scheitert-an-Alarmanlage-id37398732.html>

Kaisheim/Niederschönenfeld Aus einem Gefängnis ausbrechen, das scheinbar Unmögliches schaffen – dieses Thema hat die Menschen seit jeher fasziniert und Stoff für einige Filmklassiker geliefert. Nach langer Zeit hat es nun mal wieder ein Häftling probiert, aus einer der beiden Justizvollzugsanstalten (JVA) im Donau-Ries-Kreis zu entkommen. Der 35-Jährige witterte in Kaisheim seine Chance – und scheiterte.

Der Vorfall passierte am Freitag. JVA-Leiter Friedhelm Kirchhoff bestätigt auf Nachfrage, dass der Gefangene versuchte, mit einem Winkelschleifer die Gitterstäbe eines Fensters aufzusägen. Der Mann war in der Elektrowerkstatt der JVA tätig und zum Zeitraum des Ausbruchversuchs allein in dem Betrieb.

Das Gebäude befindet sich am Rand der Anstalt. Das Fenster im ersten Stock führt sozusagen direkt in die Freiheit. Es gelang dem 35-Jährigen, die erste Ebene an Gitterstäben aufzusägen, doch das doppelt gesicherte Fenster ist mit einer Alarmanlage ausgestattet. Die ging los, als sich der Gefangene an die weiteren Stäbe machte. „Das ist ein Szenario, mit dem wir gerechnet haben, deshalb sind die Fenster in der Werkstatt so abgesichert“, erklärt Kirchhoff. Beamte der JVA konnten dem Ausbruchsvorhaben dann schnell ein Ende machen. Der Gefangene muss nun damit rechnen, dass die Sachbeschädigung strafrechtlich verfolgt wird und Auswirkungen auf seine Entlassung hat.

Kirchhoff glaubt den Grund dafür zu kennen, warum der Gefangene das Weite suchen wollte: Er habe noch einige Jahre abzusitzen und es laufe ein weiteres Strafverfahren gegen ihn.

Der Ausbruchversuch in der JVA Kaisheim hat Seltenheitswert. So etwas sei seit über 13 Jahren nicht mehr passiert, berichtet der Direktor. In der Nacht auf 1. Januar 2003 klopften drei Häftlinge ein Loch in die Wand ihrer Zelle und suchten das Weite. Einer der Beteiligten verletzte sich, weil ein zum Seil umfunktioniertes Bettlaken riss. Die beiden anderen Männer entkamen, ihre Freiheit währte aber nicht lange. Inzwischen hat man das Kaisheimer Gefängnis – wie auch die anderen Anstalten – noch ausbruchssicherer gemacht. Laut Kirchhoff wurde in Kaisheim ein zusätzlicher Innenzaun installiert und die Video-Sensor-Anlage wurde weiter ausgebaut. Soll heißen: Klettert jemand an einer Fassade oder steigt über eine Mauer, wird Alarm ausgelöst. Weit mehr als 100 Videokameras sind an den Gebäuden montiert. Die Folge beschreibt der Direktor so: „Aus dem geschlossenen Vollzug kommt man kaum noch raus. Da muss schon viel schiefgehen.“

In der JVA Niederschönenfeld ist der letzte Ausbruchversuch beziehungsweise Ausbruch ebenfalls schon lange zurück. Im August 2001 entkam ein 25-Jähriger. Die Flucht war filmreif. Der kräftige Mann schlüpfte durch ein nur 35 Zentimeter großes Loch in der Zellenwand und hangelte sich auf dem Weg nach Draußen über eine Dachrinne und einen Blitzableiter. Dass seitdem nichts mehr passiert ist, führt stellvertretender JVA-Leiter Michael Draxler auf die Situation der meisten Gefangenen zurück. Es handle sich um junge Männer, „die noch eine Perspektive haben“. Die Strafen der Häftlinge in Niederschönenfeld seien nicht so hoch und bei guter Führung seien Haftlockerungen oder eine vorzeitige Entlassung möglich.

Gefangenen-Protest in der JVA Waldeck

Nach dem Drogentod eines Häftlings in der JVA Bützow (siehe Suizide und Todesfälle) ließ das Land die Haftbedingungen in allen Haftanstalten Mecklenburg-Vorpommerns verschärfen. Am Wochenende vom 20. bis 22. Mai gab es in der JVA Waldeck zusätzlich eine Reihe von Durchsuchungen gegeben und wurden mehrere Handys beschlagnahmt. Am 24. Mai wurde in der Presse dann bekannt gegeben, dass die Häftlinge der JVA Waldeck einen Protest gestartet haben. Sie beschwerten sich über das schlechte Essen, die unzulängliche medizinische Versorgung, Postzensur und schikanöse Kontrollmaßnahmen. Sie wollten auch einen Forderungskatalog mit 7-Punkten an das Justizministerium in Schwerin schicken.

In der JVA Waldeck gibt es über ein Dutzend GG/BO-Mitglieder. Wir haben versucht, mit ihnen Kontakt aufzunehmen und auch sonst mehr Infos über den Protest zu kriegen. Bisher wissen wir nicht mehr, als das, was in der Presse steht. Wir dokumentieren zwei der erschienenen Artikel:

Stand: 24.05.2016 13:33 Uhr - Lesezeit: ca.1 Min.

Waldeck-Insassen kritisieren Haftbedingungen

Quelle: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/JVA-Waldeck-Sicherheitsmassnahmen-verschaerft,waldeck124.html>

In der Justizvollzugsanstalt (JVA) Waldeck bei Rostock haben sich Insassen über die Haftbedingungen beschwert. Die Kritik reicht vom angeblich mangelhaften Essen über die medizinische Versorgung bis hin zur Anweisung, sich nach dem Besuch entkleiden zu müssen. Die Gefangenen erläuterten ihre Beschwerden gegenüber der JVA-Leitung, nachdem sie sie zuvor öffentlich gemacht hatten: Unter anderem gebe es zu wenig Obst und Gemüse, auch ein Anstaltsarzt fehle.

Justizministerium kontert Kritik

Das Justizministerium wies die Kritik zurück: Obst und Gemüse gebe es täglich, ein externer Vertragsarzt sei immer erreichbar, sagte ein Sprecher. Er bestätigte auch, dass sich Inhaftierte, nachdem sie besucht wurden, entkleiden müssen. Dies sei vereinzelt der Fall, um das Einschmuggeln von Drogen oder Handys zu unterbinden. Ein Grund für diese strengen Kontrollen: Zuletzt war ein Inhaftierter an einer Überdosis Drogen gestorben.

Durchsuchungen am Wochenende

In der JVA Waldeck hatte es erst am Wochenende Durchsuchungen gegeben. Offenbar gab es Hinweise auf eine geplante Straftat. Dabei wurden mehrere Handys sichergestellt. Damit die Kommunikation per Handy innerhalb der Gefängnismauern nicht mehr möglich ist, soll dort künftig das Handynetz blockiert werden.

Waldeck Protest in JVA: Häftlinge drohen mit Streik

Die Haftbedingungen in Waldeck wurden verschärft. Das Justizministerium verteidigt die Maßnahmen.

Quelle: Hartmut Klonowski

Artikel veröffentlicht: 05:00 Uhr 24.05.2016

Artikel aktualisiert: 11:14 Uhr 24.05.2016

Quelle: <http://m.ostsee-zeitung.de/Region-Rostock/Bad-Doberan/Protest-in-JVA-Haeflinge-drohen-mit-Streik>

Waldeck. Mieses Essen, weniger Freiräume, Sanktionen bei der Post: Gefangene der Justizvollzugsanstalt (JVA) Waldeck (Landkreis Rostock) gehen auf die Barrikaden. Die Unruhen gehen so weit, dass die Häftlinge der Anstaltsleitung mit einem Arbeits- und Hungerstreik drohen. „Die Vorfälle summieren sich. So kann es nicht weitergehen“, äußerte sich ein Häftling gegenüber der OSTSEE-ZEITUNG. Mit einem Sieben-Punkte-Manifest (liegt der OZ vor) wollen sich die Inhaftierten nun an das Schweriner Justizministerium wenden, um eine verbesserte Situation zu erreichen.

Der Pressesprecher des Justizministeriums MV bestätigt, dass die Regeln in Waldeck verschärft worden seien – aber aus gutem Grund: Hintergrund ist, das Einschmuggeln von Drogen wie „Spice“ zu verhindern. Auch, dass sich Häftlinge nach einem Besuch für eine Kontrolle entkleiden müssen. „Dies ist nach dem Strafvollzugsgesetz MV zulässig“, sagt er.

Knastrevolten in Belgien

Seit dem 25. April streiken die belgischen Wärter_innen. Sie werden von Bullen und Soldaten (!) ersetzt. Die Lebensbedingungen hinter Gittern haben sich aufgrund des Streiks krass verschlechtert: kein Aufschluss, kein Hofgang, keine Besuche, kein Duschen, teils kein Essen usw. In vielen belgischen Knästen sind deswegen Knastrevolten ausgebrochen. Die Gefangenen legen Feuer, zerstören Zellen, greifen die Wärter_innen an. Die Staatsmacht hat unter dem Druck dieser Aufstände bereits Hunderte U-Häftlinge entlassen. Die Aufstände der Gefangenen finden im Kontext breiterer Kämpfe der Bevölkerung gegen geplante Sparmaßnahmen des belgischen Staats statt. Wir drucken hier einige der erschienenen Zeitungsartikel zum Thema ab.

Belgien Armee rückt in Gefängnisse ein

Nach zwei Wochen Streik der Gefängniswärter will die Regierung die Armee einsetzen, um Häftlinge zu bewachen und zu versorgen.

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/politik/belgien-armee-rueckt-in-gefaengnisse-ein-1.2985876>

Von Thomas Kirchner, Brüssel

Nach fast zwei Wochen Streik der Gefängniswärter will Belgiens Regierung nun die Armee einsetzen, um wenigstens eine Grundversorgung der Häftlinge gewährleisten zu können. Wie Justizminister Koen Geens bekannt gab, sollen in drei Haftanstalten im betroffenen französischsprachigen Landesteil sowie in Brüssel insgesamt 180 Soldaten "zusätzliche humanitäre Unterstützung leisten". Sie sollen Polizisten und Mitarbeiter des Roten Kreuzes entlasten, die an die Stelle der Streikenden getreten sind.

Die Lage in den Gefängnissen ist laut belgischen Medien sehr angespannt. Die Häftlinge dürfen seit Beginn des Ausstands ihre Zellen nicht mehr verlassen und nicht mehr duschen; sie erhalten nur noch wenige Medikamente und können auch keinen Besuch mehr empfangen. In mehreren Gefängnissen äußerten Insassen ihren Unmut, indem sie Gegenstände in Brand setzten. Angehörige versuchten, mit ihnen über die Gefängnismauern in Kontakt zu treten. "Selbst in einem Tierheim bekommen die Hunde doch täglich ein wenig Ausgang", wurde ein Häftling zitiert. Ein Untersuchungsrichter in Lüttich erklärte, die Situation widerspreche inzwischen der menschlichen Würde; er ordnete deshalb an, einen wegen Drogendelikten Einsitzenden freizulassen. In Lüttich muss der Staat nun Dutzenden Häftlingen ein Ausgleichsgeld von täglich 300 Euro zahlen.

Die Gefängnisaufseher klagen über zu wenig Personal, schlechte Bezahlung und fordern auch Verbesserungen bei der Rente. Über das Wochenende hatten Gewerkschaften mit Minister Geens einen Kompromiss ausgehandelt, den die Angestellten in der Wallonie aber deutlich zurückwiesen. Mehr gebe sein Budget nicht her, argumentiert Geens. Der Minister wolle bloß den Streik brechen und auf Zeit spielen, entgegneten Gewerkschafter. Dass die Regierung nun Soldaten einrücken lasse, erinnere ihn an Nordkorea, sagte der Direktor der Haftanstalt von Andenne.

Die Zustände in Belgiens Gefängnissen werden seit Jahren kritisiert. Das Anti-Folter-Komitee des Europarats bemängelte 2013 in einem Bericht vor allem die übervollen Zellen. Mit 134 Häftlingen pro 100 Plätzen liege Belgien an viertletzter Stelle in Europa. Oft würden zwei Gefangene in einer Einzelzelle untergebracht. Darüber hinaus hapere es bei der psychischen, sozialen und medizinischen Betreuung. Im flämischen Merksplas, das nicht von dem Streik betroffen ist, revoltieren seit Samstag 170 Häftlinge gegen

ebendiese Bedingungen. Sie haben 150 Zellen verwüstet. Auch die Zustände in Belgiens geschlossenen psychiatrischen Anstalten sind wiederholt kritisiert worden. Grund für die Misere ist, dass der Staat über Jahrzehnte zu wenig Geld in Unterhalt und Ausbau dieser Institutionen gesteckt hat. Flämische Politiker fordern nun, eine garantierte Grundversorgung bei der Gefängnisaufsicht gesetzlich festzuschreiben, ähnlich wie bei der Polizei oder in Krankenhäusern. Dies hatte allerdings auch der Europarat 2013 schon angemahnt.

Belgiens Gewerkschaften haben für die kommenden Monate weitere Arbeitskämpfe angekündigt, unter anderem einen Generalstreik im Juni. Ein Ausstand der Fluglotsen hatte kürzlich die Wiederaufnahme des Flugbetriebs am Brüsseler Flughafen verhindert.

In belgischen Gefängnissen ist das Chaos ausgebrochen

Heftige Ausschreitungen in belgischen Gefängnissen: Durch einen Streik der Wärter können die Insassen nicht duschen, es gibt keine Kantine und keinen Tabak. Nun wurde auch noch das Wasser abgestellt.

Von David Fischer

Quelle: <http://www.welt.de/politik/ausland/article155245783/In-belgischen-Gefangnissen-ist-das-Chaos-ausgebrochen.html>

In Belgiens Gefängnissen brennen Matratzen, Häftlinge werfen Steine, zertrümmern ihre Zellen und zünden Gegenstände an. Ein Streik der Wärter hat die Situation der Insassen in den Haftanstalten innerhalb weniger Tage verschlechtert und heftige Unruhen ausgelöst. Die Regierung beorderte nun die Armee als Unterstützung in Gefängnisse im französischsprachigen Landesteil.

Der seit zwei Wochen andauernde Wärterstreik wirke sich immer stärker auf den Haftalltag der Gefangenen aus, berichten belgische Medien. "Es gibt keine Duschen, keine Kantine, keinen Tabak. Das Wasser wurde in den Zellen abgedreht, nachdem mehrere Häftlinge sie überflutet hatten", sagte ein Gefangener aus dem Gefängnis von Andenne dem belgischen Sender RTBF. Wegen Personalnot wurden die täglichen Spaziergänge und Besuche gestrichen, Insassen konnten ihre Anwälte nicht sehen. Selbst Essen soll teilweise nur unregelmäßig ausgegeben worden sein.

Die Soldaten sollen nun wenigstens eine Mindestversorgung gewährleisten, allerdings nicht mit Inhaftierten direkt in Kontakt treten. Dabei sieht die Militärgewerkschaft die belgische Armee wegen der angespannten Sicherheitslage im Land in diesen Tagen schon bis zum Anschlag belastet. Gut anderthalb Monate nach den Terroranschlägen in Brüssel patrouillieren noch immer Soldaten mit Maschinengewehren vor EU-Einrichtungen. Die Präsenz des Militärs ist das sichtbarste Zeichen der zweithöchsten Sicherheitsstufe im Land. Ausgerechnet in dieser angespannten Lage ist ein weiterer Brandherd hinzugekommen.

Versäumnisse im Kampf gegen Terrorismus befürchtet

Nach einer Entscheidung der Regierung sollen 180 Soldaten in mehreren Gefängnissen aushelfen, um dort die Ordnung wiederherzustellen. Wie lang der Einsatz dauert, war zunächst offen. Die Soldaten gehören zu einer Einheit, die sonst über die Sicherheit in Städten wacht. Gerade deshalb kritisiert die Militärgewerkschaft das Einspringen in den Gefängnissen scharf. Sie fürchtet Überlastung und Versäumnisse im Kampf gegen den Terrorismus.

Ende April waren Gefängniswärter in der Wallonie in den Ausstand getreten. Sie protestierten gegen Sparmaßnahmen und die aus ihrer Sicht schlechte Personalsituation. Ein erstes Angebot des Justizministers Koen Geens hatten sie abgelehnt. Geens gilt als angezählt, er hatte nach den Brüsseler Terroranschlägen mit 32 unschuldigen Todesopfern am 22. März wegen möglicher Versäumnisse bei Anti-Terror-Ermittlungen seinen Rücktritt angeboten. Premierminister Charles Michel lehnte ab.

Die miserablen Haftbedingungen in Belgien stehen seit Jahren in der Kritik. Die Zahl der Insassen ist seit 2008 um 20 Prozent gestiegen. Wegen überfüllter Gefängnisse wurden bereits in der Vergangenheit mehrere Hundert Häftlinge in leere Haftanstalten in den Niederlanden gebracht. Im Schnitt kommen in Belgien auf

100 verfügbare Plätze 123 Häftlinge – im europäischen Vergleich liegt das Land damit auf den hinteren Plätzen.

Kritik an Unterbringung von Terror-Verdächtigen

Amnesty International berichtete zuletzt von "mangelhaften" Haftbedingungen. Vor allem Häftlinge mit psychischen Erkrankungen seien "unter unzureichenden Bedingungen festgehalten" worden und hätten nicht die notwendige medizinische Versorgung erhalten.

Andere sehen die belgischen Gefängnisse vor allem als unzureichend gerüstet für die Unterbringung von verurteilten Terroristen und Terrorverdächtigen, von denen zurzeit mehrere hinter Gittern sitzen. So war in dem vom Streik ebenfalls betroffenen Gefängnis Brüssel-Forest zeitweise auch der mutmaßliche Attentäter Mohamed Abrini untergebracht, der als sogenannter Mann mit Hut an den Brüsseler Anschlägen beteiligt gewesen und auch bei den Anschlägen von Paris am 13. November mit 130 Toten eine Rolle gespielt haben soll. Gewerkschafter kritisieren, in Forest gebe es weder Einzelzellen, um Terroristen abgeschottet unterzubringen, noch das nötige Personal.

Belgien: Revolten in Gefängnissen, der Staat sendet die Armee rein

Verfasst von: anonym. Verfasst am: 22.05.2016 - 16:43.

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/179758>

Versuch einer Übersetzung von einem Artikel vom 10. Mai von Insurrection News, „..“ sind von uns eingefügt.

Eine kleine Chronologie der Aufstände die sich in den belgischen Gefängnissen ausbreiteten nachdem die Wärter*innen mehr als zwei Wochen streiken...

Am Montag den 25 April gingen die Wächter*innen aller Gefängnisse in den französischsprachigen Teilen Belgiens in den Streik, insgesamt in 21 Gefängnissen. Die Gefangenen waren in den Zellen eingesperrt. Alle Aktivitäten, wie Hofgang, Dusche, Besuche, Anwaltstreffen wurden gekanzelt. In einigen Gefängnissen übernahm die Polizei die Kontrolle um die "Sicherheit" zu gewährleisten.

Nach einer Woche Streik, und sich rapide verschlechternder Konditionen drinnen, begannen sich die Vorfälle auf viele Gefängnisse auszuweiten. In einigen Gefängnissen kann die Situation katastrophal bezeichnet werden. Gefangene erhielten nur einmal am Tag Essen, konnten ihre Zellen für mehr als zehn Tage nicht verlassen, die hygienischen Zustände waren schrecklich und Infektionen und Krankheiten verbreiteten sich.

3ter Mai: Im Gefängnis von Tournai wurden die Spannungen größer und Gefangene begannen ihre Zellen zu zerstören.

3ter Mai: in der Nacht begannen Gefangene in Huy Matratzen zu verbrennen und zerstörten einige Zellen. Die Bundespolizei interveniert um die "Ordnung" wieder herzustellen.

4ter Mai: Gefangene in Huy legen überall im Gefängnis Feuer, brechen die Türen ihrer Zellen auf, zerstören Teile der Gefängnisinfrastruktur und fluten eine Sektion des Gefängnisses. Die Bundespolizei stürmt noch in der Nacht das Gefängnis.

4ter Mai: Gefangene in Nivelles zerstören Zellen und werfen brennende Sachen aus den Zellen. Mehr als 40 Gefangene starten einen kollektiven Hungerstreik.

4ter Mai: in der Nacht legen Gefangene Feuer in Arlon. Die Feuerwehr, geschützt durch Bundespolizei, interveniert zweimal in der Nacht.

5ter Mai: Gefangene in Jamioulx beginnen den Aufstand. Sie zerstören Zellen, attackieren Sicherheitspersonal das noch arbeitet und legen Feuer. Außerhalb des Gefängnisses solidarisieren sich dutzende (tens of persons?) Menschen mit den Gefangenen.

7ter Mai: im Gefängnis von Merksplas (Flämischsprachiger Teil von Belgien, in dem die Wachen nicht im Streik sind) findet eine große Revolte statt. 200 Gefangene verweigern nach einem Hofgang zurück in ihre Zellen zu gehen und erheben sich. Sie zerstören alles was sie können, einige Wachen werden von kämpfenden Gefangenen eingesperrt. Mauern werden eingerissen, Zäune zerstört, Infrastruktur kaputt gemacht – mehr als 150 Zellen sind total zerstört. Feuer werden an wichtigen Punkten des Gefängnisses gelegt. Eine gefangene Person schafft es in dem Chaos auszubrechen, wird aber etwas später in der Umgebung des Gefängnisses gefasst. Die Polizei interveniert mit massiver Gewalt, aber die Gefangenen schlagen über Stunden hinweg, die Nacht hindurch zurück. Erst am frühen Morgen, gegen sechs Uhr, schafft es die Polizei den Aufstand niederzuschlagen. Mehr als 100 Gefangene werden in andere Gefängnisse transportiert. Testimonies (?) spricht vom größten Aufstand in einem belgischen Gefängnis.

8ter Mai: während der Nacht beginnen Gefangene, die vom teilweise zerstörten Knast von Merksplas transportiert wurden, Unruhe im Gefängnis von Antwerpen zu machen.

8ter Mai: im Gefängnis von Lantin brechen Gefangene ihre Zellen auf und zerstören mehrere Flügel. Feuer werden gelegt. Die Unruhe setzt sich die nächsten Tage fort.

8ter Mai: im Knast von Andenne verbreitet sich das Chaos und Gefangene brechen aus ihren Zellen, zerstören was sie können, legen Feuer und schreien "Freiheit, Freiheit!". Die Unruhe setzt sich den nächsten Tag und Nacht fort.

8ter Mai: im Gefängnis von Ittre können Gefangene ausnahmsweise einen Hofgang machen und weigern sich im Anschluss in die Zellen zurück zu gehen und kämpfen mit einigen Wachen. Innerhalb der Gefängnisblöcke wird Knastinfrastruktur von aufständischen Gefangenen zerstört.

9ter Mai: im neugebauten Knast von Leuze verweigern Gefangene die ausnahmsweise Hofgang machen konnten wieder in die Zellen zu gehen. Sie bleiben die Nacht auf dem Hof. Am Morgen interveniert die Polizei und schafft sie in "ihre" Zellen.

9ter Mai: Die Regierung entscheidet die Armee in den Gefängnissen einzusetzen. Soldaten, bewaffnet mit Pfefferspray und Knüppeln, werden in den Knästen von Brüssel (Forest und Saint-Gilles) und im Knast von Lantin eingesetzt. Die Knastwärter*innen setzen ihren Streik fort. Neuigkeiten von hinter den Mauern werden seltener, der Staat versucht sämtliche Kommunikation nach außen zu verhindern.

Dieses Poster tauchte in den Straßen von Saint-Gilles (Brüssel) auf:

"Revolte in den Knästen, Nachbarschaften unter Druck, ausgebeutet und in Wut... LASST UNS AUF ALLEN FRONTEN ANGREIFEN.

Jetzt ist die Zeit zu handeln. Die Gefängnisse sind am explodieren, die Nachbarschaften werden vom Militär heimgesucht, die Polizei knurrt, der Ärger der Ausgebeuteten droht einen neuen Sturm gegen die Regierung zu starten.

Jetzt ist die Zeit zu Handeln. Drückt eure Solidarität mit den revoltierenden Gefangenen aus. Gebt eurer Wut Geist und Körper. Brecht den alltäglichen Rhythmus der Resignation. Startet einen außergewöhnlichen Aufstand um die Macht zu konfrontieren: Den Widerstand für Freiheit und Solidarität."

Aus: Ausgabe vom 27.05.2016, Seite 6 / Ausland

Spontaner Ausstand

Belgische Eisenbahner legen Arbeit nieder. Gefängniswärter stimmen über Endes ihres Streiks ab
Von Gerrit Hoekman

Quelle: <http://www.jungewelt.de/2016/05-27/026.php>

Die Eisenbahner in der belgischen Wallonie haben am Mittwoch abend spontan die Arbeit niedergelegt. Der französischsprachige, sozialistische Gewerkschaftsbund »CGSP Cheminots« hatte seine Mitglieder zu dem Streik aufgerufen, nachdem der neue Mobilitätsminister François Bellot am Mittwoch angekündigt hatte, den Eisenbahnern zwei Ausgleichstage für geleistete Überstunden streichen zu wollen. »Techniker, Zugführer, Schaffner: Wir legen alle die Arbeit nieder«, sagte der CGSP-Vorsitzende Michel Abdissi der Tageszeitung De Morgen. »Wir werden die wichtigsten Bahnhöfe des Landes blockieren.«

Keine leere Drohung, wie sich schon am frühen Donnerstag morgen zeigte. In der Wallonie war der Schienenverkehr vollständig lahmgelegt. Die Auswirkungen waren auch in Flandern zu spüren, wo manche Eisenbahner ebenfalls nicht zur Arbeit erschienen. Die flämischen Gewerkschaften riefen zwar nicht zum Streik auf, stellten ihren Mitgliedern aber frei, sich dem Ausstand anzuschließen. »Wenn man bedenkt, dass nun sogar die Techniker protestieren, dann weiß man, wie weit es gekommen ist. Sie sind immer die letzten, die streiken«, zeigte Ludo Sempels von der flämischen, sozialistischen Gewerkschaft ACOD Verständnis für die Kollegen. »Die Menschen sind wütend, und die Folgen wird man spüren.«

Der Streik traf die Reisenden und Pendler völlig unvorbereitet. Viele Belgier kamen zu spät zur Arbeit, Studenten verpassten ihre Examen. In der Wallonie waren die wenigen Züge, die am Morgen noch fuhren, restlos überfüllt. Auf den Straßen bildeten sich lange Staus. »Das kann man schwerlich als einen korrekt angekündigten Streik bezeichnen«, klagte der Fahrgastverband TreinTramBus. Laut einem Abkommen zwischen der Bahngesellschaft NMBS und der Belegschaft müssen Arbeitsniederlegungen zehn Tage vorher angekündigt werden.

Die Unternehmer sind wenig begeistert von dem neuerlichen Ausstand: »Wann begreift man endlich, dass man sich so in den eigenen Fuß schießt?« fragt der Verband der belgischen Unternehmen VBO in einer Presseerklärung und fordert von den Gewerkschaften, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. »Es darf nicht sein, dass ein paar Leute das Land in Geiselnahme nehmen können. Wer streiken will, soll streiken. Aber wer arbeiten will, muss auch arbeiten können.«

Inez De Coninck, Abgeordnete der nationalistischen Neu-Flämischen Allianz, die in Belgien mitregiert, sprach gar von »französischsprachigen Gewerkschaftsterroristen«. Die Antwort der Gewerkschaften ist unmissverständlich: »Wir machen weiter, bis die Bahn ihren Vorschlag zurückzieht«, kündigte Abdissi von »CGSP Cheminots« in den Medien an. »Wir warten auf eine neue Einladung, uns mit der Direktion an einen Tisch zu setzen.«

Unterdessen geht der Streik des Wachpersonals in den belgischen Gefängnissen in den zweiten Monat. Am Mittwoch legte Justizminister Koen Geens ein verbessertes Angebot vor: 480 neue Mitarbeiter sollen den Personalnotstand in den Haftanstalten beheben. Der Streik belastet das Gefängnisssystem stark. In dieser Woche wussten sich die Justizbehörden nicht mehr anders zu helfen, als über hundert Gefangene aus der Untersuchungshaft zu entlassen, weil die Anwälte ihre Mandanten nicht mehr besuchen konnten.

Die flämischen Gewerkschaften sind bereit, den Vorschlag des Justizministers anzunehmen, die wallonischen wollen am kommenden Montag die Basis befragen. Der Streik wird bis dahin fortgesetzt. »Hoffentlich stimmen die Wallonen zu, aber wir befürchten das Schlimmste«, zitierte die Tageszeitung De Standaard einen sozialistischen Gewerkschaftsvertreter aus Flandern.

Am Donnerstag machten sich rund 20 Aktivisten aus der Wallonie auf den Weg zum Gefängnis im flämischen Hasselt. Sie forderten ihre Kollegen in Flandern auf, das Angebot von Geens abzulehnen. »Das wird keinen Erfolg haben«, war Gino Hoppe von der ACOD in Flandern jedoch überzeugt. Egal, wie die Abstimmung am Montag ausfällt, die sozialen Kämpfe in Belgien gehen weiter: Für den 31. Mai ist ein Generalstreik im öffentlichen Dienst geplant.

Gefangenen-Aufstände und Wilde Streiks in den USA

Schon im März gab es im Hochsicherheitsgefängnis von Holman in Alabama über vier Tage hinweg zwei Aufstände, in denen die Häftlinge ganze Trakts übernahmen, einen Wärter und den Gefängnisdirektor erstachen. Seit April dann haben Gefangene in zahlreichen Gefängnissen in Texas Streiks organisiert. Damit

verleihen sie ihren klassenkämpferischen Forderungen Ausdruck: Abschaffung der Zwangsarbeit, Einschränkung der Iso-Haft, bessere medizinische Versorgung, grundlegende Ablehnung des Knastsystems. Auch in anderen Staaten rumort es: Ohio, Alabama, Virginia, and Mississippi. Am 1. April haben Gefangene aus verschiedenen Staaten für den 9. September zu einem „landesweiten Gefangenestreik gegen die Knast-Sklaverei“ aufgerufen. Sie beziehen sich damit auf die große Gefangenen-Revolution von Attica, die am 9. September 1971 begann. Im Folgenden einer paar Texte auf Deutsch und Englisch zum Thema.

Prisoners in Multiple States Call for Strikes to Protest Forced Labor

Alice Sperr

Quelle: <https://theintercept.com/2016/04/04/prisoners-in-multiple-states-call-for-strikes-to-protest-forced-labor/>

Apr. 5 2016, 12:20 a.m.

PRISON INMATES around the country have called for a series of strikes against forced labor, demanding reforms of parole systems and prison policies, as well as more humane living conditions, a reduced use of solitary confinement, and better health care.

Inmates at up to five Texas prisons pledged to refuse to leave their cells today. The strike's organizers remain anonymous but have circulated fliers listing a series of grievances and demands, and a letter articulating the reasons for the strike. The Texas strikers' demands range from the specific, such as a "good-time" credit toward sentence reduction and an end to \$100 medical co-pays, to the systemic, namely a drastic downsizing of the state's incarcerated population.

"Texas's prisoners are the slaves of today, and that slavery affects our society economically, morally and politically," reads the five-page letter announcing the strike. "Beginning on April 4, 2016, all inmates around Texas will stop all labor in order to get the attention from politicians and Texas's community alike."

The Texas Department of Criminal Justice, which oversees the state's prisons, "is aware of the situation and is closely monitoring it," spokesperson Robert Hurst wrote in a statement to The Intercept. He did not comment on the prisoners' grievances and demands. Prisoner rights advocates said at least one prison — the French Robertson Unit in Abilene — was placed under lockdown today, but Hurst denied any prisons in Texas were on lockdown because of planned strikes.

Constitutional Servitude

The 13th Amendment to the United States Constitution bans "involuntary servitude" in addition to slavery, "except as a punishment for crime whereof the party shall have been duly convicted," thus establishing the legal basis for what is today a \$2 billion a year industry, according to the Prison Policy Initiative, a nonprofit research institute.

Most able-bodied prisoners at federal facilities are required to work, and at least 37 states permit contracting prisoners out to private companies, though those contracts account for only a small percentage of prison labor. "Ironically, those are the only prison labor programs where prisoners make more than a few cents an hour," Judith Greene, a criminal justice policy analyst, told The Intercept.

Instead, a majority of prisoners work for the prisons themselves, making well below the minimum wage in some states, and as little as 17 cents per hour in privately run facilities. In Texas and a few other states, mostly in the South, prisoners are not paid at all, said Erica Gammill, director of the Prison Justice League, an organization that works with inmates in 109 Texas prisons.

"They get paid nothing, zero; it's essentially forced labor," she told The Intercept. "They rationalize not

paying prison laborers by saying that money goes toward room and board, to offset the cost of incarcerating them.”

In Texas, prisoners have traditionally worked on farms, raising hogs and picking cotton, especially in East Texas, where many prisons occupy former plantations.

“If you’ve ever seen pictures of prisoners in Texas working in the fields, it looks like what it is,” Greene said. “It’s a plantation: The prisoners are all dressed in white, they got their backs bent over whatever crop they’re tending, the guards are on horseback with rifles.” In the facilities Greene visited, prisoners worked all day in the heat only to return to cells with no air conditioning. “The conditions are atrocious, and it’s about time the Texas prison administration had to take note.”

In 1963, in an effort to reduce the cost of running prisons, Texas began employing inmates to manufacture a wide array of products, including mattresses, shoes, soaps, detergents, and textiles, as well as the furniture used in many of the state’s official buildings. Because of labor laws restricting the sale of prisoner-made goods, Greene said, those products are usually sold to state and local government agencies.

Although they comprise nearly half the incarcerated population nationwide — about 870,000 as of 2014 — prison workers are not counted in official labor statistics; they get no disability compensation in case of injury, no social security benefits, and no overtime.

“They keep a high conviction rate at any cost,” reads the letter circulated by prisoners ahead of today’s strike, “all for the well-being of the multimillion-dollar Prison Industrial Complex.”

An Underground Prison Network

The Texas action is not an isolated one. Prisoners in nearby Alabama and Mississippi, and as far away as Oregon, have also been alerted to the Texas strike through an underground network of communication between prisons.

“Over the long term, we’ll probably see more work stoppages,” said Gammill. “In prison, you think it’d be difficult to spread information, but it actually spreads like wildfire.”

On April 1, a group of prisoners from Ohio, Alabama, Virginia, and Mississippi called for a “nationally coordinated prisoner work stoppage against prison slavery” to take place on September 9, the 45th anniversary of the Attica prison riot. “We will not only demand the end to prison slavery, we will end it ourselves by ceasing to be slaves,” that announcement reads. “They cannot run these facilities without us.”

Prison protests and strikes have seen a revival in recent years after a slowdown resulting from the increased use of solitary confinement to isolate politically active inmates. In 2010, thousands of inmates from at least six Georgia prisons, organizing through a network of contraband mobile phones, refused to leave their cells to work, demanding better living conditions and compensation for their labor. That action was followed by prison protests in Illinois, Virginia, North Carolina, and Washington. In 2013, California prisoners coordinated a hunger strike to protest the use of solitary confinement. On the first day of that protest, 30,000 prisoners across the state refused their meals.

Last year in Texas, nearly 3,000 detainees demanding better conditions seized and partially destroyed an immigration detention center.

In March, protests erupted at Holman Correctional Facility, a maximum security state prison in Alabama, where two riots broke out over four days. At least 100 prisoners gained control of part of the prison and stabbed a guard and the warden. Those protests were unplanned, but prisoners there had also been organizing coordinated actions that they say will go ahead as planned.

“We have to strain the economics of the criminal justice system, because if we don’t, we can’t force them to downsize,” an activist serving a life sentence at Holman told The Intercept. “Setting fires and stuff like that gets the attention of the media,” he said. “But I want us to organize something that’s not violent. If we refuse to offer free labor, it will force the institution to downsize.”

“Slavery has always been a legal institution,” he added. “And it never ended. It still exists today through the criminal justice system.”

Hundreds of Inmates Across Alabama Have Gone on Strike to Protest 'Prison Slavery'

By Raven Rakia

<https://news.vice.com/article/hundreds-of-inmates-across-alabama-have-gone-on-strike-to-protest-prison-slavery>

In late March, a prisoner named Johnny Lee Spears was stabbed to death at Alabama's Elmore Correctional Facility. Soon after, his fellow inmates began plotting a protest. Many believed that Spears died because he did not receive proper medical care after the attack, and the incident — combined with longstanding complaints against the state's prison system about overcrowding, frequent acts of violence, crumbling facilities, and medical neglect — was like dropping a match in a keg of gunpowder.

Weeks earlier, similar gripes at the Holman Correctional Facility, another Alabama prison that houses inmates on death row, prompted a riot that saw prisoners seize control of their cell blocks, stab a guard and the warden, and set several fires. This time, the inmates at Elmore wanted their grievances addressed through nonviolent means.

The Elmore prisoners reached out to Melvin Ray, an inmate at the state's St. Clair Correctional Facility and the founder of the Free Alabama Movement, a prisoner-organized human rights group. Ray told them he could help organize a work stoppage. Dozens of Alabama inmates possess contraband cellphones — some told VICE News they bought the phones illegally from guards — and on April 30 they received a text message.

"We will no longer voluntarily participate in this slave system where economics are placed over our humanity," the message read. "All [that] is required is for industry workers, kitchen workers, and hall runners to sit down."

On May 1, when protesters around the world marched for workers' rights on May Day, inmates throughout the Alabama prison system went on strike. Prisoners refused to show up to their assigned jobs, where they are paid a maximum of 30 cents per hour to manufacture license plates, serve food, and clean. One Alabama prison has an inmate-staffed recycling plant, and another has a farm where prisoners grow and harvest all of the crops.

"Prison systems could not operate without exploiting prison labor; prisoners cook the meals, do the laundry, provide maintenance work, cut the grass, work as clerks and teachers' aides, and much more," said Alex Friedmann, associate director of the Human Rights Defense Center, a nonprofit that publishes Prison Legal News. "Without the use of low-cost or free prisoner labor, our prison system would grind to a halt — and prisoners are increasingly coming to that realization."

'Without the use of low-cost or free prisoner labor, our prison system would grind to a halt — and prisoners are increasingly coming to that realization.'

The strike included at least 300 prisoners at Elmore alone, according to the Alabama Department of

Corrections (ADOC) spokesman Bob Horton. The facility was placed on lockdown, meaning prisoners could not leave their cells or dorms, but the restrictions were lifted on Tuesday after about 90 percent of the prisoners returned to work.

Holman remains on lockdown because of the strike, and prisoners told VICE News that the work stoppage has also spread to the Staton Correctional Facility, a medium-security prison that houses around 1,300 inmates, and to St. Clair, which was also placed on partial lockdown last week.

"The main reason that we're striking is because there continues to be problems inside of the prison and the state's focus is not on solving the problems — it's on finding new ways to make money," said Ray. "They're not affording us the opportunity to make our concerns known. They're not listening to our complaints. The only way we have to get their attention is to do these shut downs."

The strike in Alabama began exactly one month after a similar inmate action in Texas, where prisoners demanded that the state put an end to "prison slavery," reform parole guidelines, and eliminate a mandatory \$100 co-pay for medical care. The Texas strike ended without the state meeting any of the demands.

The Alabama prisoners have also been coordinating with inmates in Mississippi and Virginia to call for a nationwide prisoner work stoppage on September 9, 2016. The day marks the 45th anniversary of the Attica Prison riot, a landmark moment in the prisoners' rights movement where more than 1,000 inmates at the notorious New York lockup seized control of the facility and demanded political rights and better living conditions.

'We will no longer voluntarily participate in this slave system where economics are placed over our humanity.'

The major grievance in Alabama is overcrowding. The state's prisons are holding nearly three times as many people as they were originally intended to house, according to the latest ADOC statistics. A lawsuit filed in 2014 by the Equal Justice Initiative, a nonprofit that litigates on behalf of indigent inmates, blamed the overcrowding problem for high levels of violence across the state prison system. Seven people were killed while in ADOC custody last year.

On May 7, the striking prisoners emailed a list of demands to the media that included abolishing sentences of life without parole for first-time offenders, and repealing the Habitual Felony Offender Act, Alabama's version of the "three-strikes law," which has led to life sentences for some repeat offenders convicted of drug charges and other low-level, nonviolent offenses. Other demands include implementing education, rehabilitation, and reentry programs, expanding the Alabama Innocence Inquiry Commission, which works to exonerate wrongfully convicted individuals, and ending "prison slavery."

Attempts by Alabama lawmakers to address overcrowding and other issues have either stalled or proceeded slowly. Governor Robert Bentley signed a prison reform bill into law last year that is expected to cut the prison population by at least 4,200 people, bringing the prison population down to about 150 percent over capacity.

The situation in Alabama's prisons was largely overlooked until the riot at Holman on March 11. The incident attracted national media attention after inmates used their contraband cellphones to post footage of the uprising on Facebook. Bentley used the riot to push state legislators to approve a bill that would borrow \$800 million from the state's educational fund to build four new "mega-prisons," which would have room for far more prisoners than the current facilities.

Prisoners who spoke with VICE News argued that the new "mega-prisons" wouldn't solve the state's

problems or even alleviate overcrowding. They argued that instead of building new facilities, the state needs to reform its harsh sentencing laws.

"They were going to build a new \$800 million prison complex in the state of Alabama. For us on the inside, we know that's really an \$800 million corporation," Ray said. "We view prison labor as real slavery."

Multiple prisoners at Holman claimed that guards have retaliated for the strike by reducing the amount of food served at each meal. Inmates provided VICE News with photos that appeared to show paltry meals, including one that consisted of two small hot dogs, a slice of bread, and corn, and another that was just beans and two cupcakes. Typically, inmates who work in the prison kitchen prepare and serve meals, but correctional officers have assumed those duties during the strike.

Horton did not directly comment on the allegation that guards are withholding food to punish inmates for the strike. However, in a previous statement, he said, "Correctional staff are responding by delivering the basic services to all inmates at both facilities. The facilities are secure, inmates are receiving their daily meals, and their healthcare needs are being met."

VICE News spoke with one 40-year-old prisoner with diabetes who claimed that the food situation at Homan has put him and other diabetic inmates at risk. Diabetic prisoners are usually offered a special menu with items that help them avoid hypoglycemia, a sometimes fatal condition caused by dangerously low blood-sugar levels.

"We're supposed to get a minimum 2,400 calories a day and a minimum of 125 grams of protein a day and the meals that they've been feeding us are not adequate enough to keep our blood sugar up enough to take our insulin," said the inmate, who requested anonymity for fear of retaliation from guards and prison officials.

A lawsuit filed by Southern Poverty Law Center (SPLC) in June, 2014 alleged that medical neglect is rampant in Alabama prisons due to inadequate medical staffing. In 2014, according to the SPLC, the ratio of medical staff to prisoners was 1 to 51 in 2014, resulting in "delays, failures to diagnose and treat problems, failure to follow up with patients, errors and decisions to not treat seriously ill prisoners."

Ray said the strike at Holman is expected to last through the end of the month, but the prisoners will keep pushing for reform even after it ends.

"We're not going to stop fighting back against the system... until these walls come down," he said. Follow Raven Rakia on Twitter: @aintacrow

Arbeitsverweigerung in US Gefängnissen

Verfasst von: FREE MUMIA Berlin (Account: FREE MUMIA - Berlin). Verfasst am: 11.05.2016 - 15:54.

Geschehen am: Freitag, 06. Mai 2016. Kommentare: 5

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/178679>

In den USA haben Gefangene einen Streik- und Aktionstag zur endgültigen Abschaffung der Sklaverei ausgerufen. Am 9. September 2016 (Jahrestag des Attica-Aufstands) werden sie gegen ihre Ausbeutung in der Gefängnisindustrie und die Masseneinhäftung generell demonstrieren. Derzeit finden bereits dezentrale Arbeitsverweigerungen statt. Im vergangenen Monat kämpften Gefangene in Texas gegen eine gerade in Kraft getretene Knebel-Verordnung, die jegliche öffentliche Kommunikation über die Zustände in den dortigen Gefängnissen verbietet. Nun verweigern Gefangene in Alabama die Arbeit.

Prison Labor Strike in Alabama: "We Will No Longer Contribute to Our Own Oppression" (May 6, 2016)

Stellt Öffentlichkeit her!

#FreeThemALL!

40. Jahrestag des Gefängnisaufstands in Attica am 9. September 1971

Quell: <https://arapberlin.wordpress.com/2011/09/08/eine-gesellschaft-ohne-knaste/>

In Uncategorized on September 8, 2011 at 7:27 am

Mit diesen Worten klagten Gefangene die unhaltbaren Zustände im Staatsgefängnis Attica im Norden des Bundesstaates New York an. Am 9. September 1971 entschlossen über 1.200 Gefangene sich an einem Gefängnisaufstand zu beteiligen. Gefordert wurden Ausbildungsprogramme, medizinische Grundversorgung, das Ende von Zensur, genießbares Essen, religiöse Freiräume, Einstellung von afroamerikanischem und Spanisch sprechendem Gefängnispersonal und Straffreiheit für Zeit während der Rebellion. 38 Wärter des Gefängnisses wurden im Laufe der Rebellion als Geiseln genommen.

Vier Tage später – am 13. September 1971 – wurde der Gefängnisaufstand vom Staate New York brutal und blutig niedergeschlagen. Über 500 State Troopers stürmten bewaffnet mit Schrotflinten, Gewehren, Pistolen und Knüppeln den besetzten Block D des Attica Gefängnisses, der vorher mit Tränengasgranaten aus Helikoptern beschossen wurde.(...)

„We are men! We are not beasts and do not intend to be beaten or driven as such. The entire prison population has set forth to change forever the ruthless brutalization and disregard for the lives of prisoners here and throughout the United States.“

– Attica Gefangener Elliot Barkley-

„If we cannot live as people, we will at least try to die like men.“

-Attica Gefangener Charles Horatio Crowley-

40. Jahrestag des Gefängnisaufstands in Attica am 9. September 1971

Mit diesen Worten klagten Gefangene die unhaltbaren Zustände im Staatsgefängnis Attica im Norden des Bundesstaates New York an. Am 9. September 1971 entschlossen über 1.200 Gefangene sich an einem Gefängnisaufstand zu beteiligen. Gefordert wurden Ausbildungsprogramme, medizinische Grundversorgung, das Ende von Zensur, genießbares Essen, religiöse Freiräume, Einstellung von afroamerikanischem und Spanisch sprechendem Gefängnispersonal und Straffreiheit für Zeit während der Rebellion. 38 Wärter des Gefängnisses wurden im Laufe der Rebellion als Geiseln genommen.

Vier Tage später – am 13. September 1971 – wurde der Gefängnisaufstand vom Staate New York brutal und blutig niedergeschlagen. Über 500 State Troopers stürmten bewaffnet mit Schrotflinten, Gewehren, Pistolen und Knüppeln den besetzten Block D des Attica Gefängnisses, der vorher mit Tränengasgranaten aus Helikoptern beschossen wurde. In den Berichten der Gefangenen wird geschildert, dass die stürmenden Einheiten auf alles schossen, was sich bewegte. Die von einer Untersuchungskommission als 'staatliche Gewaltorgie' bezeichnete Erstürmung dauerte nahezu eine Stunde und das Ergebnis waren 32 erschossene Gefangene, 10 getötete Geiseln und 83 schwer verletzte Gefangene. Der Wärter William E. Quinn wurde zu Beginn der Rebellion schwer verletzt und verstarb zwei Tage später im Krankenhaus. Anschließend wurden die meisten der Gefangenen von Staatsbeamten schwer gefoltert.

Die Hintergründe

Die Geschehnisse in der Haftanstalt Attica gingen in die Geschichte des Widerstands in den USA als einem der am besten organisierten Gefängnisaufstände ein. Während von Seiten einzelner Staatsakteure dies auf der Überzeugung beruhte, es handele sich um eine angeblich lange im Voraus geplante und vorbereitete

Rebellion, betonten ehemalige Gefangene die Spontaneität des Ausbruchs und den hohen Grad der Organisation während des Aufstands. Während die Gefangenen Attica unter ihrer Kontrolle hatten, wurde in den vier Tagen Gruppen gebildet, die für die Besorgung von Essen, für die Bewachung und den Schutz der Geiseln verantwortlich war und ein Verhandlungsteam wurde gewählt, das mit dem Mediatoren und dem Bevollmächtigten für Gefängnisse des Staates New York Russell G. Oswald Gespräche führten.

Attica war für die schlechte Behandlung von Gefangenen berüchtigt. Bereits Monate vor der Rebellion wurde von Gefangenenvetretern versucht, über bessere Bedingungen in der Strafanstalt mit der Gefängnisleitung zu verhandeln. Mit einer Kapazität für eigentlich 1.600 Gefangenen war Attica mit einer Anzahl von mehr als 2.000 Gefangenen überbelegt. Über die Zusammensetzung der Häftlingspopulation existieren in den Medien unterschiedliche Angaben. So schwankt der Anteil der Afroamerikaner zwischen 54% bis 85%. Der Anteil der Puertoricaner wird mit 7% angegeben. Übereinstimmung besteht allerdings darin, dass 100% der Wärter Weiße waren.

Die Gefangenen mussten in den Zellen 14 bis 16 Stunden verbringen, der Lohn für Arbeit betrug 20 Cent bis 1 Dollar pro Arbeitstag, einmal in der Woche durfte geduscht werden und eine Seife und eine Rolle Toilettenpapier im Monat stand jedem Gefangenen zu. Darüber hinaus waren Zensur und Vorenthaltung von Briefen sowie die Behinderung weiterer Kontakte üblich. Die Möglichkeit von Besuchen war stark beschränkt, nur wenige Bücher konnten ausgeliehen werden und der Zugang zu Bildung gestaltete sich schwierig. Die medizinische Versorgung und Verpflegung war unter allen Standards. Die Attica Liberation Front, die gewählte Gefangenenvetretung, übergab noch im Mai 1971 eine Liste mit Forderungen dem für die Aufsicht von Gefängnissen zuständigen Oswald. Oswald ließ den Häftlingen per Tonband ausrichten, dass für Reformen noch nicht die richtige Zeit wäre.

In einer Zeit in der Proteste gegen den Krieg in Vietnam und die Bewegung für Rechte von Gefangenen stark war, war der Auslöser für die Rebellion die Ermordung des schwarzen Aktivisten George Jackson im California State Prison am 21. August 1971. Als Protest stellten sich die Gefangenen am nächsten Morgen beim Frühstück in zwei Reihen auf. Alle trugen schwarze Armbinden und machten einen Hungerstreik.

In dieser politisierten Stimmung brach am 9. September die eigentliche Rebellion dadurch aus, dass ein Wärter die aus dem Speisesaal kommenden Gefangenen den Zugang zum Hof verweigerte. Dem Wärter wurde der Knüppel abgenommen, weitere Wärter wurden ebenfalls entwaffnet und in Zellen gesperrt. Überall wurden Posten mit Gefangenen aufgestellt, die Werkstätten übernommen und Gefangene aus ihrer Einzelhaft befreit. Die Geiseln wurden von Wächter bewacht, es wurden Gruppen gebildet, die für die Organisation von Essen zuständig waren und die Attica Brothers bildeten ein Team, das die Verhandlungen mit Oswald und Vertretern des Beobachtungskomitees regelte und eine Erklärung nach draußen abgab.

Das Beobachtungskomitee bzw. Mediationsteam bestand aus Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, die bedeutend waren für die damaligen politischen Kämpfe und die sich für soziale Reformen und die Anerkennung religiöser Überzeugungen einsetzten. Im Beobachtungsteam waren Afroamerikanische Senatsabgeordnete, die Reformen in Gefängnissen unterstützten, radikale Bürgerrechtsanwälte wie William Kunstler, die puertoricanische nationalistische Bewegung Young Lords, Black Panther, die Nation of Islam vertreten durch Louis Farakhan und Journalisten verschiedener Zeiten wie die New York Times. Das Mediationsteam war eine Forderung der Gefangenen, um der Öffentlichkeit ihre Meinungen und Sichtweisen der Geschehnisse übermitteln zu können.

Niederschlagung des Aufstands

Am 13. September gab der damalige Gouverneur Nelson Rockefeller den Befehl Attica gewaltsam einzunehmen. Behauptungen, die Geiseln seien von Gefangenen gefoltert und getötet worden, wurden durch die gerichtsmedizinischen Untersuchungen widerlegt. Bis auf den Wärter William E. Quinn wurden alle Geiseln durch Schüsse der Staatsgewalt getötet. Die Gefangenen besaßen keine Schusswaffen. So wird

berichtet, dass die State Troopers von Zelle zu Zelle gingen und mit Maschinenpistolen einfach drauf los schossen. Berüchtigt ist Attica auch für die Exzesse nach der Erstürmung des besetzten Geländes. Tagelang wurden die Gefangenen von den Wärtern verprügelt und misshandelt.

Die staatliche Untersuchungskommission geleitet von Dean Robert McKay kam zum Ergebnis, dass die Niederschlagung des Aufstands unverhältnismäßig gewesen sei und die State Troopers wurden beschuldigt, bei der Erstürmung extreme Gewaltorgien verübt zu haben. Rockefeller wurde in dem Bericht kritisiert, nicht persönlich erschienen zu sein und dass er keine Alternative in Erwägung gezogen habe, den Konflikt zu lösen.

Gegen mehrere Gefangene wurden Prozesse geführt. Zwei Gefangene wurden für den Tod des Wärters Quinn verurteilt. Auch gegen die an der Erstürmung des Gefängnishofes beteiligten State Troopers wurden Ermittlungen geführt. Die meisten Verfahren wurden eingestellt. 1976 erließ der Govenor Carey eine Begnadigung für alle an der Revolte und der Erstürmung Beteiligter. Von 1974 bis 2000 führten die Gefangenen und ihre Angehörigen Entschädigungsprozesse. Im Jahr 2000 wurde den 1.281 Gefangenen bzw. ihren Angehörigen eine Schadensersatzsumme von 8 Mio. Dollar und im Jahre 2005 den 32 Geiseln bzw. ihren Angehörigen 12 Mio. Dollar an Entschädigung zugesprochen.

Es gab viele Solidaritätsaktionen und Demonstrationen für die Gefangenen in Attica. Eine davon war der Anschlag am 17. September 1971 der Weather Underground auf das Department of Corrections in New York. Attica ist bis heute ein wichtiger Bezugspunkt der Kämpfe für die Rechte von Gefangenen in den USA. Auch in den aktuellen Auseinandersetzungen und Hungerstreiks in Kalifornien, dem Arbeitsstreik Georgia und Lucasville in Ohio zitierten die Gefangenen die Forderungen und politischen Statements der rebellierenden Männer in Attica.

Im folgenden nennen wir die Namen der in Attica ermordeten Gefangenen und Geiseln. Für die Geiseln wurde ein Gedenkstein vor dem Knast Attica errichtet. Es gibt keinen Gedenkort für die ermordeten Gefangenen.

In Gedenken an die ermordeten Menschen in Attica:

William Allen
Elliott (L.D.) Barkley
John B. Barnes
Edward Cunningham (Geisel)
John J. D'Arcangelo (Geisel)
Bernard Davis
Allen Durham
Willie Fuller
Melvin D. Gray
Elmer G. Hardie (Geisel)
Robert J. Henigan
Kenneth E. Hess
Thomas B. Hicks
Emanuel Johnson
Herbert W. Jones Jr. (Geisel)
Richard J. Lewis (Geisel)
Charles Lundy
Kenneth B. Malloy
Gidell Martin
William B. McKinney
Lorenzo McNeil
Samuel Melville

Edward R. Menefee
Jose Mentijo
Milton Menyweather
John G. Monteleone (Geisel)
Richard Moore
Carlos Prescott
Michael Privitiera
William E. Quinn (Geisel)
Raymond Rivera
James B. Robinson
Santiago Santos
Barry J. Schwartz
Harold Thomas
Carl Valone (Geisel)
Rafael Vasquez
Melvin Ware
Elon F. Werner (Geisel)
Ronald Werner (Geisel)
Willie West
Harrison Whalen (Geisel)
Alfred Williams

Schwere Verletzung der Persönlichkeitsrechte von Gefangenen durch RTL?

Veröffentlicht am · Hinterlasse einen Kommentar

Quelle: <http://ggbo.de/schwere-verletzung-der-persoenlichkeitsrechte-von-gefangenen-durch-rtl/>

Am 24. Mai 2016 fanden mehrere Sicherheitskontrollen in den Hafträumen der JVA Zeithain statt. Dazu wurden nicht nur Zelleneinrichtungen abgebaut, sondern auch Gefangene körperlich untersucht. Der Verdacht liegt nahe, dass die Haftraumdurchsuchungen nicht der Sicherheit und Ordnung dienen. “Das schlimme dabei war die Begleitung durch ein Kamera-Team von RTL (Das Jenke-Experiment)” so Manuel Matzke, unser Sprecher der JVA Zeihain. Das Drehteam stellte, trotz mehrfachem Widerspruch der Gefangenen, die Aufnahmen nicht ein.

Uns erschließt sich nicht, warum die Gefangenen nicht um Einwilligung zu den Aufnahmen gebeten wurden. Spätestens beim Widerspruch hätte das Drehteam abbrechen müssen. Persönlichkeitsrechte gelten nicht nur in Freiheit. §76 Abs. 1 Sächsisches Strafvollzugsgesetz regelt klar, dass das Schamgefühl bei Durchsuchungen von Gefangenen, Sachen und Hafträumen zu schonen ist.

Das Justizministerium wird sich, auf eine von uns eingeleitete Anfrage, zu dem Vorfall positionieren müssen. Wie auch immer die Antwort aussehen mag, für uns steht fest, dass die Maßnahmen eine Inszenierung zugunsten von RTL waren. Die GG/BO verurteilt eine derartige Instrumentalisierung und fordert RTL auf, sich mit unserem Sprecher Manuel Matzke in Verbindung zu setzen.

Soligruppe Leipzig

Leipzig, 04. Juni 2016

Thomas Meyer-Falk gegen den Staat

Thomas Meyer Falk, politischer und rebellischer Langzeitgefangener und Sicherungsverwahrter nimmt keine Schikane hin, sondern wehrt sich mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung, oft auch über den Rechtsweg. Im folgenden Text hat er einige seiner Verfahren beschrieben. Wollt ihr ein bestimmtes Urteil

zugeschickt bekommen, bitte meldet euch bei uns.

Renitenz der JVA Freiburg!?

Verfasst von: Thomas Meyer-Falk. Verfasst am: 27.05.2016 - 14:12.

<https://linksunten.indymedia.org/de/node/180304>

In der Literatur ist das Phänomen der „Renitenz der Gefängnisbehörden“ nicht unbekannt. Anhand von sechs Verfahren möchte ich dies exemplarisch darstellen.

Stromkosten

Sicherungsverwahrte und Strafgefangene sind an den Kosten für von ihnen betriebenen Elektrogeräten insofern zu beteiligen, als dass anteilig Stromkosten erhoben werden dürfen. Nachdem ich mich schon 2013, wie auch in den Folgejahren gerichtlich gegen die aus meiner Sicht zu hohen Stromrechnungen der JVA Freiburg wehrte, hat nun mit Beschluss vom 10. Mai 2016 (13 StVK 145/15, u.a.) das Landgericht Freiburg, mal wieder entsprechende Rechnungen der Haftanstalt aufgehoben. Ob Stromkosten, oder auch die "Kabelgebühren" für den TV-Anschluss - alles rechtsfehlerhaft berechnet.

Alkoholfreies Bier

Wer trinkt nicht gerne einmal einen Schluck Alkohol?! Da in Vollzugsanstalten striktes Alkoholverbot gilt, hatte ich 2014 die Genehmigung alkoholfreien Bieres beantragt, was die Anstaltsleitung ablehnte, obwohl in anderen Anstalten, bspw. in der JVA Rosdorf, solche Sorten problemlos erwerbbar sind. Die Anstalt sieht die Resozialisierungsbemühungen in Gefahr, sollten solche Getränke zugelassen werden. Die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Freiburg (12 StVK 501/14) bezeichnet mit Beschluss vom 4.5.2016 diese Verfügung als "rechtswidrig", und sachlich nicht nachvollziehbar. Diese, wie alle anderen Entscheidungen sind als PDF-Datei dem Beitrag angeschlossen.

Absendung von Briefen nur mit Absender

Für gewöhnlich schreibe ich außen auf ein Briefkuvert keinen Absender, manchen EmpfängerInnen ist es zudem unangenehm Post mit einer JVA-Adresse zu erhalten. Am 02.03.2016 verfügte Sozialoberinspektor Thomas G., ich müsse zwingend die korrekten Absenderangaben auf Kuverts schreiben und gab mir drei Briefe zurück. Er weigere sich, diese zu befördern.

Mit Beschluss vom 06.Mai 2016 (13 StVK 91/16) bezeichnete das Landgericht Freiburg auch dies als rechtswidrig; in einem Zwischenverfahren um einstweiligen Rechtsschutz gegen diese Anordnung, war auch schon der Baden-Württembergische Verfassungsgerichtshof mit dem Fall befasst und hat sich die Akten vorlegen lassen.

Verweigerung und Behinderung von Besuchen

Ist schon die Behinderung von Briefwechseln eine schwere Belastung für Insassen, die situationsbedingt froh um jeden Außenkontakt sein müssen, zumal mit zunehmender Haftdauer (ich selbst sitze das 20. Jahr in Haft), so ist die Verweigerung oder Behinderung von Besuchen eine noch intensivere Belastung der wenigen Sozialkontakte, über die Häftlinge verfügen.

In Fall 1 hatte die JVA Freiburg sich geweigert, mir für den 15. Mai 2015 (meinem Geburtstag) einen Besuch zu gestatten, da aus organisatorischen Gründen, Besuche nicht möglich seien. Das LG billigte dies, mit Beschluss vom 27.07.2015 (2 Ws 247/15) hob jedoch das Oberlandesgericht Karlsruhe den landgerichtlichen Beschluss auf. Nachdem das Landgericht sich auch im zweiten Anlauf unbelehrbar zeigte, entschied auf weitere Rechtsbeschwerde das Oberlandesgericht (2 Ws 68/16) am 06.04.2016, dass die

Verweigerung des Besuchstermins rechtswidrig gewesen sei.

Im Fall 2 ging die JVA noch dreister vor: eine Freundin klingelte gegen 12:44 Uhr an der Pforte der JVA - dort schickte der Wärter sie fort. Was war ihr Verbrechen? Der Wärter forderte, Frau G. hätte schon um 12:40 Uhr dort klingeln müssen, das habe der Herr Anstaltsleiter so verfügt. Jede Besuchsperson habe gefälligst mindestens 20 Minuten vor Besuchsbeginn dort zu schellen.

Hier kam das Landgericht Freiburg (13 StVK 42/15) ohne obergerichtliche Belehrung auf die Idee, dass solch ein zwanghaftes Vorgehen -Zitat- "rechtswidrig" sei, und zwar mit Beschluss vom 25.02.2016.

Am 12.Mai 2016 sprach ich, da ich ihn zufällig traf, Amtsinspektor mit Stellenzulage S. auf den Beschluss an, er ist Chef der Besuchsabteilung, wie er denn die Entscheidung nun umsetze, zumal der Mitinsasse H., dem es ähnlich erging, auch vor Gericht obsiegte. Lächelnd wies er mich darauf hin, für ihn seien die Gerichtsentscheidungen unbeachtlich, er habe das umzusetzen was der Anstaltsleiter anordne. Und der beharre weiterhin auf dieser Regelung, ob sich unter dem nunmehr neu ins Amt gekommenen Anstaltsleiter, Herrn Völkel etwas ändere, das wisse er nicht. Für ihn selbst jedenfalls sei nur verbindlich, was der Herr Behördenleiter sage, nicht das was Gerichte entscheiden würden.

Petitesse und Posse

Wer möchte nicht einmal heißen Kaffee aus einer formschönen Edelstahl-Thermoskanne trinken? Oder sein Frühstück aus einer Edelstahl-Frühstücksbox entnehmen? Die taz (www.taz.de) bietet schöne Thermoskannen und Brotboxen an - nur leider verbietet die JVA Freiburg den Kauf, und führte dann am 11.03.2016 gegenüber dem zwischenzeitlich eingeschalteten Landgericht aus, dass aus Sicherheitsgründen solche Utensilien ausnahmslos "aus Kunststoff bestehen" müssten.

Wie sonderbar, verkauft doch der Gefängniskaufmann, die Firma Massak Logistik GmbH an die Insassen Thermoskannen aus Edelstahl. Ich also die Kammer zügig darüber informiert, dass aus meiner Sicht der JVA-Vertreter das Gericht objektiv unwahr beauskunftet habe, um einem ansonsten erfolgreichen Klagebegehren zu unterliegen.

Kleinlaut räumte besagter JVA-Vertreter dann mit Schriftsatz vom 03.05.2016 ein, dass man an der mit Schriftsatz vom 11.03.2016 getätigten Auffassung nicht mehr festhalte.

Allerdings muss ich nun noch die Entscheidung des Gerichts abwarten, bevor ich mir dann künftig heißen Kaffee werde aus einer roten Thermoskanne entnehmen und die Brotzeit in einer schmucken Box werde verstauen können.

Zusammenfassung

Fragt sich irgendwer, wieviel SteuerzahlerInnen-Gelder verschwendet werden, weil uneinsichtige JustizvollzugsanstaltsmitarbeiterInnen abwegige Rechtsauffassungen vertreten und aus Insassensicht ihr Lebensglück darin zu finden scheinen, berechnete Ansprüche von Inhaftierten mit allen Mitteln abzuwehren und erst wenn sie von Gerichten faktisch gezwungen werden, ihr Verhalten zu ändern (und selbst dann nicht, wie die oben geschilderte Rechtsauffassung des Besuchs-Chefs der JVA Freiburg illustriert)?

Dass solch Beamte und Beamtinnen dann Gefängnisinsassen vermitteln sollen, es "lohne" sich, wenn man Recht und Gesetz beachte, erscheint besonders pittoresk.

Seit 2013 habe ich dutzende Verfahren gegen die Anstalt gewonnen - und es liegen noch viele Jahre vor mir, es werden teure Jahre für den Steuerzahler, denn auf Seiten der Vollzugsanstalt ändert sich nichts.

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA Freiburg (SV)

Anarchistischer Langzeitgefangener Gabriel Pombo da Silva entlassen

Gabriel hat insgesamt 30 Jahre hinter Gittern verbracht, davon viele Jahre in Deutschland. Anfang Juni sollte er entlassen werden, aber die Gefängnisleitung fand einen Vorwand, ihn weiter festzuhalten. Es gab daraufhin eine internationale Solidaritätskampagne, um Druck auf die Gefängnisleitung aufzubauen. Seit dem 10. Juni ist Gabriel nun in Freiheit.

Der anarchistische Genosse Gabriel Pombo ist endlich außerhalb der Mauern – C.N.A., 10. Juni 2016

Verfasst von: Übersetzung. Verfasst am: 12.06.2016 - 00:36. (unmoderiert)

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/181740>

„Der Anarchismus betrifft das Individuum, nicht nur der Gemeinschaft sondern sich selbst gegenüber. Der Anarchismus wendet sich nicht an den „Bürger“ sondern an den Menschen.“ – Albert Libertad –

Liebe Genoss_innen

Endlich, nach vielem Hin und Her vom Knast und den Gefängnisbehörden, haben sie sich verpflichtet gefühlt, ihre eigenen Gesetze zu befolgen, die sie sonst stets verletzen und ich bin hier endlich in Freiheit, richte diese ersten Worten der Dankbarkeit und Liebe an alle, die ihr mich diese letzten 30 Jahre begleitet und in meinem eigenen anarchistischen Glauben bestärkt habt und dabei die elementaren Prinzipien des Anarchismus, gegenseitige Unterstützung und Solidarität, verwirklicht habt. Das hat mich schließlich aus den Klauen der Gefängnisbestie befreit, gegen die ich auf der Straße weiter kämpfen werde, ohne die persönliche Schlacht zu vergessen, die draußen geschlagen wird, da es für mich kaum Unterschiede zwischen dem einen System und dem anderen gibt.

Ich weiß sehr genau, dass ich, noch Teil all dessen, sehr privilegiert bin, da ich auf die Unterstützung von Genoss_innen zählen konnte. Es gibt viele, die nicht von dieser Chance profitieren können. In den kommenden Tagen werden wir Kommuniqués herausbringen, die schon über die spezifische Materie unserer Bewegung und möglicher Strategien eintreffen, die wir entwickeln müssen, um den ganzen Institutionalismus und buen-rollismo (d.Ü.: good vibes?) des revolutionären Anarchismus unserer Älteren/Vorkämpfer_innen/Vorgänger_innen zu erneuern.

Ich möchte festhalten, dass ich niemals unsere libertären Genoss_innen vergessen werde, die im spanischen Staat und auf der Welt gefangen gehalten werden, besonders Mónica, Francisco, Claudio und die zuletzt in Haft genommene Genossin/die letzte in Haft genommene Genossin, die an Deutschland ausgeliefert werden wird, wobei ich viele außer Acht lassen, die ich nicht namentlich erwähne.

Es bleibt viel zu tun, das ist gewiss, aber letztlich wird es nicht bei

Lust, Vorfreude und Entschlossenheit bleiben. Ich werde hier nicht auf die niederträchtigen Versuche der Gefängnisleitung, meine Entlassung zu verhindern, eingehen. Das werden wir mit offiziellen Schreiben dokumentieren, in denen sich eindeutig zeigen wird, wie grob und wirt die Justiz dieses Landes ist. Ich bin frei und so wie es aussieht beabsichtigen sie, mich in 45 Tagen von Neuem einzusperrern, von Neuem ihre Hunde auf mich loszulassen. Selbstverständlich werde ich weder freiwillig in den Knast gehen, noch mit dem „Gesindel“ paktieren, mich auf irgendeine ausgehandelte Entlassung einlassen. Daher nehme ich an, dass mir nicht mehr bleibt, als aus dem Schatten zu kämpfen, diejenigen Prozesse und antiautoritären Projekte unterstützend, die voranzutreiben ich für nötig halte, mit allen Mitteln, die mir zur Verfügung stehen, bis hin zum Untergrund in den sie mich treiben.

Alle Menschen und Organisationen zu erwähnen, die mich während all dieser Jahre unterstützt haben, ist unmöglich, es sind zu viele. Ich möchte nur, dass ihr wisst, dass ihr heute, morgen und immer auf mich zählen könnt, wenn es um den Anarchismus und die soziale Revolution geht. Heute, von einem Aufenthaltsort außerhalb der Mauern, schicke ich Berge von Grüßen.

Gabriel Pombo da Silva

(2) Aus den sozialen Kämpfen in den Knast

Anarchistin wegen angeblichen Banküberalls in Barcelona in U-Haft

Höflicher Bankraub

In Barcelona gab es erneut eine Razzia in einem besetzten sozialen Zentrum. Eine Anarchistin wird beschuldigt, Banken in Aachen überfallen zu haben.

von Gaston Kirsche

Quelle: <http://jungle-world.com/artikel/2016/17/53920.html>

Im besetzten sozialen Zentrum Los Blokes Fantasma in Barcelona ging einiges zu Bruch. Am 13. April stürmten maskierte Antiterrorereinheiten der katalanischen Regionalpolizei das Gebäude und durchsuchten alle drei Stockwerke minutiös. Gleichzeitig wurden auch zwei Wohnungen in Barcelona durchsucht. Offizielles Ziel des Einsatzes war die Festnahme einer 35jährigen mutmaßlichen Bankräuberin mit italienischer und österreichischer Staatsangehörigkeit. Der Einsatz erfolgte aufgrund eines von der Staatsanwaltschaft Aachen ausgestellten europäischen Haftbefehls vom 11. April. Die Frau wurde nach ihrer Verhaftung beim Strafgerichtshof für staatsgefährdende Verbrechen in Madrid vorgeführt. Richter Eloy Velasco ordnete Untersuchungshaft an.

Das Ganze kennt die Gefangene schon von ihrer letzten Festnahme im Rahmen der »Operación Pandora«. Bei Razzien in den Jahren 2014 und 2015 sowie der »Operación Piñata« im März 2015 wurden ebenfalls besetzte Häuser, Wohnungen und Arbeitsplätze durchsucht (Jungle World 46/2015). Vorgegangen werden sollte damit gegen die »Bildung einer kriminellen Organisation mit terroristischen Zielen«, die die Koordination anarchistischer Gruppen (GAC) angeblich darstelle. Alle 61 bei diesen drei Razzien Verhafteten sind mittlerweile wieder auf freiem Fuß, meist gegen Kautions; das galt bis vor kurzem auch für

die nun erneut Verhaftete. Da sie im laufenden Ermittlungsverfahren gegen die GAC beschuldigt ist und selbst angegeben habe, nicht ausgeliefert werden zu wollen, habe »unsere Verteidigung«, wie es in einer Erklärung von »GefährInnen der Verhafteten« vom 15. April heißt, eine »Aufhebung des europäischen Auslieferungsbefehls gefordert, damit sie die Untersuchungshaft in Erwartung der im spanischen Staat anhängigen Gerichtsverhandlung verbringen kann«.

Bereits während der Durchsuchungen vom 13. April versammelten sich einige Menschen, um gegen die nunmehr vierte Antiterror-Razzia gegen die anarchistische Szene in Barcelona innerhalb von anderthalb Jahren zu protestieren. Dabei wurde auch ein Kameramann des Lokalsenders BTV von Protestierenden attackiert. Die linke Bürgermeisterin Barcelonas, Ada Colau, kritisierte diesen Angriff auf die Pressefreiheit. Vorausgegangen waren jedoch zahlreiche Berichte, die zur Kriminalisierung der anarchistischen Szene beigetragen hatten. So untersuchte ein linkes Zeitungskollektiv die Berichterstattung zur »Operación Piñata« und registrierte, dass in 74 Prozent aller Medienbeiträge auf die Unschuldsvermutung verzichtet wurde und die Verhafteten in Übernahme der Polizeiarstellung als »Terroristen« bezeichnet worden waren. Auch im Fall der am 13. April Verhafteten ist fast durchgängig von »der bewaffneten Bankräuberin« die Rede, von einer »Serie brutaler Überfälle« in Deutschland.

Am Tag nach der Festnahme wurde bei einer spontanen Solidaritätsdemonstration mit 500 Beteiligten durch Barcelonas Stadtteil Gràcia »rebellische Solidarität – nicht domestiziert, nicht geknebelt« gefordert, wie es auf dem Fronttransparent hieß. Bei drei Banken wurden später die Schaufenster eingeworfen. In der Solidaritätserklärung der »GefährInnen« heißt es: »Für uns macht es keinen Unterschied, ob unsere Genossin für diese Überfälle verantwortlich ist oder nicht. Die Enteignung einer Bank ist eine ethisch richtige und politisch legitime Methode des Kampfes, die Teil der Geschichte aller revolutionären Bewegungen ist.«

Bisher kaum beachtet wurden die konkreten Tatvorwürfe. Es gab in Aachen in einem Radius von 600 Metern am 4. Juli 2012, am 8. Juli 2013 und am 19. November 2014 drei Banküberfälle, bei denen ähnlich vorgegangen wurde: Mit Perücken und Sonnenbrillen Verkleidete erreichten mit Schreckschusspistolen die Herausgabe von Bargeld und warfen nach der Tat die Verkleidung auf die Straße. Daran wurden später DNA-Spuren gefunden. Durch den Abgleich mit europäischen Datenbanken wurde angeblich DNA von zwei Frauen aus der Hausbesetzerbewegung in Barcelona gefunden. Im Juli 2015 wurde die erste bei einer Passkontrolle an der griechisch-bulgarischen Grenze festgenommen. Als Verdächtige des bewaffneten Banküberfalls vom 8. Juli 2013 saß sie ein halbes Jahr in Köln in Untersuchungshaft. Am 16. Dezember hob das Landgericht Aachen den Beschluss über ihre Untersuchungshaft auf, sie wurde entlassen. Die Richter hatten eine Prozesseröffnung aus Mangel an Beweisen abgelehnt. Die DNA-Spur trug nicht weit. Die Staatsanwaltschaft Aachen legte Berufung ein, demnächst soll es zur Anklage gegen diese Frau vor dem Oberlandesgericht in Köln kommen – ohne neue Beweislage.

Auch die zweite Verhaftung in Barcelona erfolgte nur aufgrund einer DNA-Spur. In der Sendung »Aktenzeichen XY ... ungelöst« wurde der Aachener Fall reißerisch als »Bankraub extrem« betitelt. Dabei ging es nicht um vermeintliche Brutalität – durchaus »höflich« sei es zugegangen, wie ein Polizeisprecher der Aachener Zeitung nach Zeugenbefragungen im November 2014 berichtet hatte –, sondern um Geschlechterverwirrung. Der Aachener Kriminalhauptkommissar Hans Kessel strich es in der Sendung heraus: Der Kopf der Bande sei eine Frau!

Update zur Repression in Aachen

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/176446>
19.04.2016

Im Juli 2015 wurde unsere Freundin und Kameradin bei einer Passkontrolle an der griechisch-bulgarischen

Grenze festgenommen. Der europaweite Haftbefehl gegen sie wurde am 24. Juni von der Staatsanwaltschaft Aachen (Deutschland) ausgestellt. Als Verdächtige eines bewaffneten Banküberfalls im Jahr 2013 wurde sie im Gefängnis von Köln in Untersuchungshaft genommen. Am 2. Dezember wurde sie nach monatelangen Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft formal angeklagt für Bankraub, Geiselnahme und Waffenbesitz. Am 16. Dezember ordnete der Richter die Freilassung unserer Kameradin an, da alle Anklagepunkte fallen gelassen wurden. Der „Beweis“, den die monatelangen Ermittlungen hervorgebracht hatten, war nicht ausreichend für einen Gerichtsprozess.

Als wir die Stellungnahme (1) bezüglich der Verhaftung und Freilassung unserer Freundin schrieben, hofften wir, dass es sich dabei belassen werde. Leider haben die deutschen Bullen andere Pläne und beschlossen gegen das Urteil der Freilassung Berufung einzulegen. Dies resultierte, nach erstmaliger Abweisung durch ein normales Gericht, im Beschluss des Oberlandesgerichts den Fall wieder zu öffnen. Konkret bedeutet dies, dass, nach fast sechs Monaten in Untersuchungshaft eingesperrt zu sein, unsere Freundin und Kameradin „in Freiheit“ auf ihren Prozess wartet. Es ist noch unklar wann der Fall behandelt werden wird. Trotz einiger verzweifelter Versuche der Staatsanwaltschaft einen neuen Haftbefehl zu erzwingen – momentan warten wir auf die Entscheidung des Oberlandesgerichts bezüglich des zigsten Einspruchs – ist sie zur Zeit draußen mit uns.

Am Mittwoch 13. April ordnete die gleiche Staatsanwaltschaft eine Reihe von Hausdurchsuchungen in Barcelona an, die mit der Verhaftung einer anderen Kameradin endeten. Sie wird beschuldigt an einem Banküberfall teilgenommen zu haben, der 2014 in Aachen stattfand. Es liegt auf der Hand, dass die deutschen und spanischen Behörden beschlossen haben ihre Kräfte im fortlaufenden repressiven Projekt gegen Anarchisten in Europa zu bündeln, unterstützt von den immer gehorsamen Hunden der Medien.

Wie erwartet reiben sich die Medien die Hände und verknüpfen „gewöhnliche Verbrechen“ mit Anarchisten. Das ist keine Überraschung, und vor allem nicht in Zeiten, in denen immer repressiver gegen alles vorgegangen wird, das subversiv ist. Dennoch glauben wir, dass es wichtig ist die Unterscheidung zwischen „gewöhnlichen“ und „politischen“ Verbrechen den Bullen, Ankläger und Journalisten zu überlassen. Es ist nicht notwendig die Autoritäten mit Kategorien zu bedienen, die sie nur allzu gerne akzeptieren. Wie bereits in der Erklärung, die durch die Kameradinnen der verhafteten Person in Barcelona veröffentlicht wurde, gesagt, ist die Enteignung von Banken „eine ethisch richtige und politisch legitime Methode des Kampfes, die Teil ist der Geschichte aller revolutionären Bewegungen“. (2) Ob die beschuldigten Individuen an den Überfällen teilgenommen haben oder nicht, ist für uns nicht von Belang. Was wichtig ist, ist, dass wir unsere Solidarität zeigen mit jenen, die durch die Behörden verfolgt werden.

Während die Knechte des Staates ihre Unterstellungen und Beschuldigungen mit einem Haufen Spektakel in die Welt hinausspeien, dürfen wir unsere eigenen Ideen und Perspektiven nicht vergessen. Dies ist nicht die Zeit für Spekulationen, auch nicht über die „Motive“ der Überfälle oder über die Schuld oder Unschuld der Verhafteten. Statt eines Moments für Fragen, sollte dies ein Moment für Antworten sein – deutliche Antworten an jene gerichtet, die uns unterdrücken. Wie bereits zuvor gesagt, „wenn ihr einen von uns angreift, greift ihr uns alle an“. Mehr als je, ist es Zeit für Solidarität, in allen möglichen Formen.

Sofortige Freiheit für die gefangene Kameradin!

Bis alle Gefängnisse und die Banken, die diese brauchen, zerstört sind!

Amsterdam, 19. April 2016

(1) <https://de-contrainfo.espiv.net/2016/01/11/deutsche-knaste-unsere-kameradin-ist-frei/>

(2) <https://linksunten.indymedia.org/de/node/175901>

27.4. Polnischer Anarchist Łukasz Bukowski für drei Monate in Haft

Łukasz Bukowski (Mitglied der Anarchistischen Föderation Poznan und der anarchosyndikalistischen IP) hat am 27. April eine dreimonatige Haftstrafe wegen Verhinderung einer Zwangsräumung angetreten. Er spricht Polnisch und Englisch.

Łukasz Bukowski s. Zbigniewa
Zakład Karny Gorzów Wielkopolski P-2
ul. Podmiejska 17
66-400 Gorzów Wlkp.

News - 24.05.16 von international secretary

Aufruf zur Solidarität mit dem politischen Gefangenen Łukasz Bukowski

Quelle: http://www.fau.org/artikel/art_160524-201822

Am 27. April ging Łukasz Bukowski (Mitglied der Anarchistischen Föderation Poznan und der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft, Inicjatywa Pracownicza) für drei Monate ins Gefängnis. Er war wegen Körperverletzung eines Polizisten angeklagt und verurteilt worden. Zu der Tat soll es gekommen sein, als Aktivist_innen die Zwangsräumung der Wohnung einer Frau mit Behinderung und ihres Ehemannes, Katrzyna and Ryszard Jencz, durch eine Blockade verhindern wollten.

Die Räumung geschah am 25. Oktober 2011 aufgrund eines gerichtlichen Urteils. Da dem Ehepaar keine Sozialunterkunft zugewiesen wurde, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, wurden die beiden also tatsächlich auf die Straße gesetzt. Es wurden viele Polizisten eingesetzt, die schon Stunden vor der Räumung in dem Gebäude auftauchten und den Zugang nicht nur zum Haus, sondern auch zur Wohnung versperrten. Etwa 70 Aktivist_innen versuchten, die Räumung zu verhindern. Während der Blockade wurden drei Leute, darunter Łukasz, festgenommen. Er sagt, dass die Vorwürfe nicht der Wahrheit entsprechen und seine Verurteilung ein Racheakt ist, der gegen seinen sozialen Widerstand gerichtet ist. Łukasz weigerte sich, die gegen ihn verhängte Geldstrafe zu bezahlen, die erst in zwangsweise Ableistung von Sozialstunden und dann in eine Gefängnisstrafe umgewandelt wurde. Angetreten hat er die dreimonatige Gefängnisstrafe in Poznan, um dadurch auf die Vertreibungen und brutalen Wohnungsräumungen aufmerksam zu machen, die in ganz Polen stattfinden. Außerdem will er auch auf die ungleiche und ungerechte Behandlung von Mieter_innen aufmerksam machen, sowie auf die Repression gegen all diejenigen, die die Mieterrechte verteidigen.

Jedes Jahr stellen polnische Gerichte zwischen 30.000 und 40.000 Räumungstitel aus. Die Gerichtsvollzieher führen etwas 8.000 Räumungen durch, oft in Begleitung der Polizei. Andere verlassen einfach ihre Wohnungen, wenn sie einen Räumungstitel erhalten. Der Hauptgrund für die Räumungen sind wachsende Schulden aufgrund von hohen Mieten bzw. Strom-, Gas- oder Wasserrechnungen. Aufgrund niedriger Löhne, prekären Beschäftigungsverhältnissen und fehlender Sozialhilfe können viele diese Kosten nicht mehr tragen. Dazu kommt das die geräumten Mieter_innen oft keine Sozialunterkünfte zugewiesen bekommen, obwohl Leute der untersten Einkommensstufe, Kranke und Arbeitslose Anspruch darauf haben.

Zusammen mit den AktivistInnen aus der der Anarchistischen Föderation Poznan und der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft, Inicjatywa Pracownicza, fordert die FAU das Ende der Räumungen und der ungerechten sozialen Wohnungspolitik. Wir rufen gleichzeitig alle Aktiven in der anarchistischen Bewegung und in der Mieterrechtsbewegung auf, ihre Solidarität mit Łukasz, allen geräumten Mieter_innen und den Opfern polizeilicher Übergriffe zu zeigen!

Gegen die Verletzung von Mieterrechten!

Gegen Polizeigewalt!

Stoppt die Zwangsräumungen!

Schickt Łukasz Briefe (auf Englisch oder Polnisch):

Łukasz Bukowski s. Zbigniewa
Zakład Karny Gorzów Wielkopolski P-2
ul. Podmiejska 17
66-400 Gorzów Wlkp.

Three months in jail for eviction blockade

rozbrat.org

Quelle: <http://www.rozbrat.org/news-in-english/4431-three-months-in-jail-for-eviction-blockade>

On the 27th of April Łukasz Bukowski, a participant of Anarchist Federation Poznan, Poland, went to prison for three months. He had been charged and sentenced with the breach of bodily integrity of a police officer which had happened during the eviction blockade of a disabled woman and her husband, Katarzyna and Ryszard Jencz, from a tenement house in Poznan, Poland. Łukasz refused to pay the fine, which then was changed to community work and then to a prison term. He appeared at a prison in Poznan where he will spend the next three months.

Łukasz wants to bring attention to displacements and brutal evictions that still take place not only in Poznan but all across Poland. He refused to pay the fine because he believes that his act of defending the tenants was right. He also wants to bring attention to unequal and unfair treatment of tenants and to the repression that all people defending tenants' rights face.

The eviction of Ryszard and Katarzyna (who is seriously ill and has been in a wheelchair for many years) took place on 25th of October 2011. Despite Katarzyna's visible serious condition, the court, which issued the eviction notice, did not give them social housing (which is required by the law but courts often refuse to do it due to lack of social housing). So, in fact, the couple was evicted on to the streets.

Large police forces were mobilized and showed up at the tenement building a few hours before the eviction, cutting off the access to the building and the apartment. Around 70 activists tried to block the eviction. Some people living in the neighborhood also joined them but in the end Katarzyna Jencz, because of her worsening health condition had to be transported out of the building in an ambulance. The debt collector then seized the apartment.

During the blockade, three people, including Łukasz, were detained. He claims that the charges he faced were not valid and his conviction was a form of revenge for his social resistance. The police also charged two more people with leading an illegal gathering but they were both acquitted.

Every year Polish courts issue from 30,000 to 40,000 eviction notices. Debt collectors perform about 8,000 evictions, they are often accompanied by the police. Other people with eviction notices simply leave their apartments before the evictions. The main reason of evictions is the debt growing because of high rents, utility bills, low income and precarious forms of employment as well as no welfare support. Very often the evicted tenants do not get the right to social housing. The authorities do not acknowledge the constitutional duty to provide social housing for people with the lowest economic status, people who are ill and unemployed. The case of Katarzyna and Ryszard Jencz is one of the most appalling ones, as it has showed the ruthlessness of evictions and displacements by the city authorities who often represent the interests of landlords and developers.

We as a movement believe that Łukasz is a political prisoner, a prisoner of conscience, who demands respect for tenants' rights and demands stopping evictions. His imprisonment marks the beginning of another campaign against evictions, illegal displacements and violating tenants' rights. Together with Łukasz we demand stopping evictions and changing the unfair social-housing politics that causes so many human tragedies. The victims of these politics are often the poorest people.

We are calling the authorities of Poznan to stop 250 evictions from social housing that they have announced would be performed until November and to guarantee that every inhabitant of this city has a place to live. Show the real will to change the social housing politics!

At the same time we are calling all participants of the anarchist and tenants' rights movements to show their solidarity with Lukasz, all evicted tenants and victims of police brutality. We are meeting on 7th May at 1 p.m. in front of the jail on Mlynska Street in Poznan.
Stop violating tenants' rights! Stop police violence! Stop evictions!

2.5. Rostocker Antifa-Ultra Schubi zu viereinhalb Jahren verurteilt

Schubi war im Januar nach 13 Monaten aus der U-Haft entlassen worden. Der Prozess ging weiter und endete am 2. Mai mit einer Verurteilung zu knapp viereinhalb Jahren wegen ein paar auf Bullen geworfenen Steinchen. Die Verteidigung ist in Revision gegangen. Hier der Text vom Blog der Soligruppe:

„Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet“*

Veröffentlicht am von Free Schubi

Quelle: <http://freeschubi.blogspot.eu/2016/05/04/richtet-nicht-auf-das-ihr-nicht-gerichtet-werdet/>

Nach 30 langen Verhandlungstagen ging am 2. Mai der Prozess gegen Schubi am Landgericht Rostock zu Ende. Die Kammer verurteilte ihn zu einer Haftstrafe von 4 Jahren und 5 Monaten.

Die Urteilsbegründung

In der etwa einstündigen Verlesung der Urteilsbegründung richtete der Vorsitzende Richter eine längere Eingangsrede an den Angeklagten und das Publikum. Die ca. 100 Besucher_innen reagierten darauf wiederholt mit Zwischenrufen. In seiner Ansprache avancierte der Richter zu einem wahren „Extremismus“-Kenner. Gewalt gegen öffentliche Bedienstete sei nicht hinnehmbar, so der Richter. Er begründete dies damit, dass „Angriffe auf Polizeibeamte oder auch zum Beispiel auf Feuerwehrleute die brennende Asylbewerberheime beschützen, ... nicht zu tolerieren“ seien. Und mit Angriffen auf Asylunterkünfte kennt er sich aus: Er war es, der die beiden Neonazis Thomas Hocke und Florian Hillner Anfang des Jahres wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung zu einer minimalen Haftstrafe von 5 Jahren verurteilt hatte, nachdem sie im Oktober 2014 versucht hatten, eine bewohnte Unterkunft in Groß Lüsewitz (Landkreis Rostock) mit Molotow-Cocktails in Brand zu setzen. Für den Richter sind rechte und linke „Hetzer“ gleich.

Er unterstellte Schubi Hass gegen Polizei und Staat, den dieser bei Fußballspielen ausgelebt habe. Dies begründete er mit dessen antifaschistischer Haltung und Funden aus Schubis Wohnung, wie etwa linken Plakaten. Obwohl es mit der Anklage nichts zu tun hatte, warf das Gericht Schubi erneut vor, Fluchthilfe unterstützt zu haben. Auf eine entsprechende Anweisung der Polizei hätte er in seiner Tätigkeit als Schiffsoffizier entgegnet, dass er sich nicht an Abschiebungen beteilige – ein wahrer Staatsfeind eben, so soll man die Thematisierung dieser Episode in Prozess und Urteilsverkündung wohl interpretieren. Vom Publikum erhielt Schubi dafür langen Applaus, das Gericht hatte jedoch nur Missbilligung für ihn übrig.

Ein Steinwurf auf den Nebenkläger, der dabei leicht verletzt wurde, wurde mit einer Einzelstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten bestraft. Die harte Strafe, die sogar noch sechs Monate über der Forderung der Staatsanwaltschaft liegt, wurde unter anderem mit der Geschwindigkeit begründet, die der Stein beim Aufprall gehabt haben soll. Empörte Zwischenrufe wiesen darauf hin, dass vor 6 Jahren am gleichen Landgericht ein Neonazi einen Feuerlöscher von einer Empore aus mehreren Metern Höhe auf Antifaschist_innen geworfen hatte (die, nebenbei bemerkt, keine Körperschutzausrüstung angelegt hatten). Damals wurde der sogenannte Pölchow-Prozess vor Gericht verhandelt. Der Neonazi, der damals den Feuerlöscher geworfen hatte, war straffrei davon gekommen. Der Vorsitzende Richter in Schubis Verfahren wiegelte den wütenden Einwurf des Prozessbeobachters damit ab, dass er sich um diesen Vorfall später kümmern werde.

Die Polizist_innen, die auf richterliche Anordnung seit dem achten Verhandlungstag im Juli letzten Jahres im Gerichtssaal verweilen um die richterliche Hoheit im Saal durchsetzen zu können, beobachteten das Publikum derweil. Eine Polizistin versuchte mehrfach Personen während der Verhandlung abzufilmen, versteckte die Kamera jedoch, wenn sie dabei beobachtet wurde. Bereits im Juli hatten Prozessbeobachter_innen bemerkt, dass Polizist_innen im Gerichtssaal Filmaufnahmen gemacht hatten, was damals durch die Verteidigung beanstandet wurde.

Auch die Verteidigung griff der Vorsitzende Richter an, indem er dieser vorwarf, die Kammer mit „dumpfen Populismus“ bewusst diskreditiert zu haben. Insbesondere die Einschätzung der Verteidigung in ihren Plädoyers, dass an Schubi aus politischer Überzeugung ein Exempel statuiert werden sollte, schien dem Vorsitzenden nicht gefallen zu haben.

Das Urteil

Wegen versuchter und vollendeter gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Sachbeschädigung und Verstößen gegen das Vermummungsverbot wurde Schubi zu einer Haftstrafe von 4 Jahren und 5 Monaten verurteilt. Weiterhin muss er 300 Euro (!) Schmerzensgeld an den Nebenkläger, einen Polizisten der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) zahlen, der von einem Steintreffer eine Rippenprellung davon getragen hatte. Die Kammer hatte „keinen Zweifel“, dass Schubi, trotz der schwachen Beweislage, der Täter sei, der beim Spiel des FC Hansa Rostock gegen Dynamo Dresden im November 2014, Steine auf Polizeibeamte geworfen hatte. Für die Tatvorwürfe vom Spiel des FC Hansa Rostock gegen RB Leipzig wurde er hingegen freigesprochen, weil ihm keine Würfe nachgewiesen werden konnten.

Bei beiden Spielen bestanden die Beweismittel vor allem aus Videomaterial der Polizei, das überhaupt nur schleppend in das Verfahren eingeführt wurde. Der Unterschied, warum die Kammer die Beweislage beim Spiel gegen Dynamo Dresden anders bewertet, ist der ehemalige Mithäftling und Zeuge Thomas C.. Im Sommer 2015 hatte er sich an den Verfassungsschutz MV gewandt und „Bericht erstattet“. Er behauptete, Schubi habe die Vorwürfe vom Spiel gegen Dresden ihm gegenüber zugegeben. Außerdem versprach C. „Erkenntnisse“ über die linke Szene in Rostock. Der von einer Sachverständigen vor Gericht als „pathologischer Lügner“ klassifizierte C. avancierte damit zum Hauptbelastungszeugen, dessen Glaubwürdigkeit für die Kammer durch nichts, aber auch rein gar nichts zu erschüttern war.

Die Gesamtstrafe von 4 Jahren und 5 Monaten liegt nur oberflächlich betrachtet unter den von der Staatsanwaltschaft geforderten 4 Jahren und 9 Monaten. Deren Forderung bezog sich auf alle fünf Anklagepunkte, verurteilt wurde Schubi nun nur wegen drei Anklagepunkten. Damit ist das Gericht bei der Strafzumessung im Grunde über das von der Anklage geforderte Strafmaß deutlich hinaus gegangen. Schubis Verteidigung hatte einen Freispruch sowie Entschädigung für die U-Haft gefordert und kündigte an, Revision gegen das Urteil einzulegen.

*Fußnote: Matthäus 7:1 – Eines der bei Schubi gefundenen und in der Urteilsverkündung thematisierten Plakate zeigt ein Zitat („Der Mensch ist am wenigsten er selbst, wenn er in seiner eigenen Person spricht. Gib ihm eine Maske und er wird dir die Wahrheit sagen“), dessen Urheber Oscar Wilde der Richter allerdings unter den Tisch fallen ließ. Stattdessen sollte der Spruch wohl Schubis angebliche Bereitschaft zur Vermummung und Gewaltausübung gegen Polizist*innen illustrieren – oder so. Da die Zitatrecherche offensichtlich nicht zu den Stärken der Kammer gehört, haben wir in diesem Fall den Urheber gleich mitgeliefert.

Vier mal U-Haft gegen Lausitzer Braunkohlewiderstand im Mai

Mitte Mai fanden im Rahmen der Ende-Gelände-Kampagne massenhafte Proteste gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz statt. Kurz darauf wurde die Waldbesetzung LAUtonomia geräumt. In dem Kontext wurden vier Leute festgenommen. Eine davon wurde bereits entlassen. Hier die Adressen:

JVA Luckau-Duben
Unbekannte Person „Yu“ 174/16/3
Lehmkietenweg 1
15926 Luckau

Post an Tur*tel und eine dritte Person bitte an das Anarchistische Schwarze Kreuz Rheinland.
ABC Rhineland
Kallsgasse 20
52355 Düren

Offener Brief im Zusammenhang mit der Festnahme von drei Anarchisten in Warschau

Verfasst von: Warschau Anarchisten. Verfasst am: 31.05.2016 - 14:06. Geschehen am: Montag, 23. Mai 2016.

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/180740>

In der Nacht auf den 23. Mai hat die Polizei in Warschau drei Anarchisten festgenommen, die der versuchten Brandstiftung an einem Polizeiauto verdächtigt wurden. Die Inhaftierten müssen nun 3 Monate auf die Gerichtsverhandlung warten. Ihnen droht eine Freiheitsstrafe von 8 Jahren.

In den darauf folgenden Tagen brach ein Mediensturm aus, der hochrangige Politiker und Teroexperten einschloss, die den Fall im Fernsehen diskutierten. Immer wieder werden die Fotos und Videos auch im öffentlichen Verkehr ausgestrahlt. Es wird gezeigt wie die Inhaftierten an Händen und Füßen angekettet gehen müssen. Der folgende Text ist eine Übersetzung von der Stellungnahme, verschiedenster Gruppen der anarchistischen Bewegung und der weitreichenden soziale Gerechtigkeit Bewegung in Polen. Entstanden ist diese als Reaktion auf die Verhaftungen.

Offener Brief im Zusammenhang mit der Festnahme von drei Anarchisten in Warschau

Es gibt immer mehr absurde Meldungen seitens der Massenmedien über die drei am 23. Mai festgenommenen Anarchisten. Wir interpretieren dies als den Versuch, Angst aufzubauen und soziale Proteste in Polen zu kriminalisieren.

Es ist kein Zufall. Je näher die Durchführung des so genannten anti-Terrorismus Gesetzes rückt, desto stärker stellen die Medien und Politiker die Realität in einer Weise dar, die dieses Gesetz als notwendig erscheinen lassen soll. Berichtet wird über den vermeintlichen Versuch an einem Polizeiauto Feuer zu legen und von dem Einsatz der Polizei, jedoch nicht über andere Ereignisse, welche die Polizei in ein schlechtes Licht stellen. Fast zum gleichen Zeitpunkt wurde Igor S. in Wroclaw durch die Polizei getötet. Dieser Vorfall führte keine Reaktion herbei. Die Empörung der Masse von Politikern, Medien, Polizisten und Teroexperten blieb aus. Von wenigen Journalisten wird Kritik ausgeübt, wenn die Polizei einen Menschen tötet. Diese Todesfälle sind nicht die einzige Art von Gewalt, die von der Polizei benutzt wird. Erpressungen, Körperverletzungen, widerrechtlicher Schutz von privaten Interessen der Einflussreichen – jedes Jahr gibt es 16 Tausend Klagen aufgrund Handlungen der Polizei und nur 5% von diesen werden als begründet anerkannt. Als Folge der Selektivität und des Verschweigen seitens der Medien, macht sich die Polizei keine Sorgen um rechtliche Konsequenzen ihrer Handlungen. Man kann vermuten, dass diese Taktik bewusst gewählt wird, damit betroffene Leute die Polizei erst gar nicht anklagen wollen. Nur laute Proteste verhindern, dass die Polizeirepressionen in Vergessenheit geraten. Medien verlieren keine Gelegenheit, die Polizei darin zu unterstützen, immer mehr Kompetenzen zu gewinnen, während die soziale Kontrolle

darüber was die Polizei macht, immer geringer wird.

Heute gewinnt diese Panik über den vermeintlichen Anschlag neue Befürworter des „anti-Terrorismus“-Gesetzes, welches unkontrollierte Überwachung, unbegründete Festnahmen und unbegrenzte Polizeigewalt gegenüber der ganzen Gesellschaft erlaubt. Heute ziehen die verantwortungslosen Journalisten Nutzen aus der Sensation und verbreiten die Angst. Dies trägt dazu bei, dass irrtümlicherweise immer mehr Leute von der Notwendigkeit dieses Gesetzes überzeugt werden, obwohl sogar manche bekannte Politiker Zweifel daran haben.

Die Anarchistische Bewegung ist aktiv unter anderem in Arbeiter-, Mieter-, ökologischen und antirassistischen Gruppen. Sie kämpft gegen den Landraub, soziale Ungerechtigkeit und Repressionen, die Business- und Politikeliten ausüben. Die bewusste Kriminalisierung der ganzen Bewegung dient dazu, dass Repressionen und Überwachung berechtigt werden, während jegliche Form von Widerstand ausgeschaltet werden soll.

Als die Mietrechts Aktivistin Jolanta Brzeska (die nur 50 Meter von der Polizeiwache entfernt wohnte) wiederholt geplagt und schließlich im März 2011 ermordet wurde, fanden weder Pressekonferenzen statt, noch kommentierten Experten und Politikelite das Vorgefallene. Es gab keine Debatten im Fernsehen, keine Expertenmeinungen und keine detaillierte Berichterstattung darüber, dass sie entführt und wie eine Hexe lebendig verbrannt wurde. Von dem Immobilienunternehmer welcher sie belästigte, wurde kein psychologisches Profil erstellt; er wurde nicht einmal des Mordes verdächtigt. Tatsächlich bekommen die Angriffe gegen die Kämpfer für soziale Gerechtigkeit keine Aufmerksamkeit von der Gesellschaft.

Angriffen auf Arbeiter- und Mietrechte bleibt die Aufmerksamkeit der Presse und die diesbezügliche Information der Öffentlichkeit aus. Ganz im Gegenteil die Behauptung des vermeintlichen Versuchs von Brandstiftung an einem Polizeiauto, die de facto nicht stattgefunden hat.

Die Anarchisten werden „Terroristen“ genannt, sie werden entmenschlicht und kriminalisiert. Dies bewirkt, dass die breite Öffentlichkeit der psychischen und körperlichen Gewalt gegen die Festgenommenen zustimmt, anstatt sich darüber zu empören. Diese Etikette ermöglicht es der Polizei die Festgenommenen ungestraft zu foltern, wovon ihr gegenwärtiger Gesundheitszustand zeugt.

Jeder Mensch sollte die Panik hinterfragen, die von der Presse und der Polizei erschaffen wurde und deren Illusion der guten Macht, die sich um unsere Sicherheit kümmert, keinen Glauben schenken. Wir haben das Recht zu hinterfragen, wer Interesse daran hat, dass das Narrativ so dargestellt wird und wer Nutzen aus dieser Situation zieht. Sind gerechte Urteilsprüche möglich, wenn die Narration manipuliert wird?

Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden weiter um soziale Gerechtigkeit kämpfen, auch beugen wir uns nicht vor dem Willen eines Polizeistaates, welcher sich immer mehr zu etablieren versucht. Wir appellieren an Medien: wenn ihr keinen Mut habt, die bereits lang andauernde Polizeigewalt zu verurteilen, die den ganzen Staatsapparat unterstützt, habt ihr kein Recht, die inhaftierten Anarchisten zu beurteilen und Angst und Ablehnung gegenüber der anarchistischen Bewegung zu verbreiten. Diese Bewegung ist von keiner Macht, keinem Business und keiner Kirche erschaffen oder unterstützt. Doch liegt ihr die lange Geschichte der sozialen Kämpfe zu Grunde, die alle Repressionen überleben wird.

Wir solidarisieren uns mit den Verhafteten und appellieren an alle Menschen, sich mit ihnen zu solidarisieren.

Kein Einverständnis dem Staat, der auf Angstkampagnen und Polizeigewalt basiert!

Kolektyw Syrena (The Syrena Collective)

Warszawskie Stowarzyszenie Lokatorów (The Warsaw Tenants' Association)

Kolektyw Przychodnia (The Przychodnia Collective)
Ruch Sprawiedliwości Społecznej (The Social Justice Group)
Kancelaria Sprawiedliwości Społecznej (The Social Justice Office)
Warszawska Federacja Anarchistyczna (The Warsaw Anarchist Federation)
Jedzenie Zamiast Bomb – sekcja Warszawa (Food Not Bombs – Warsaw section)
Antyfaszystowska Warszawa (Antifascist Warsaw)
ROD Kolektyw (The Radical Allotment Gardens Collective)

2.6. Valentin aus der U-Haft entlassen

Nach knapp zehn Monaten U-Haft wurde der Bremer Antifa-Ultra entlassen. Das Urteil wird noch bis zum 28. Juni brauchen. Hier noch ein paar Hintergrundinfos vom Soli-Blog:

Gegen Nazis und Repression – Freiheit für Valentin

Quelle: <http://valentin.blogspot.de/infos/>

Am 1. Juli 2015 krachte in einer WG von Bremer Genossen zum dritten Mal die Tür. Wie bei den zwei vorherigen Malen stürmten verummte SEK-Beamte die Wohnung. Anders als bisher stellten sie dieses Mal nicht die Einrichtung auf den Kopf, um nach Beweismitteln zu schnüffeln, sondern nahmen einen Genossen mit einem Haftbefehl mit. Sein Name ist Valentin.

Ihm wird vorgeworfen, an den Auseinandersetzungen am Verdener Eck nach dem Fußballspiel Werder Bremen gegen den Hamburger SV beteiligt gewesen zu sein. An dem Tag griffen Bremer Nazi-Hools eine Gruppe Bremer antifaschistischer Ultras an. Es kam zu einer heftigen Konfrontation. Auch wenn sich der Vorfall nach einem Fußballspiel ereignete und dieses Mal Fußballfans die Betroffenen waren, handelt es sich dabei keineswegs um Fußballkrawalle. Der Übergriff hatte eine politische Dimension. Die Hooligans griffen die Ultras an, weil sie diese dem linkspolitischen antifaschistischen Lager zuordneten.

Valentin sitzt seit seiner Verhaftung in U-Haft. In einer Pressekonferenz am 2. Juli 2015 präsentierte die Polizei Bremen ihn als „Hauptverdächtigen“ der Auseinandersetzungen. Ihm wird gefährliche Körperverletzung und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Unmissverständlich machte die Polizei klar, dass an Valentin ein Exempel gegen politisch motivierte Gewalt statuiert werden soll.

Diese Situation kotzt uns an. Wir stehen solidarisch zu unserem Freund, Genossen und Bruder Valentin. Wir werden alles dafür tun, um ihm zur Seite zu stehen und die Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, die er braucht.

Um ihm finanziell den Rücken stärken zu können, ist ein Spendenkonto eingerichtet. Beteiligt euch an den Spenden, denn gemeint sind wir alle. Lasst eure Solidarität für ihn spürbar werden, indem ihr ihm Post zukommen lasst. Wir werden dafür ein Postfach einrichten und euch die Adresse in den kommenden Tagen kommunizieren. Überdenkt aber bitte, was ihr in die Briefe reinschreibt. Achtet bei Absender und Inhalt auf die Begebenheit, dass die Polizei die Briefe auch lesen wird.

Aus Hass und Wut wird Widerstand.

(3) Gefängnis-News

Rentenversicherung für Gefangene in der DDR

Das es nicht unmöglich ist, Gefangene rentenzuversichern, zeigt das Beispiel der DDR. Dort erwarben Gefangene während ihrer Haftzeit Rentenansprüche. Das geht aus folgendem Artikel hervor:

Aus: Ausgabe vom 22.04.2016, Seite 4 / Inland

Das Elend der »Aufarbeitung«

Brandenburg: Ulrike Poppe übergibt Tätigkeitsbericht einer »gut ausgestatteten« Behörde

Von Matthias Krauß

Quelle: <http://www.jungewelt.de/2016/04-22/062.php>

Ihren dritten Tätigkeitsbericht übergab dieser Tage die »Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur« Ulrike Poppe im brandenburgischen Landtag. Poppe war im Dezember in ihrer Funktion bestätigt worden. Laut Bericht wurden die Mittel der Behörde im vergangenen Jahr auf 1,47 Millionen Euro erhöht, was die Einstellung von insgesamt 15 Mitarbeitern ermöglicht habe. Poppe: »Wir sind gut ausgestattet.« Wofür die Landesregierung das Amt Poppes finanziert, wurde deutlich: Die Beauftragte sprach u. a. davon, dass ein Härtefallfonds für politisch Verfolgte, die heute quasi im Elend leben, von 15.000 auf 30.000 Euro aufgestockt worden sei. Einen Zuschuss erhalten auf diesem Wege Menschen, die aus politischen Gründen zu DDR-Zeiten berufliche Nachteile in Kauf nehmen mussten und deshalb heute weniger Rente beziehen.

In der DDR verdienten junge Ingenieure (beispielsweise in der Stahlindustrie) 800 DDR-Mark, junge Arbeiter bis zu 1.300 DDR-Mark. Gehaltsempfänger wurden mit 20 Prozent besteuert, Arbeiter mit sieben Prozent. Nicht selten also war die Strafe »Bewährung in der Produktion« mit beträchtlichen Einkommenszuwächsen für die Bestraften verbunden. Ulrike Poppe: »Wir sind zuständig für diejenigen, die politisch verfolgt wurden, nicht für jene, die verfolgt haben.« Dass es in Deutschland Menschen gibt, die geringe Renten haben, sei kein reines Ostproblem. Punkt.

Erneut kommt die Mentalität der deutschen Aufarbeiter zum Ausdruck, wonach Nachteile zu DDR-Zeiten als kritik- und fluchtwürdig gebrandmarkt werden müssen, während die gleichen Nachteile nach der Wende als natürlicher Vorgang und gottgewollt hinzunehmen seien. Völlig gleichgültig selbst dann, wenn die Dimension – wie im Falle der Rentenminderung – nach der Wende vielfach größer war. Die sogenannten Erwerbzlücken gab es massenhaft nach 1990 – nicht davor.

Poppe setzte sich bei dieser Gelegenheit dafür ein, dass politische DDR-Häftlinge nicht noch zusätzlich durch die Haftjahre Renteneinbußen hinnehmen sollten. Aber hatten diese Menschen damals durch ihre Pflichtarbeit im Gefängnis nicht Rentenansprüche erworben? Ausdrücklich wurde das von einer Mitarbeiterin Poppes bestritten: Nein, das hatten sie nicht, da hätten sie lediglich nach der Haft eine »Bescheinigung« in die Hand gedrückt bekommen. Diese Darstellung steht im Widerspruch zur Aussage des einstigen Dekans der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität, Erich Buchholz, der in seinem Buch »Unrechtsstaat DDR? Rechtsstaat BRD?« schrieb: »Wichtig ist auch, dass in der DDR Strafgefangene sozialversichert und rentenversichert waren, die Zeit im Strafvollzug galt für sie – anders als in der BRD – als Zeit für die Rente.«

Die Pointe hat es in sich: Weil in der BRD Strafgefangene keine Rentenansprüche erwerben können, werden heute einfach auch jene Ansprüche für Exhäftlinge gestrichen, die in der DDR erworben worden waren. Denn die Bundesrepublik war gern Rechtsnachfolgerin des faschistischen Deutschen Reichs und beeilte sich, die Privilegien für Hitlers willige Vollstrecker zu finanzieren. Eine solche Vorzugsbehandlung können DDR-Bürger natürlich nicht erwarten, da gab es diese Rechtsnachfolge ganz bewusst nicht. Alle Exgefangenen, auch die politischen, gehen so, bezogen auf ihre Haftzeit, bei der Rentenberechnung eben leer aus. Um dem abzuhelpen, müsste Frau Poppe jetzt offen fordern, dass die in der DDR erworbene Rentenansprüche für Häftlinge wieder Bestand hat. Aber das wäre vermutlich zuviel verlangt.

Gefängnis 13,6 Millionen für Modernisierung: JVA Stadelheim soll sicherer werden

- Die Justizvollzugsanstalt Stadelheim wird für 13,6 Millionen Euro modernisiert.
- Wer die Gedenkstätte besuchen will, muss nicht mehr so viele strenge Kontrollen durchlaufen.

Von Christian Rost

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/gefaengnis-millionen-fuer-modernisierung-jva-stadelheim-soll-sicherer-werden-1.2966050>

Die Justizvollzugsanstalt Stadelheim soll noch sicherer werden. 13,6 Millionen Euro hat der bayerische Landtag für die Modernisierung des Gefängnis-Komplexes freigegeben. Von August an wird ein neuer Sicherheitszaun gebaut, die Mauer wird saniert und die Technik auf den neuesten Stand gebracht. Bis Ende 2019 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. "Das ist kein Luxus", sagt Anstaltsleiter Michael Stumpf, "das ist eine sinnvolle Investition." Auch für Besucher wird sich etwas ändern.

Wetter und Streusalz haben der in den Sechzigern und Siebzigern errichteten äußeren Gefängnismauer zugesetzt. "Manche Dinge hier sind schon sehr alt", sagt Stumpf. Die sogenannte Umwehrungsmauer muss also als erstes instand gesetzt werden, dann kommt der innere Sicherheitszaun an die Reihe. Vor 30 Jahren galt der Zaun noch als vorbildlich in puncto Sicherheit.

"Auch heute noch ist er sicher", betont der Gefängnisleiter. Mittlerweile setzen moderne Justizvollzugsanstalten aber auf Stabgitterzäune mit Sensoren, die Ausbruchsversuche noch deutlich erschweren sollen. Auch Stadelheim bekommt nun einen Stabgitterzaun, dazu wird die Beleuchtungsanlage am Sicherheitsstreifen, bislang ein gewaltiger Energiefresser, durch stromsparende LED-Scheinwerfer ersetzt.

Türen können künftig per Funk geöffnet werden

Von analog auf digital umgestellt wird die Videoüberwachungsanlage. Seit Kameras die für bis zu 1300 Häftlinge konzipierte Justizvollzugsanstalt im Blick haben, ging die Zahl der Ausbruchsversuche deutlich zurück. "Es hat keiner mehr an den Gitterstäben gesägt", sagt Michael Stumpf. Vorher habe man regelmäßig Gitter vor den Fenstern wieder zusammenschweißen müssen. Die neue digitale Überwachungsanlage hat den Vorteil, dass sie beliebig mit Kameras erweitert werden kann. Bisher war das nicht so einfach möglich.

Das typische Aufschließgeräusch wird künftig an vielen Türen in der zweitgrößten Haftanstalt Deutschlands nicht mehr zu hören sein. Im Zuge der Modernisierung lässt Stumpf die sogenannten Außenabschluss- und Innentüren mit einem automatischen Verriegelungsmechanismus versehen. Die Türen können dann vom Wachpersonal per Funk mit einem Transponder geöffnet werden.

Für notwendig hält all diese Maßnahmen auch Andreas Lorenz, CSU-Landtagsabgeordneter und Mitglied des Anstaltsbeirats: Durch die Modernisierung der baulichen und technischen Anlagen könne die Sicherheit in der JVA Stadelheim künftig noch besser gewährleistet werden, so Lorenz.

Weniger strenge Kontrollen beim Zugang zur Gedenkstätte

Einen erleichterten Zugang soll es für Besucher der Gedenkstätte auf dem JVA-Gelände geben. Seit 1974 erinnert sie an die mehr als 1000 vor allem während der Nazidiktatur hingerichteten Gefangenen. Seit 2008, dem 65. Jahrestag der Ermordung von Hans und Sophie Scholl und Christoph Probst in Stadelheim, kann sie von Gruppen nach Voranmeldung besucht werden.

Künftig sollen Besucher einen eigenen Zugang zur Gedenkstätte mit weniger strengen Kontrollen nutzen können. Der Hauptzugang zum Gefängnis wird zudem barrierefrei gestaltet.

Weitgehend fertiggestellt sind bereits die neue Gefängnis-sporthalle sowie der Hochsicherheitsgerichtssaal auf der Südseite der Haftanstalt. Die beiden Gebäudekomplexe kosteten 15 Millionen Euro. Sie waren notwendig geworden, weil es keine Sporthalle in Stadelheim gab. Auch fehlte ein geeigneter Gerichtssaal für besonders gefährdete Prozesse in München. Gefangene können durch einen unterirdischen Gang von ihren Zellen in den Saal und wieder zurück geführt werden. Für Prozessbesucher gibt es einen eigenen Zugang zum Gerichtsgebäude.

Beate Zschäpe in Haft

Wir dokumentieren im Folgenden ein Interview der ZEIT zu Situation und Verhalten der Faschistin Beate Zschäpe in Haft. Aus unserer Sicht werden daraus zwei Dinge deutlich

1. die privilegierte Situation deutscher und faschistischer Inhaftierter und deren Bemühungen, hinter Gittern Unterstützungsnetzwerke aufzubauen
2. die Notwendigkeit einer solidarischen und antirassistischen Gefangenenbewegung, wie sie ja mit der GG/BO Form annimmt

Ansonsten wollen wir darauf hinweisen, dass der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) nicht, wie es aus dem Artikel herauszulesen ist, eine verrücktes Terroristen-Trio war, sondern ein immer noch bestehendes überregionales Netzwerk bewaffneter Neonazis und ihrer Unterstützer_innen mit starker Verstrickung verschiedener staatlichen Behörden.

Die andere Beate

Vor Gericht gibt sich Beate Zschäpe zurückhaltend. Wie kann es sein, dass sie den Knastalltag in Stadelheim dominiert? Fragen an ihre kurzzeitige Mitinsassin Astrid Ebenhoch

Interview: Christian Fuchs und Stephan Lebert

DIE ZEIT Nr. 21/2016, 12. Mai 2016 188 Kommentare

Quelle: <http://www.zeit.de/2016/21/beate-zschaepe-profil-inhaftierte-muenchen-stadelheim-nsu-prozess/komplettansicht>

Wir treffen Astrid Ebenhoch in einem Städtchen südlich von München. Ein Gasthof, Mittagszeit. Frau Ebenhoch hat sich an die ZEIT gewandt, mit einer besonderen Geschichte: Sie konnte in der Münchner Justizvollzugsanstalt Stadelheim einige Tage Beate Zschäpe beobachten, die Hauptangeklagte im NSU-Prozess. Was sie sah, "schockierte mich", sagt sie. Astrid Ebenhoch war für kurze Zeit selbst Insassin dieses Gefängnisses. Auf die Frage, warum sie einsitzen musste, sagt sie nur: "In Deutschland kann einen schon ein ungerechtfertigtes Bußgeld in den Knast bringen." Astrid Ebenhoch arbeitet als Journalistin und betreibt die Website www.houndsandpeople.com.

DIE ZEIT: Frau Ebenhoch, wann haben Sie Beate Zschäpe zum ersten Mal im Gefängnis gesehen?

Astrid Ebenhoch: Am Anfang hatte ich nur von ihr gehört. Es hatte sich offenbar schnell herumgesprochen, dass ich Journalistin bin, und deshalb erzählten mir einige Insassen auf meinem Stockwerk sehr bereitwillig von Beate Zschäpe. Es waren Ausländerinnen, Frauen mit Migrationshintergrund. Sie waren empört:

Zschäpe sei hier im Knast so etwas wie eine Königin, sie habe Geld und Macht, sie bewege sich wie eine Mischung aus Chefin und Filmstar. Als ich diese Geschichten hörte, konnte ich es nicht glauben. Und dann habe ich beschlossen, die Berichte der Insassinnen zu überprüfen: Ich fing an, Frau Zschäpe zu beobachten. Beate Zschäpe wurde vor 41 Jahren in Jena geboren, fast 14 Jahre lebte sie im Untergrund an der Seite von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt als mutmaßlicher Teil einer rechten Terrorzelle. Dem Trio, das sich selbst Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) nannte, werden zehn Morde, 15 Banküberfälle und zwei Bombenanschläge vorgeworfen. Die Opfer waren fast ausnahmslos Migranten. Der Generalbundesanwalt wirft Zschäpe, der einzigen Überlebenden des Terrortrios, Mittäterschaft an allen Taten, schwere Brandstiftung und einen Mordversuch sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor.

Zschäpes Aufgabe soll es gewesen sein, die bürgerliche Fassade des Trios nach außen aufrechtzuerhalten und die Finanzen der Zelle zu verwalten. Nur so hätten die Männer unerkannt alle Morde und Überfälle verüben können. Zudem soll sie die Dreierbande emotional zusammengehalten haben. Damit hätte Beate Zschäpe einen erheblichen Anteil an den Straftaten des NSU. Die Verteidigung versucht hingegen, Zschäpe als unpolitische Mitläuferin zu inszenieren, die den beiden Männern nur aus Freundschaft die Treue gehalten habe.

ZEIT: Jemanden im Gefängnis beobachten – geht das so einfach?

Ebenhoch: Für mich war das relativ leicht, weil ich von meinem Zellenfenster auf ihre Zelle schauen konnte. Es gibt einen Innenhof, den müssen Sie sich wie ein Quadrat vorstellen, ringsherum gruppieren sich Gebäude. Die Zelle von Beate Zschäpe lag im dritten Stock gegenüber. Da saß sie im Fenster, das war das erste Mal, dass ich sie sah. Sie thronte regelrecht. Sie kommunizierte lautstark über den Innenhof mit anderen Insassen. Das ist ungewöhnlich, denn eigentlich ist das verboten. Wenn andere das machten, gab es Sanktionen, und die Fenster durften einige Tage nicht geöffnet werden. Bei Zschäpe habe ich Derartiges nie wahrgenommen.

ZEIT: Sie beobachteten Frau Zschäpe vom 2. April bis zum 6. April 2016. Sie protokollierten dabei alles ausführlich. Wir zitieren daraus: "Vergnügt und gut gelaunt geht Zschäpe beim Hofgang auf zwei Frauen zu, die sie offensichtlich gut kennt. Zschäpe 'gestylt' im 'Military-Look' mit khakifarbener hüftlanger Jacke. Die Hose und Mütze ebenfalls khakifarben, mit schwarzen, militärisch wirkenden Stiefeln und schwarzen Handschuhen. Die Haare zu Zöpfen geflochten, die unter der Mütze heraus zu sehen sind. Sie geht auf die zwei Frauen zu. Begrüßung, Küsschen und Umarmung, anschließend beginnen sie einige Runden zu drehen. Zschäpe, dozierend, erklärt den Frauen, was die Justiz darf und was nicht. Die beiden Frauen, eine blonde Frau, ebenfalls in Zivil, die andere in Anstaltskleidung, mit denen sie ein paar Runden dreht, haben offensichtlich die Informationen, die sie wollten, und gehen weiter. Dann gibt sie 'Audienz'. Stellt sich breitbeinig vor acht Frauen, die an einer Tischtennisplatte unter der Arkade im Hof stehen, die sie ebenfalls mit Umarmung und Küsschen begrüßt, und beginnt erneut mit ihrem Vortrag. Die Frauen hören gebannt zu."

Ebenhoch: Als ich das sah, wusste ich: Die anderen Insassinnen haben mir die Wahrheit erzählt. Es ist unglaublich, mit welchem Selbstbewusstsein Zschäpe auftritt. Es war, als würde sie eine Art Sprechstunde geben, viele der anderen Gefangenen suchen ihren Rat. Sie gab den Ton an. Eine Insassin, die vom Gefängnis in Aichach nach Stadelheim verlegt wurde, berichtete mir, dass ihr von einer anderen Insassin der Rat gegeben wurde, sich an Beate Zschäpe zu wenden. Die könne und werde sie beschützen.

"Ihre Auftritte vor Gericht sind eine Inszenierung"

ZEIT: Im NSU-Prozess präsentiert Beate Zschäpe das Bild der grauen, unpolitischen Maus, politisch verführt von Mundlos und Bönnhardt.

Ebenhoch: Man braucht sie im Gefängnis nur zu beobachten und ihr Verhalten zu studieren, um dieses perfide Spiel zu durchschauen: Sie gibt vor Gericht die Unwissende, die Unschuldige, die Unsichere. Ihr wohlfeiles Verhalten soll sich strafmildernd auswirken. Ich kann das nicht beweisen, aber es macht auf mich den Eindruck, als würde sie regelrecht Leute rekrutieren im Gefängnis. Mir wurde erzählt, dass sie Leuten Adressen und Kontaktdaten gibt, nach dem Motto: Geh dahin, wenn du rauskommst, die helfen dir. Zschäpe hält sich, wie ich beobachtete, an die sozial Schwachen, an die Schwächsten, an die, die sich an jedem Strohalm festhalten, wie Drogen- und Alkoholabhängige, an die, die nichts mehr zu verlieren haben. Sie manipuliert Menschen, die ganz unten sind.

Nach ZEIT-Recherchen hatte Beate Zschäpe auch früher schon enge Kontakte zu sozialen Underdogs. In Zwickau hatte sie in den Untergrundjahren Hartz-IV-Empfängerinnen und Alkoholikerinnen um sich geschart, da sind enge emotionale Bindungen entstanden. Diese Frauen hätten alles für sie getan. Eine von ihnen hat gesagt, Zschäpe sei eine gute Seele gewesen und dass sie auf den Tag warte, an dem Liese wieder vor der Tür steht und sie in den Arm nimmt. Liese, so hatte sich Zschäpe genannt. Für sie sei sie keine Verbrecherin, sagte die Frau, sondern eine Schwester. Wenn Zschäpe einen Handyvertrag brauchte, dann waren es solche Frauen, die ihn ihr besorgten, unter deren Namen.

ZEIT: Vor Gericht tritt sie ganz anders auf als von Ihnen beschrieben: Sie ist zurückhaltend, schaut die Zeugen nicht an und spricht nie selbst. Da trägt sie meist auch Bluse und Blazer – und niemals Military-

Look.

Ebenhoch: Sie spielt Theater. Ihre Auftritte vor Gericht sind eine Inszenierung. Die authentische Zschäpe ist die, die ich im Knast gesehen habe.

ZEIT: Hat sie nach Ihrer Einschätzung zu einzelnen Personen im Gefängnis eine besondere Beziehung?

Ebenhoch: Ja, es gibt eine Frau, mit der sie sehr eng ist. Die sitzt auch in Stadelheim und soll Wirtschaftsanwältin von Beruf sein.

ZEIT: Am Abend des 4. April passiert ein spezieller Vorfall. Wir zitieren aus Ihren Aufzeichnungen:

"Zschäpe sitzt, wie fast an jedem Abend, am Fenster und unterhält sich mit ihrer Nachbarin. Zschäpe ist wie immer bester Laune und beginnt, sich mit den Insassen in den anderen Gebäuden über den Hof lautstark zu unterhalten. Inzwischen steht sie mit einem Schlafanzug am Fenster und beantwortet aus dem gegenüberliegenden Gebäude Fragen zu den Motiven, die sich auf diesem befinden: 'Herzen', ruft sie lachend, mit entsprechender Gestik verdeutlichend, über den Innenhof. Die Stimmung in den angrenzenden vier Gebäuden und dem Hof ist inzwischen aufgeheizt, die Lautstärke nimmt zu. Kein Beamter weit und breit. Auf den Dächern sind jeweils zwei Kameras installiert, die auf Fensterfronten der Gebäude und den Innenhof gerichtet sind. Im dritten Stock gegenüber von Beate Zschäpe befinden sich die Drogenabhängigen, die ebenfalls zum 'Fanclub' von Zschäpe gehören. Gezielt beginnen sie auf das Fenster im ersten Stock, hinter dem sich eine Ausländerin befindet, die Zschäpe als Nazi bezeichnete und vor ihr ausspuckte, Wasser zu schütten. Tosender Beifall von Zschäpe und der restlichen 'Fangemeinde' aus allen Gebäuden, die das Geschehen begeistert verfolgen. Applaus und Anfeuerungen zum nächsten Wasserschwall folgen. Zschäpe thront im dritten Stock und überblickt die Gebäude, um ihre neuen 'Rekruten' anzufeuern. Der nächste Wasserschwall folgt. Der schallende Applaus, das Gelächter, Bravo-Rufe von Zschäpe und die Anfeuerungen werden immer lauter. Zschäpe fordert lautstark dazu auf, nun heißes Wasser nach unten zu schütten, und das wird prompt ausgeführt. Erneut Bravo-Rufe! Nun werden Zucker, Mehl und Wasser aus der Toilette auf das Fenster nach unten geschüttet. Immer wieder Anfeuerungen zur nächsten Attacke. Kein Beamter weit und breit. Das Verhalten der Beteiligten erinnert an einen Mob, der sich zur Lynchjustiz oder zu anderen Straftaten auffordern und anfeuern lässt. Beate Zschäpe gelang es mühelos, ihre neuen 'Rekruten' dazu zu bringen, die Attacken gegen die Deutsche mit Migrationshintergrund auszuführen. Sie versteht es wirklich, Menschen zu manipulieren. Dann, nach 1,5 Stunden, wurde die Attacke beendet. Eine Ausländerin hatte den SOS-Knopf gedrückt. Es dauerte noch einmal eine halbe Stunde, bis Beamte aktiv wurden. Man hätte das Signal nicht zuordnen können, war die Begründung der Beamten für das späte Erscheinen. Einen Abend vor dem nächsten Gerichtstermin der Beate Zschäpe." Zitat-Ende.

Ebenhoch: Ich war sprachlos. Eine unglaubliche Situation, die aber leider Realität war.

ZEIT: Das Ziel der Aggressionen, schreiben Sie, war eine Frau mit Migrationshintergrund, die sich zuvor mit Zschäpe angelegt hatte.

Ebenhoch: Ja, ich habe dies nicht gesehen, aber wie diese Frau mir berichtete, hatte sie vor Zschäpe wegen der Mordvorwürfe und wegen der NSU-Mörderbande ausgespuckt. Wofür sie nun die Quittung bekam.

ZEIT: Wurde der Vorfall bei der Leitung angezeigt?

Ebenhoch: Wie sie mir am nächsten Tag erzählte, wollte sie den Vorfall ihrem Anwalt mitteilen. Im Gefängnis selbst herrscht ein Klima der Angst. Keiner möchte sich mit den Beamten anlegen, keiner Ärger machen. Die Insassen sind abhängig von den Entscheidungen und dem Wohlwollen des Personals. Der Vorfall wurde aber mit Sicherheit von den Kameras festgehalten.

ZEIT: Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Frau Zschäpe und dem Gefängnispersonal?

Ebenhoch: Das ist bestens. Frau Zschäpe hat auch sehr viele Privilegien und Vergünstigungen. Sie hat einen Laptop in der Zelle, öfter Hofgang als andere, sie kann abends aus dem Fenster lautstark kommunizieren, ohne dass ihr jemand Einhalt gebietet oder dass sie Sanktionen befürchten muss. Sie trägt ihre Privatkleidung. Und sie hat Geld. Sie raucht verschiedene Zigarettenmarken, sie verschenkt Zigaretten, das habe ich immer wieder gesehen. Zigaretten sind eine wichtige Währung im Knast. Die Gefangenen erzählten, Frau Zschäpe verfüge über 225 Euro pro Monat, damit kann man sich die Fernsehermiete leisten, Radio mit Kopfhörer, Drogerieartikel, Lebensmittel.

ZEIT: Haben Sie mit Beate Zschäpe gesprochen?

Ebenhoch: Nein. Ich konnte nur beobachten und genaue Aufzeichnungen machen. Und das ist dann am 5. April aufgefallen. An diesem Tag kam mein Anwalt, ich übergab ihm die Abschriften meiner Aufzeichnungen. In meiner Abwesenheit wurden die Originale meiner Aufzeichnungen gelesen. Nachdem nun bemerkt worden war, dass ich alles protokollierte, wurde ich in eine andere Gemeinschaftszelle verlegt. Von dort konnte ich zwar nicht mehr auf die Zelle von Zschäpe sehen, aber auf den Innenhof, und ich konnte mit weiteren Insassen sprechen. Als ich dann kurz darauf Stadelheim verließ, wollten mir zwei Beamte zunächst meine Aufzeichnungen nicht zurückgeben, mit dem Hinweis auf Datenschutz und Persönlichkeitsrecht. Ich musste mit Nachdruck darauf hinweisen, dass Beate Zschäpe eine öffentliche Person ist, und auf die Pressefreiheit. Am Ende bekam ich die Aufzeichnungen zurück, nachdem auf allen Seiten der Name Beate Zschäpe geschwärzt worden war.

ZEIT: Sie schildern in Ihren Beobachtungen die auffallend gute Laune von Frau Zschäpe. Woher kommt die Ihrer Meinung nach?

Ebenhoch: Eine Insassin soll sie mal nach dem Grund ihrer guten Laune gefragt haben. Sie soll geantwortet haben: Was soll mir schon passieren? Sollte sie zu einer längeren Haftstrafe verurteilt werden, lasse sie sich ins Gefängnis in Chemnitz verlegen. Dort wartet der größte Fanclub von ihr.

Zu den geschilderten Erlebnissen von Astrid Ebenhoch baten wir Zschäpes Strafverteidiger Hermann Borchert und das Gefängnis um Stellungnahme. Anwalt Borchert wollte sich mit Verweis auf die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht nicht äußern. Der Leiter der Justizvollzugsanstalt München, Michael Stumpf, bestätigte viele der Beobachtungen, wie den Laptop für Beate Zschäpe oder zusätzliche Hofgänge, die aufgrund der langen Verhandlungstage, an denen sie nicht in den Hof gehen könne, genehmigt würden. Den Laptop habe das Gericht angeordnet, damit sich die Angeklagte auf die Verhandlungstage vorbereiten könne. Auch den Vorfall mit einer Wasser-Mehl-Schlacht zwischen Insassinnen verschiedener Etagen bestätigt Stumpf, Zschäpe habe damit aber nichts zu tun, und es habe auch keinen ausländerfeindlichen Hintergrund gegeben. Die vier Beteiligten hätten nur "Blödsinn" machen wollen. Die Bediensteten seien "unverzüglich eingeschritten". Zwar dürfe Zschäpe Privatkleidung anziehen, aber sie trage im Gefängnis weder Springerstiefel noch Kleidung, die an militärische Uniformen erinnere.

Das Interview führten Christian Fuchs und Stephan Lebert. Fuchs recherchiert seit Jahren zum NSU-Komplex, vor vier Jahren veröffentlichte er zusammen mit John Goetz das Buch "Die Zelle – Rechter Terror in Deutschland" bei Rowohlt

Kurz-Bericht aus GG/BO-Sicht zur Brandenburger Strafvollzugskonferenz

Veröffentlicht am · Hinterlasse einen Kommentar

Quelle: <http://ggbo.de/kurz-bericht-aus-ggbo-sicht-zur-brandenburger-strafvollzugskonferenz/>

Am 25.05.2016 fand im Landtag von Brandenburg auf Einladung der Linksfraktion eine Konferenz zu dem Thema „Strafvollzug und Resozialisierung – ein Paradoxon?“ statt, bei dem neben Wissenschaftlern, DIE LINKE, Ministern, Mitgliedern von Landesparlamenten und des Deutschen Bundestages, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie auch die GG/BO präsent war, um ihre Kernforderungen dezidiert zu vertreten. Nachdem das Gefängnis als ein überholtes Prinzip von Dr. Thomas Galli vorgestellt worden war, widmeten sich DIE LINKE und die MdB der Abschaffung der Ersatz- und der lebenslangen Freiheitsstrafe.

Anschließend trug die GG/BO zusammen mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie vor, warum der Einbezug der Gefangenen in die Rentenversicherung von Nöten ist, um den Gang in die Altersarmut zu verhindern und eben keine „Resozialisierung“ bedeuten kann. Weiter setzte die GG/BO darauf, dass der Eintritt der Rentenversicherung nur symbolisch bleibt, wenn die Gefangenen keinen Mindestlohn für ihre Arbeit im Knast bekommen. Die GG/BO forderte auch deshalb an dieser Stelle: Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung und den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn!

Die GG/BO-Forderungen stießen beim Publikum auf viel Unterstützung, nur Einzelne wollten den Konferenz-Teilnehmenden einmal mehr deutlich machen, dass der Mindestlohn und die

Rentenversicherung für Gefangene nicht tragbar für die Haushaltskassen seien. Diese Position blieb indes in der absoluten Minderheit, denn im Konferenzraum war sich die Mehrheit einig: an Gefangenen wird ein Sozial – und Lohndumping durchgespielt, weil im Niedriglohnsektor produziert wird. Gegen diese Billiglöhnerie muss sich gewehrt werden, und da ist der Mindestlohn und die Sicherung der Altersvorsorge nur ein Anfang auf dem Weg zur vollen Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern!
Berlin, 27. Mai 2016

Justizminister_innen-Konferenz in Nauen

Anfang Juni kam es zu Konferenz der Justizminister_innen. Im Vorfeld schlug der Brandenburger Justizminister Stefan Ludwig (Linkspartei) ein paar Reformen vor. Die wurden auf der Konferenz abgeschmettert. Im Folgenden ein paar Artikel zum Ergebnis.

Justizminister will Mindestlohn für Häftlinge

80 Prozent der Gefangenen in Brandenburgs Gefängnissen arbeiten. Doch sie erhalten nur einen geringen Lohn. Jetzt spricht sich Justizminister Stefan Ludwig (Linke) für Mindestlohn hinter Gittern aus. Das ist nicht der einzige Reformvorschlag, der JVA-Insassen das Leben vereinfachen soll.

Quelle: <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Justizminister-will-Mindestlohn-fuer-Haeftlinge>

Potsdam. Justizminister Stefan Ludwig (Linke) hat sich für die Einführung des Mindestlohns für Strafgefangene ausgesprochen. Er halte es für wünschenswert, „dass alle, die in Deutschland arbeiten, den Mindestlohn erhalten“, so Ludwig. Das treffe auch auf Inhaftierte zu. Der gesetzliche Mindestlohn liegt derzeit bei 8,50 Euro. Derzeit erhalten die Insassen der Justizvollzugsanstalten 220 bis 300 Euro im Monat für Vollzeit-Arbeit.

Die Einführung des gesetzlich garantierten Lohnniveaus hinter Gittern gehört auch zu den Hauptforderungen der Gefangenen-Gewerkschaft. Allerdings hatte ein Häftling der JVA Fuhlsbüttel bei Hamburg bereits versucht, Mindestlohn einzuklagen – er scheiterte vor Gericht. Das Oberlandesgericht urteilte: Häftlinge seien keine Arbeitnehmer im klassischen Sinn. Ludwig, der erst seit April das Ministeramt antrat, ist Gastgeber der 87. Justizministerkonferenz, die am Dienstag in Nauen beginnt. Brandenburg hat turnusgemäß nach 16 Jahren wieder den Vorsitz.

Reformprogramm: Knastinsassen sollen in Rentenkasse einzahlen

Auf die Tagesordnung hat der Linken-Politiker zwar nicht den Mindestlohn setzen lassen. Dafür aber fordert Brandenburgs Landesregierung die Einbeziehung der Knastinsassen in die gesetzliche Rentenversicherung. Mecklenburg-Vorpommern zieht bei dem Vorstoß mit. Derzeit zahlen Gefangene keine Rentenbeiträge und erhalten in der Folge niedrige Altersrenten. Das mache es „ehemaligen Gefangenen noch schwerer, den Weg in ein normales Leben nach der Haft zu finden“, sagt der brandenburgische Justizminister. Ludwig wollte vor der Ministertagung nicht sagen, wie hoch die Kosten für die Einbeziehung aller märkischen Flüchtlinge in das Sozialversicherungssystem wären. Er bezeichnete die Maßnahme aber als „bezahlbar und volkswirtschaftlich sinnvoll“. Allerdings gibt es von Seiten des Bundes und der Länder Bedenken, weil man hohe Zusatzkosten befürchtet.

CDU: Linke soll etwas für Kriminalitätsoffer und Justizpersonal tun

„Die linken Justizminister beschäftigen sich immer nur mit der Verbesserung der Haftbedingungen für die Gefangenen – sie sollten mehr für Opfer und Personal tun“, kritisiert der CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum Ludwigs Vorstoß. Statt sich mit bundespolitischen Initiativen zu befassen, solle Ludwig dafür sorgen, dass die Verfahrensdauer in Brandenburg abnimmt, die Gerichte und Anstalten besser personell ausgestattet werden so Eichelbaum.

Von Ulrich Wangemann

87. Frühjahrs-Konferenz der JustizministerInnen in Nauen ging zu Ende

Veröffentlicht am · 5 Kommentare

Quelle: <http://tp-presseagentur.de/87-fruehjahrs-konferenz-der-justizministerinnen-in-nauen-ging-zu-ende/>

Gefangene vorerst wieder zur Hoffnung verdammt

Die 87. JustizministerInnenkonferenz (Frühjahrskonferenz), die am 1. und 2. Juni im brandenburgischen Nauen (Ortsteil Groß Behnitz) im historischen Landgut Stober stattfand, ist heute mit den Beschlüssen der Justizministerinnen und Minister zu Ende gegangen.

Das Landgut Stober (früher Landgut Borsig) war bereits zwischen 1941 und 1943 ein bedeutender Ort, an dem sich die Widerstandskämpfer Helmuth James Graf von Moltke (ein Cousin von Hitler-Attentäter Stauffenberg) und Peter Graf Yorck von Wartenburg mit führenden Mitgliedern des Kreisauer Kreises auf Einladung von Ernst von Borsig regelmäßig trafen.

Im Jahre 2016 hat es nun die Justizministerinnen und Justizminister zu ihrer 87.

JustizministerInnenkonferenz (Frühjahrskonferenz) hierher verschlagen. Das Land Brandenburg war seit dem Jahre 2000 wieder Gastgeber und führte den Vorsitz.

Bei der von Brandenburg in Angriff genommenen gesetzlichen Regelung von so genannten Whistleblowern, waren die Ministerinnen und Minister „der Auffassung, dass die bestehenden Möglichkeiten zum Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einer Überprüfung bedürfen“. Der deutsche Whistleblower-Schutz beschränke sich nur auf vereinzelte Vorschriften und Einzelfallentscheidungen von Gerichten. „Angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung von frühzeitigen Hinweisen auf Missstände in Unternehmen, Behörden und Organisationen und im Hinblick auf internationale Vorgaben“, baten die Justizministerinnen und Justizminister die Bundesregierung „um Prüfung, ob der Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einer gesetzlichen Regelung bedürfe“. Auch bei der von Brandenburg initiierten „Prüfung alternativer Sanktionsmöglichkeiten – Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen gemäß § 43 Strafgesetzbuch“, waren sich die Justizministerinnen und Justizminister darin einig, dass eine etwaige Neugestaltung der Ersatzfreiheitsstrafe einer eingehenden und vertieften Prüfung bedürfe. Sie sprachen sich dafür aus, in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe diese Frage sowie weitere Verbesserungen des bestehenden Instrumentariums zur Haftvermeidung eingehend zu prüfen und in diese Prüfung auch neue Vorschläge sowohl zur Anordnung als auch zur Abwendung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen (z.B. durch eine Strafrestaussetzung zur Bewährung gemäß § 57 StGB oder eine noch nachdrücklichere Geldstrafenvollstreckung) einzubeziehen.

Hier dürfte gegebenenfalls dann auch auf Gerichtsvollzieher deutlich mehr Arbeit zukommen.

Es sei, so die Justizministerinnen und Justizminister, auch der Frage nach alternativen Sanktionsmöglichkeiten nachzugehen, wobei insbesondere rechtsvergleichende Erkenntnisse einbezogen werden sollen.

Das dürfte einerseits den vielen Schwarzfahrern und andere von Bagatelldelikten Betroffenen neue Hoffnung geben, andererseits auch die Befürworter der Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen, wie etwa der Bremer Kriminalwissenschaftler Johannes Feest, hoffen lassen, dass endlich auch mal Ansätze in die Richtung angestellt werden, wie die Justiz in anderen Ländern, z.B. in Schweden, mit dieser Problematik dort umgeht. Auch der Zeithainer Anstaltsleiter, Thomas Galli, der ja generell für die Abschaffung der Gefängnisse eintritt, dürfte es begrüßen, wenn die Ersatzfreiheitsstrafen gegebenenfalls durch gemeinnützige Arbeit abgelöst würden.

Die Justizministerinnen und Justizminister baten daher den Strafrechtausschuss, eine entsprechende Arbeitsgruppe unter dem gemeinsamen Vorsitz der Länder Brandenburg und Nordrhein-Westfalen einzurichten. Auch das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz wurde gebeten, sich an dieser Arbeitsgruppe zu beteiligen.

Die bereits im Jahre 2015 bei der 86. JustizministerInnenkonferenz in Stuttgart von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg initiierte „Einbeziehung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in die gesetzliche Rentenversicherung“, war auch in diesem Jahr in Nauen auf Anregung von Brandenburg wieder auf der Tagesordnung.

Während die Justizministerinnen und Minister 2015 lediglich den Strafvollzugsausschuss der Länder baten,

Grundlagen und Auswirkungen einer Einbeziehung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten für Beschäftigungszeiten während der Haft und der Sicherungsverwahrung in die gesetzliche Rentenversicherung zu prüfen und der Konferenz darüber zu berichten, waren die diesjährigen Adressaten der Bitte die Finanzministerkonferenz (FMK) sowie die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK). Diese hätten nun die im Bericht dargestellten Modelle hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkung in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der beteiligten Fachkonferenzen näher zu prüfen und zu bewerten. Wiederholt ging es auch um die „Wiedereingliederung entlassener Strafgefangener als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, die nach 2015 auch bei der diesjährigen Frühjahrskonferenz in Nauen auf Anregung Schleswig-Holsteins auf der Tagesordnung stand.

Während auch hier 2015 lediglich der Strafvollzugsausschuss gebeten wurde, konkrete Handlungsvorschläge zu den einzelnen Themenfeldern vorzulegen, wurde der Beschluss 2016 in Nauen weiter und konkreter gefasst. Gefangene dürften so künftig darauf hoffen, dass ihr mühsam erspartes und erarbeitete Überbrückungsgeld nicht mehr als Einkommen bei Sozialleistungen angerechnet wird. Bisher konnte es wenigstens teilweise bei ALG II- oder sonstigen Sozialleistungen angerechnet werden. Die Justizministerinnen und Minister machten nun ausdrücklich klar, dass sie die vollständige Nichtberücksichtigung des Überbrückungsgeldes als Einkommen bei diesen Sozialleistungen für notwendig erachten.

Ebenfalls wurde die Bundesregierung gebeten, die Gefangenen in SGB-Leistungen einzubeziehen, wie etwa die Gewährung von Bildungsgutscheinen. Die notwendigen Beratungsleistungen in der Haft seien dazu nicht gesichert.

Festgestellt haben die JustizministerInnen auch, dass Wohnraumversorgung nach der Haftentlassung eine wesentliche Voraussetzung für eine gelingende Resozialisierung und zur Rückfallvermeidung ist. Während bisher nach SGB XII von den Leistungsträgern bei Inhaftierungen die Erhaltung von Wohnraum von mehr als sechs Monate nur in Ausnahmefällen gewährt wird, sollen nun mehr als sechs Monate ausdrücklich gesetzlich vorgeschrieben werden.

Auch die Opferorientierung im Strafvollzug soll nun auf Initiative Niedersachsens vorangetrieben werden. Die Initiative wurde ausdrücklich begrüßt und sich für eine länderoffene Arbeitsgruppe zu den einzelnen Vorschlägen und der Umsetzung des Opferbezugs ausgesprochen, die unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen entsprechende Vorschläge dann unterbreitet.

Während sich die Umsetzung von Vorgaben im Justiz- und generell im Politikbereich gewöhnlich lange hinzieht, ging's mit einer Billigtelefoniererei in einigen Gefängnissen immerhin etwas zügiger zu. Dazu bedurfte es auch keinerlei großartigen JustizministerInnen-Konferenz-Beschlüsse. Es ging wohl im Alleingang einzelner Justizminister wie etwa in Sachsen, Nordrheinwestfalen und in Berlin (Heidering), dort wohl noch unter der Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) vor einigen Jahren. In diesen Anstalten kostet eine Minute Gesprächszeit ins komplette deutsche Festnetz (ausgenommen selbstverständlich Sondernummern) sowie in alle deutschen Handy-Netze 10 Cent pro Minute. Das kann wohl kaum noch unterboten werden, schon gar nicht von der Telio GmbH in Hamburg, die den Gefangenen immer noch mit Wucherpreisen bei der Knasttelefonie in die Kasse greift. So könnte sich die betreibende sachsen-anhaltinische Firma „JVA Media“ in Magdeburg dagegen vorstellen, ihren Preis noch weiter zu senken, wenn sie sich als Betreiberin ihrer Telefonanlagen in weiteren Gefängnissen ausdehnen könnte, so „JVA Media“ gegenüber der TP-Pressagentur. In der JVA Werl können Sicherungsverwahrte sogar von außerhalb der Anstalt ohne Probleme angerufen werden. Die Kosten-Grundgebühr dafür beträgt 14,95 Euro pro Monat. Da Nordrhein-Westfalen auch auf ein Flatrate-Modell bei der Vertragsschließung mit der Telefonfirma bestanden hat, können Gefangene auch rund um die Uhr für 39,95 Euro im Monat nach außerhalb der SV-Einrichtung anrufen. Der Haken: Alle nach außen gehenden Anrufe, die die Verwahrten aufgelistet haben müssen, werden im Telefonsystem erst dann freigeschaltet, wenn sie die Anstalt zuvor ausdrücklich genehmigt hat, so ein Verwahrter gegenüber der TP-Pressagentur. So soll sichergestellt sein, dass die Verwahrten keine Opfer anrufen, Zeugen beeinflussen oder ähnlichen Missbrauch betreiben. Die Willkür scheint auch hier zu walten: So wurde einem Sicherungsverwahrten in Werl sogar ein Telefonat mit der Süddeutschen Zeitung untersagt und die entsprechende Telefonnummer mit dieser Zeitung nicht freigeschaltet, weil hier die Gefahr eines Verstoßes gegen Sicherheit und Ordnung der Anstalt bestünde.

Angerufen werden können die Verwahrten dagegen von jedem, der oder die sie auch immer anrufen möchten. Das könnten dann auch theoretisch wieder Opfer oder sonstige vermeintlich Gefährdete tun, auch die Süddeutsche Zeitung. Diese handelten dann sozusagen auf „eigene Gefahr“. Sie unterstehen schließlich auch nicht der Amtsgewalt der Justiz. Aber wen der Verwahrte selbst anrufen darf, behält sich die Werler Anstalt ausdrücklich selbst vor, so der Verwahrte gegenüber der TP-Presseagentur.

Das Gefängnis ist eben keine normale Gesellschaft, obwohl die Haft an die allgemeinen Lebensverhältnisse – natürlich nur soweit als möglich, wie es heißt – angeglichen werden soll.

Es bedarf auch hier wohl noch vieler Überlegungen und JustizministerInnen-Konferenzen, bis auch weitere Nachteile in der Haft deutlich beseitigt werden bzw. bereits beseitigt worden sind.

Zu ihrer Herbsttagung treffen sich die JustizministerInnen am 17. November in Berlin.

Dietmar Jochum, TP Berlin

Foto/Bildquelle: MdJEV

Abfuhr für Ludwig: Keine Rente für Häftlinge

Kein Mindestlohn im Knast, keine Rente für Häftlinge, und die Ersatzhaft bleibt: Brandenburgs Justizminister Stefan Ludwig (Linke) konnte sich als Gastgeber der Justizministerkonferenz mit umstrittenen Reformvorschlägen nicht durchsetzen.

Quelle: <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Abfuhr-fuer-Ludwig-Keine-Rente-fuer-Haeflinge>

Nauen. Kein Mindestlohn im Knast, keine Rente für Häftlinge, und die Ersatzhaft bleibt: Brandenburgs Justizminister Stefan Ludwig (Linke) konnte sich als Gastgeber der Justizministerkonferenz mit umstrittenen Reformvorschlägen nicht durchsetzen. Mit der Zahlung von Rentenbeiträgen für die Arbeit von Gefangenen könne Altersarmut verhindert werden, warb Ludwig für seinen Vorschlag. In Brandenburg würde dies rund 2,8 Millionen Euro jährlich kosten.

Sein Amtskollege Thomas Kutschaty (SPD) aus Nordrhein-Westfalen zeigte sich skeptisch: Dort würden Kosten von rund 50 Millionen Euro im Jahr fällig. „Außerdem muss geprüft werden, ob damit wirklich soviel Leistungen erreicht werden, dass die Menschen nicht in die Grundsicherung fallen.“

Heftige Schelte von Oberstaatsanwalt a.D.

Auch die von Brandenburg geforderte Streichung von Ersatzfreiheitsstrafen fand keine Mehrheit. Bislang müssen Verurteilte, die eine Geldstrafe nicht zahlen können oder sich hartnäckig weigern, diese im Gefängnis absitzen. Das verursache Kosten von sechs Millionen Euro jährlich, begründete Ludwig die Forderung nach einer Abschaffung. Die Justizminister beschlossen schließlich, dass von einer Arbeitsgruppe alternative Strafen wie Führerscheinentzug oder Arbeitsleistungen geprüft werden sollen. Heftige Kritik erntete Ludwig für seine Vorstöße aus Justizkreisen. Zu einer Ersatzfreiheitsstrafe komme es nur nach meist langwierigen Verfahren, wenn ein Verurteilter die Zahlung einer Geldstrafe hartnäckig verweigere, erklärte der ehemalige Leitende Oberstaatsanwalt von Neuruppin, Gerd Schnittcher. „Ein solches Verfahren soll jetzt auch noch belohnt werden? Welcher Dummkopf bezahlt dann noch seine Strafe. Nur einen Bruchteil eines solchen Engagements für die Täterseite wünsche ich mir seit Jahren für Opfer und Geschädigte von Straftaten“, sagte er.

Der Rechtsexperte der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, erklärte: „Brandenburg ist blamiert und der Justizminister isoliert.“

Mehr Schutz für Whistleblower, Rehabilitation von Heimkindern

Einig waren sich die Minister darin, dass sogenannte Whistleblower besser geschützt werden sollen. Solche Hinweisgeber, die Missstände in Behörden oder Unternehmen aufdecken, kommen oft in juristische Schwierigkeiten. Zudem verlangten die Minister eine schnelle Rehabilitation der nach dem früheren Paragraphen 175 verurteilten homosexuellen Männer.

Die Justizministerkonferenz will sich außerdem für eine Rehabilitation von DDR-Heimkindern einsetzen, deren Eltern politische Gefangene waren. Die Minister nahmen einstimmig einen Antrag zu einer Bundesratsinitiative von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern an. Damit soll eine Gesetzeslücke geschlossen werden. Derzeit werden nach Angaben der Justizminister Dieter Lauinger (Grüne) und Uta-Maria Kuder (CDU) Kinder nicht automatisch rehabilitiert, wenn sie nur wegen der Haft ihrer politisch verfolgten Eltern ins Heim kamen.

Willkürlich in Sippenhaft genommen

„Sie wurden mitunter willkürlich in Sippenhaft genommen, ohne dass dies in den Akten dokumentiert ist“, erklärte Lauinger, der als Richter auch Fälle von Kindern politisch Verfolgter behandelt hat. Außerdem seien viele Akten inzwischen vernichtet und Zeugen tot. Die Betroffene müssten derzeit nachweisen, dass auch ihre Unterbringung im Heim wegen politischer Verfolgung erfolgte. Das sei aber nach Jahrzehnten kaum noch leistbar, erklärten beide Minister.

Mit der angestrebten Gesetzesänderung könnten auch diejenigen, deren Antrag bereits rechtskräftig abgelehnt wurde, auf Rehabilitierung hoffen. Ohne diese können Betroffene weder eine Kapitalentschädigung noch eine Opferrente beanspruchen.

Von Torsten Gellner

Justizministerkonferenz: Unwürdiges Spiel auf Zeit bei Rente für Gefangene

3. June 2016 - 9:09

Quelle: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/783>

Die Justizministerkonferenz hat auf ihrer Sitzung am 1./2.6. 2016 in Nauen/Brandenburg beschlossen, das vorgelegte Ergebnis der Beratung des Strafvollzugausschusses zur Einbeziehung der Gefangenen zur weiteren Beratung an eine Arbeitsgruppe des Finanz- und Arbeits- und Sozialministeriums weiterzuleiten, um die finanziellen Auswirkungen der verschiedenen vorgelegten Modelle genauer zu prüfen und diese zu bewerten.

Damit hat es die Justizministerkonferenz unterlassen, endlich ein klares Signal an die Bundesregierung zu geben, das notwendige Bundesgesetz zur Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung, das schon im Strafvollzugsgesetz von 1977 festgeschrieben war, endlich auf den Weg zu bringen. Seit 39 Jahren warten die Gefangenen auf das ihnen zustehende und zugesicherte Recht.

Die Vorlage des Strafvollzugausschusses war eine hinreichende Grundlage, um eine Entscheidung zu treffen. Notwendig wäre mindestens eine Renteneinbeziehung auf der Grundlage der Orientierung am Mindestlohn als Bezugsgröße gewesen. Angemessen wäre die Erfüllung der Forderung aller Strafvollzugshilfsorganisationen, das Gesetz von 1977 als Grundlage zu nehmen und die Bezugsgröße auf 90% festzulegen.

Das Vertrauen in den Rechts- und Sozialstaat wird bei den Betroffenen durch solche Verzögerungsentscheidungen nicht gestärkt. Nun gilt es, den politischen Kampf um die Einbeziehungsforderung fortzusetzen

Martin Singe, AG Strafvollzug im Grundrechtekomitee

(4) Solidarität von draußen

Solidarisches Briefeschreiben an (antifaschistische) Gefangene #5

Quelle: <https://gefangenensolijena.noblogs.org/post/2016/05/06/solidarisches-briefeschreibe-an-gefangene-5/>

Montag, 9. Mai 2016, 19:00 im Infoladen Jena (Schillergässchen 5)

Unser regelmäßiges Briefeschreiben an Gefangene fällt diesen Monat auf den Tag des Sieges über den Faschismus und deswegen wollen wir vor allem antifaschistischen Gefangenen schreiben.

In Europa befinden sich zurzeit viele Antifaschisten hinter Gittern: Joel und Linus aus Schweden, Jock in Sofia, Valentin aus Bremen, Sergi aus Spanien, Roman, Vlad, Dzmitry S. und Dzmitry Z. aus Weißrussland, Alexey und Alexandr aus Russland und viele andere...

Ihnen zu schreiben, ist wichtig, nicht nur um "die eigenen" Gefangenen zu unterstützen, sondern auch, weil

der Knast kein schwarzes Loch ist, sondern ein eigenes – ziemlich repressives – soziales Feld, in dem der antifaschistische Kampf weitergeht. Gerade bei uns in Thüringen, aber auch anderswo, sitzen zahlreiche organisierte Neonazis und Sympathisanten hinter Gittern. Aber eben auch Häftlinge, die sich klar gegen Faschismus positionieren, wie z.B. Rainer Loehnert oder David Hahn.

Trotz des Fokus auf die inhaftierten Antifas wollen wir die Gefangenengewerkschaft und ihren Kampf um Mindestlohn und Sozialversicherung nicht vergessen! Oliver Riepan, der sich seit Januar im Hungerstreik befindet, David Hahn, der Rasierklingen geschluckt hat, um aus der Iso-Haft zu kommen und all die anderen inhaftierten Gewerkschafter_innen.

Um Papier, Porto, Umschläge kümmern wir uns. Wir stehen auch mit Tips und Hinweisen zur Verfügung, wenn Leute nicht genau wissen, wie sie eigentlich so einen Brief formulieren sollen.

Es wird Wein, Bier und Snacks geben. Nicht nur, um die Schreibstimmung anzuregen, sondern auch, um das einjährige Bestehen der Gefangenengewerkschaft GG/BO in der JVA Untermaßfeld nachzufeiern. Sie wurde am 30. April 2015 gegründet!

Briefeschreiben an Gefangene. Dieses Mal mit Fokus auf inhaftierte Gewerkschafter_innen.

Quelle: https://gefangenensolijena.noblogs.org/post/2016/06/12/briefeschreiben-an-inhaftierte-gewerkschafter_innen/

Montag, 13. Juni, 19:00 im Infoladen Jena (Schillergässchen 5, 07745 Jena)

In diesen Tagen beginnt in Frankreich die Fußball-EM und damit eine neue Welle von Party-Patriotismus. Dem entgegen wollen wir darauf aufmerksam machen, dass im „Land der Menschenrechte“ gerade einiges verkehrt läuft. Der im November verhängte Ausnahmezustand dauert weiter an. Gleichzeitig kämpfen und streiken seit März weite Teile der französischen Bevölkerung, vor allem junge Menschen, gegen die Verschärfung des Arbeitsrechts. In diesem Zusammenhang wurde am 18. April 2016 in Lille das Büro der anarcho-syndikalistischen französischen Gewerkschaft CNT-f von Polizeikräften gestürmt. Zwei Mitglieder wurden festgenommen und befinden sich nach wie vor in Haft.

Doch nicht nur in Frankreich, sondern weltweit ist die gewerkschaftliche Arbeit gegen das kapitalistische System staatlicher Repression ausgesetzt. In Polen musste Łukasz Bukowski, Mitglied der Anarchistischen Föderation Poznan und der polnischen anarchistischen Gewerkschaft IP, am 27. April 2016 eine dreimonatige Haftstrafe angetreten, weil er an der Verhinderung einer Zwangsräumung beteiligt gewesen war.

Neben solchen Fällen gibt es natürlich auch die vielen Leute, die sich erst im Knast gewerkschaftlich organisieren, wie z.B. in der GG/BO. Auch sie brauchen Unterstützung von draußen in Form von Post. Aus diesem Anlass wollen wir bei unserem 6. gemeinsamen Briefeschreibabend vor allem an inhaftierte Gewerkschafter_innen schreiben. Wir setzen dem Fußball-Nationalismus die inter- und anti-nationale gewerkschaftliche Solidarität entgegen. Kommt vorbei, wir stellen Umschläge und Briefmarken bereit und stehen für Fragen und Infos zur Verfügung!

Die Kämpfe verbinden – Gefangenensolidarität, Widerstand gegen Zwangsräumungen und Umweltzerstörung!

19.05.2016

Quelle: <http://ggbo.de/die-kaempfe-verbinden-gefangenensolidaritaet-widerstand-gegen-zwangsräumungen-und-umweltzerstoerung/>

Kommt zum Stand der GG/BO bei den Anarchistischen Tagen Jena, um Postkarten und Briefe zu schreiben und so die Gefangenen zu unterstützen!

Als Teil der Gefangenengewerkschaft GG/BO unterstützen wir in erster Linie die inhaftierten Arbeiter_innen in ihrem Kampf um Mindestlohn, Sozialversicherung und Gewerkschaftsfreiheit. Aber der Kampf im und gegen den Knast hat zig Schnittstellen mit anderen sozialen Kämpfen. Nach dem 8. März

legten wir den Schwerpunkt unseres monatlichen solidarischen Briefeschreibens auf inhaftierte Frauen und Trans-Personen und nach dem 8. Mai auf antifaschistische Gefangene. So wollten wir deutlich machen, wie Antifaschismus und Feminismus die Leute im Gefängnis nicht vergessen sollten und ein Solidaritätsangebot machen.

In den letzten Wochen und Tagen haben wir von der Inhaftierung von Kolleg_innen und Mitkämpfer_innen erreicht. Łukasz Bukowski, Mitglied der Anarchistischen Föderation Poznan und der polnischen anarchistischen Gewerkschaft Inicjatywa Pracownicza (IP), auf deutsch Arbeiter-Initiative, musste Ende April wegen Beteiligung an der Blockade einer Zwangsäumung für drei Monaten ins Gefängnis. Yu wurde während einer Gleisblockadeaktion im Lausitzer Kohleabbaugebiet festgenommen und in U-Haft gesteckt. Sie ist die Einzige, die im Rahmen der „Ende-Gelände“-Proteste gegen den Ressourcenextraktivismus in der Lausitz vom vergangenen Wochenende hinter Gittern geblieben ist.

Kommt zu unserem Stand beim Schwarzmarkt der Möglichkeiten der Anarchistischen Tagen Jena (Samstag von 13 bis 17 Uhr) und unterstützt die beiden Gefangenen und die Sprecher_innen der Gefangenengewerkschaft/

29. und 30. Mai Veranstaltung mit Georg Huß in Leipzig und Jena

Am 29. und 30. Mai fand in Leipzig und Jena eine Veranstaltung mit Georg Huß und anderen ehemaligen Gefangenen statt. Es waren jeweils über 20 Leute da. Georg Huß berichtete von seinen Hungerstreiks und sonstigen Aktionen in verschiedenen österreichischen Haftanstalten, ein anderer ehemaliger Inhaftierter von seinen zahlreichen Rechtsstreits in verschiedenen sächsischen JVA's. Es wurden viele interessierte Fragen gestellt.

Hier der Einladungstext:

Gefangenen-Gewerkschaft und Gefangenenkampf praktisch. Gespräch mit Ex-Gefangenen.

Leipzig, 29. Mai 2016, 18 Uhr im linXXnet [Facebook VA]

Jena, 30. Mai 2016, 19 Uhr im SR 113, Carl-Zeiss-Straße 3, Uni Jena [Facebook VA]

Quelle: <http://ggbo.de/gefangenengewerkschaft-und-gefangenenkampf-praktisch-gespraech-mit-ex-gefangenen-veranstaltung-leipzig-jena/>

Die inhaftierten Arbeiter_innen und ihre Kämpfe werden durch die Knastmauern und die Ignoranz der Medien vom Rest der Gesellschaft isoliert.

Das haben wir zuletzt in Bezug auf die Repression gegen die Gefangenen-Gewerkschaft GG/BO in der JVA Untermaßfeld oder den Hungerstreik der Gefangenen in der JVA Butzbach gemerkt. Eine unserer Aufgaben besteht also darin, die Situation in den Knästen bekannt zu machen, den Gefangenen eine Stimme zu geben und über ihre Kämpfe zu informieren.

Deshalb werden wir am 29. Mai in Leipzig und am 30. Mai in Jena eine Info-Veranstaltungen mit ehemaligen Gefangenen durchführen und einen kurzen Input zum gefängnis-industriellen Komplex geben. Anschließend wird der Ex-Gefangene und GG/BOler Georg Huß über seinen Kampf in den österreichischen Haftanstalten sprechen. Andere früher Inhaftierte werden für eure Fragen zum Alltag des Strafvollzuges und zur Umgangsweise der Gefangenen mit schikanösen Maßnahmen der Vollzugsapparate zur Verfügung stehen.

Georg Huß saß mehrere Jahre in zahlreichen österreichischen Knästen ein und arbeitete dort in verschiedenen Bereichen. Schon 2014 hatte er in der österreichischen Justizanstalt Eisenstadt einen Hungerstreik durchgeführt. 2015 baute er die Gefangenen-Gewerkschaft in Österreich mit auf und am 10. Januar 2016 trat er mit seinem Mithäftling Oliver Riepan in einen Hungerstreik in der JA Graz-Karlau. Dabei nähte er sich den Mund zu. Der mehrwöchige Hungerstreik machte sowohl im Knast wie auch in der österreichischen Presse ganz schön Wirbel. So viel, dass die österreichischen Behörden ihn zum 1. März kurzerhand zwei Jahre vor dem eigentlichen Haftende entließen und ihn die BRD auswiesen. Mit

zehnjährigem Einreiseverbot. Georg Huß ist weiterhin in der GG/BO aktiv.
Eine Veranstaltung der GG/BO Soligruppen Jena und Leipzig und der FAU Erfurt/Jena.
www.jena.ggbo.de
www.leipzig.ggbo.de
www.fau.org/ortsgruppen/erfurt-jena/

Mit Buch und Brief gegen die Mühlen des Apparats

Quelle: <https://gefangenensolijena.noblogs.org/post/2016/05/11/mit-buch-und-brief-gegen-die-muehlen-des-apparats/>

Die Buchautorin Stephanie Bart hat vor ein paar Monaten von der GG/BO erfahren und sich dazu entschieden, den GG/BO-Sprecher der JVA U-feld, David Hahn, zu unterstützen. Da es nicht so einfach ist, Bücher in Haftanstalten reinzuschicken, wollte sie ihr Buch "Deutsche Meister" der Gefängnisbibliothek spenden und so David Hahn und den anderen Inhaftierten der JVA U-feld zugänglich zu machen. Daraufhin ist ein behördlicher Kleinkrieg entstanden, den sie auf ihrem Blog dokumentiert hat und den wir nun wiedergeben möchten. Das Beispiel von Stephanie Bart zeigt, wie eine gesellschaftliche Solidarisierung über die Knastmauern hinweg aussehen kann. Und die Reaktion des Apparats zeigt, wie Knastbürokratie funktioniert und lässt darauf schließen, wie sehr sich die Funktionäre des deutschen gefängnis-industriellen Komplexes vor der Gefangenengewerkschaft fürchten. Einen großen Dank noch einmal an Stephanie Bart!

Draußen und Drinnen Nr. 1

Unter der Überschrift »Draußen und Drinnen« dokumentiere ich hier einen Ausschnitt aus meiner Recherchepraxis: #GetTheVibes

Da sich mein aktueller Roman zu großen Teilen im Gefängnis zuträgt, unterstütze ich die Gefangenengewerkschaft. Zu diesem Zweck sende ich ein Exemplar von »Deutscher Meister« an die Gefängnis-Bibliothek der JVA Untermaßfeld, in das ich folgende Widmung geschrieben habe:
»Dieses Buch widme ich den Gefangenen der JVA Untermaßfeld. Ich unterstütze ihren Kampf um die Durchsetzung ihrer Rechte: 1. sich gewerkschaftlich zu organisieren, 2. auf den gesetzlichen Mindestlohn. Ich fordere alle, die der Gefangenengewerkschaft noch nicht beigetreten sind, dazu auf, gründlich über einen Beitritt nachzudenken und grüße den Sprecher: David Hahn, der Kampf geht weiter, herzlich, Stephanie Bart«

Die JVA reagiert (bisher) auf David Hahns gewerkschaftliches Engagement mit behindernden Maßnahmen, und zwar aus guten Gründen: Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und von Rentenansprüchen wird das Geschäftsmodell der gesamten Gefängnis-Industrie zusammenbrechen wie ein Kartenhaus. Dieses Geschäftsmodell fußt auf symbolischen »Löhnen«, und in ihm agieren die Vollzugsanstalten als Verkäufer der Arbeitskraft »ihrer« Gefangenen, deshalb wollen sie keine Gewerkschaften haben. (Details hierzu auf gbbo.de und Jena-Soli)

Die Anstalt ist also einerseits bestrebt, Werbung für die Gewerkschaft unterbinden, hat aber andererseits von einer Widmung in einem Buch in der Bibliothek nicht viel oder eher gar nichts zu befürchten.

#GetTheVibes: Wie wird sie entscheiden, wie verfahren?

- 1) Sie wird das Buch umgehend in die Bibliothek einstellen.
- 2) Sie wird die Widmung schwärzen, was etwa drei bis vier Wochen dauert, und dann das Buch in die Bibliothek einstellen.
- 3) Sie wird das Buch nicht in die Bibliothek einstellen, sondern, entsprechend des Eigentumsvorbehalts, einen Grund ersinnen, warum es nicht in der Bibliothek stehen darf, und es mit Angabe dieses Grundes an mich zurückschicken.
- 4) Sie wird den Vorgang nicht bearbeiten. Das Buch wird in einem anonymen Anstaltsschreibtisch beerdigt

werden.

Nicht ohne meinen Eigentumsvorbehalt:

»Dieses Buch bleibt Eigentum der Absenderin bis es in die Bibliothek der JVA Untermaßfeld zur freien Verfügung für die Gefangenen eingestellt ist. Bei Nichteinstellung ist es der Absenderin unter Mitteilung des Grundes zurückzusenden.«

Gleichzeitig schicke ich einen Brief an David Hahn, in dem ich ihn darum bitte, uns mitzuteilen, ob und wann und wie das Exemplar den Gefangenen in der Bibliothek zugänglich gemacht wird. Dazu muss man wissen, dass Gefangenenpost, mit Ausnahme der Verteidigerpost, zensiert wird. (Es ist übrigens, vor allem wenn mans wie ich nicht gewöhnt ist, ein riesengroßer Scheißdreck, ich wiederhole: ein riesengroßer Scheißdreck, mit Zensur im Kopf zu schreiben.) Also, mal sehen, was wo in welchem Zustand ankommt, gute Reise:

Draußen und Drinnen Nr. 2

David Hahn hat geschrieben:

»Ich kann Dir sagen, dass [das Buch] hier eingegangen ist, aber Herr Filler, der für die Bücherei zuständig ist, händigt mir das Buch einfach nicht aus.«

Es ist also vorläufig die 4) geworden.

Herr Filler, den ich telefonisch zu erreichen versucht habe, ist »heute nicht im Hause«. Ich werds weiter versuchen. Stay tuned!

Draußen und Drinnen Nr. 3

Heute habe ich Herrn Filler von der Bibliothek erreicht. Ich habe ihm gesagt, David Hahn habe geschrieben, das Buch liege auf seinem Schreibtisch und er rücke es nicht raus.

Nein, sagt Herr Filler, er hat das Buch nicht. Was der David da so gesagt hat stimmt nicht, er, Filler, weiß nicht, wo das Buch ist, er hat es an die Anstaltsleitung gegeben. Warum hat er es an die Anstaltsleitung gegeben? Weil er Bücher mit handschriftlichen Widmungen nicht einfach so einstellen kann. Rufen Sie mich nächste Woche noch mal an? Gern.

Draußen und Drinnen Nr. 4

Herr Filler hat herausgefunden, dass das Buch bei der Anstaltsleitung liegt und der Vorgang wegen Krankenstand im Augenblick nicht bearbeitet werden kann. Rufen Sie mich Ende der Woche noch mal an? Gern.

Draußen und Drinnen Nr. 5

Die Würfel sind gefallen. Ich fasse zusammen:

Ich spende einer JVA ein Buch für ihre Bibliothek mit einer Widmung, in der ich die Gefangenengewerkschaft unterstütze. Gleichzeitig bitte ich ihren Sprecher David Hahn, mir zu sagen, ob es in die Bibliothek eingestellt und für die Gefangenen verfügbar gemacht wird.

David Hahn sieht es auf dem Schreibtisch von Herrn Filler, dem Bibliothekar, der es aber nicht aushändigt, und informiert mich brieflich darüber.

Daraufhin telefoniere ich mit Herrn Filler, den ich beim dritten Anlauf erreiche. Im Gespräch nennt Herr Filler den Gefangenen »David«, als ob er mit ihm per Du wäre, obwohl das Anstaltspersonal verpflichtet ist, die Gefangenen zu siezen, er also korrekt von »Herr Hahn« oder wenigstens von »David Hahn« hätte sprechen müssen. Herr Filler sagt, dass nicht stimme, was David mir geschrieben habe, (in anderen Worten: Der Gefangene lügt). Aber dann erklärt er, er könne ein Buch mit einer handschriftlichen Widmung nicht einfach so einstellen, (in anderen Worten: der Gefangene hat nicht gelogen). Herr Filler kann keine Rechtsgrundlage dafür angeben, dass ein Buch mit einer handschriftlichen Widmung nicht eingestellt werden darf und verweist auf die Anstaltsleitung, die die Entscheidung treffen muss. Auf meine Nachfrage informiert er mich darüber, dass die Anstaltsleitung aus vier Beamten besteht, und dass von diesen vier der Abteilungsleiter Sicherheit, Seyfahrt, für meine Buchspende zuständig ist

Knapp zwei Monate, nach dem die Buchspende in der JVA eingetroffen ist, entscheidet Herr Seyfahrt wie folgt:

»Sehr geehrte Frau Bart,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass die JVA Untermaßfeld Ihre Buchspende vom 04.03.2016 nicht annimmt. Zu unserer Entlastung schicken wir Ihnen das entsprechende Buch zur weiteren Verwendung zurück.

Im Auftrag, Seyfahrt, Verwaltungsabteilungsleiter Sicherheit«

Darauf antworte ich heute mit folgendem Schreiben:

Sehr geehrter Herr Seyfahrt,

vielen Dank für die Rücksendung meiner Buchspende, die allerdings unvollständig ist. Es fehlt in Ihrem Schreiben ein Grund für die Nichtannahme im Sinne des Eigentumsvorbehalts, in dem es heißt: »Bei Nichteinstellung [des Buches in die Bibliothek] ist es der Absenderin unter Mitteilung des Grundes zurückzusenden.« Ich möchte Sie bitten, mir den Grund für die Nichtannahme zu nennen. Dabei geht es mir weniger um die korrekte Erfüllung des Eigentumsvorbehalts, vielmehr möchte ich erfahren, wie ich in Zukunft bei Buchspenden die Nichtannahme vermeiden kann. Herr Filler hatte auf die Widmung verwiesen, aber keine Rechtsgrundlage für ein Verbot von Widmungen in Buchspenden nennen können. Woran also ist die Annahme gescheitert?

Mit freundlichen Grüßen

Und ich berichte David Hahn in einem Brief, in den ich auch die Widmung schreibe und in dem ich sage, dass die Sicherheit eines Gefängnisses, wenn sie von einer Widmung in einem Buch gefährdet wird, schwach und zerbrechlich ist.

11. Juni Tag der Solidarität mit anarchistischen Langzeitgefangenen

Der 11. Juni ist seit 2001 Tag der Solidarität mit anarchistischen Langzeitgefangenen. Damals hatten Gruppen zu dem Tag zur Solidarität mit dem Gefangenen Jeff Luers aufgerufen. In Deutschland ist dazu nicht viel passiert. Wir dokumentieren einen griechischen und englischen Solidaritätsaufruf.

Πάτρα- Κείμενο με αφορμή το διεθνές κάλεσμα αλληλεγγύης σε αναρχικούς κρατούμενους στις 11 Ιούνη

από αναρχική/αντιεξουσιαστική συλλογικότητα για την ολική απελευθέρωση, Κρακατόα

11/06/2016 9:50 πμ.

Quelle: <https://athens.indymedia.org/post/1560080/>

**Η ΚΑΤΑΣΤΟΛΗ ΔΕΝ ΜΑΣ ΣΤΑΜΑΤΑ
ΑΠΕΛΕΥΘΕΡΩΣΗ ΟΣΩΝ ΕΙΝΑΙ ΣΕ ΚΕΛΙΑ- ΚΛΟΥΒΙΑ**

Με αφορμή το διεθνές κάλεσμα αλληλεγγύης σε αναρχικούς κρατούμενους στις 11 Ιούνη

Η 11η Ιούνη καθιερώθηκε αρχικά το 2001 από συντρόφους στις ΗΠΑ ως ημέρα αλληλεγγύης στον Jeff Luers, καθώς στις 11/6 του έτους εκείνου του ανακοινώθηκε η 22ετής ποινή του για τον εμπρησμό οχημάτων στο Όρεγκον ως πράξη εναντίωσης στο φαινόμενο του θερμοκηπίου. Η όξυνση, στις ΗΠΑ και ευρύτερα ανά τον κόσμο, των άμεσων δράσεων πυρήνων του Μετώπου Απελευθέρωσης των Ζώων (ALF) και του Μετώπου Απελευθέρωσης της Γης (ELF), ήρθε να αντιμετωπιστεί το 2005 με μία από τις μεγαλύτερες κατασταλτικές επιχειρήσεις (λεγόμενη backfire ή greenscare), με αποτέλεσμα τη φυλάκιση και τη δίωξη πολλών αγωνιστών.

Μέσα στις παραπάνω συνθήκες και βιώνοντας την διαρκή αναβάθμιση της καταστολής που είχε ως στόχο την επαναστατική δράση, η 11η Ιούνη διατηρήθηκε και μετά την αποφυλάκιση του Jeff Luers ως παγκόσμια ημέρα αλληλεγγύης σε κατηγορούμενους για υποθέσεις «οικοτρομοκρατίας» και άλλους αναρχικούς κρατούμενους. Στα πλαίσια της μέρας αυτής γίνονται σε όλο τον κόσμο δράσεις αλληλεγγύης, από ενημερωτικές παρεμβάσεις μέχρι πορείες και επιθετικές ενέργειες.

Η κοινωνία φυλακή και η συνθήκη του εγκλεισμού

Τα σύγχρονα αστικά κέντρα στα οποία αναπτύσσεται η μαζική κοινωνία, είναι ως επί το πλείστον δημιουργημένα με συνάφεια προς το υπάρχον καπιταλιστικό σύστημα, η επιτέλεση του οποίου απαιτεί τη συστηματοποίηση, τον έλεγχο και τη μαζικοποίηση.

Η συστηματοποίηση, μεταξύ άλλων, σχετίζεται με τη συσσώρευση όλων των ζώων σε βιομηχανοποιημένες, ελεγχόμενες πόλεις μαζικής παραγωγής. Εκεί κυριαρχεί το επιβεβλημένο επιθυμητό, ή αλλιώς αυτό που θεωρείται κοινωνικά αποδεκτό. Πρόκειται ουσιαστικά για ένα κοινωνικό κατασκευάσμα που μνεί τους ανθρώπους σε παθογένειες και εξουσιαστικές συμπεριφορές, με σκοπό την κάθε είδους εκμετάλλευση προς όφελος του καπιταλιστικού συστήματος. Ένα σύστημα που καταστέλλει και συνδυαστικά ενσωματώνει μέσω της μαζικοποίησης ριζοσπαστικές εκφράσεις και κινήματα υπό το πρίσμα της εμπορευματοποίησης και της υπερκατανάλωσης. Η βιομηχανία λοιπόν εδώ παίζει το ρόλο της επιδιώκοντας να αφομοιώσει οτιδήποτε ξεφεύγει από τη νόρμα, όπως κινήματα αμφισβήτησης της κυρίαρχης κουλτούρας, σεξουαλικές επιλογές που αποκλίνουν από τον έμφυλο δυϊσμό.

Έτσι προκύπτει μια κατάσταση αλυσιδωτής καταπίεσης, όπου διάχυτες συστηματοποιημένες εξουσιαστικές σχέσεις και διευρυμένη επιτήρηση συνθέτουν μια κοινωνία φυλακή. Οι διάφορες τάξεις, περιπτώσεις ανθρώπων και τα διάφορα είδη κατηγοριοποιούνται προς όφελος του συστήματος με τα προαναφερόμενα χαρακτηριστικά. Κύριο συστατικό της κοινωνίας – φυλακής αποτελεί η τακτική του εγκλεισμού, η οποία είναι μία συνθήκη καθημερινή όπως και ο διαρκής έλεγχος και η καταστολή. Αυτό επιτυγχάνεται μέσω αστυνομικής περιπολίας σε κάθε γωνιά της πόλης, με τεχνολογικά μέσα, όπως κάμερες παρακολούθησης. Χαρακτηριστική είναι η κράτηση ατόμων με στόχο τη συμμόρφωση με τις επιταγές της εξουσίας, την εκμετάλλευση και την αναπαραγωγή εξουσιαστικών θεσμών: ο εγκλεισμός σε ψυχιατρεία για άτομα που δεν είναι συμβατά με την κοινωνία, η ένταξη σε στρατό για συνεχή επέκταση του εθνικιστικού ιδεώδους, τα στρατόπεδα συγκέντρωσης για τους «επικίνδυνους» ή «αχρείαστους» μετανάστες/πρόσφυγες, ζωολογικοί κήποι και σφαγεία για την «διασκέδαση» και «επιβίωση» του ανώτερου ανθρώπινου είδους, εξαναγκαστική πορνεία για μια ατελείωτη σαρκική κατανάλωση, πειράματα σε ζώα στον απαράβιαστο βωμό της επιστήμης.

Παράλληλα υφίσταται ένας νοητός εγκλεισμός, τον οποίο βιώνουμε καθημερινά μα είναι πιο δυσδιάκριτος καθώς έγκειται σε βαθιά ριζωμένα εξουσιαστικά σχήματα και αντιλήψεις.

Πρόκειται για τον πνευματικό εγκλεισμό σε συγκεκριμένα -επιβαλλόμενα- πρότυπα, τα οποία οδηγούν, μεταξύ άλλων, σε επίπλαστους διαχωρισμούς, διακρίσεις και ιεραρχίες. Ο ρατσισμός π.χ. λόγω χρώματος ή δυσμενούς οικονομικής κατάστασης, βασίζεται σε μια καθεστηκυία άποψη πως υπάρχουν ανώτερα έθνη-κράτη ή ανώτερα κοινωνικά σύνολα. Κάτι παρόμοιο ισχύει για τον σεξισμό και τις έμφυλες διακρίσεις, όπου ο διαχωρισμός σε δύο συγκεκριμένα φύλα και η καταναγκαστική ετεροκανονικότητα επίσης εξυπηρετεί τόσο ψευτοηθικά (π.χ. πατριαρχία) όσο και πολιτικοκοινωνικά συμφέροντα (ανισότητες στον εργασιακό χώρο, στοχοποίηση συγκεκριμένων κοινωνικών ομάδων). Ακόμη, η ιεράρχηση άλλων ζώων, ο σπισισμός και η τεχνητή προσαρμογή της φύσης σύμφωνα με τις υποτιθέμενες ανθρώπινες ανάγκες, αποτελούν επιπλέον ορόσημα της συστηματοποιημένης κοινωνίας που επιβάλλει καλούπια παρουσιάζοντάς τα ως αναπόφευκτα ή “φυσικά”. Έτσι η -ορατή ή μη- εξουσία μπορεί να καθίσταται εφικτή χάρη στη διαιώνιση ενός κατασταλτικού συστήματος.

Οι διάφορες μορφές εγκλεισμού, όμως, και ανεξάρτητα από το είδος στο οποίο εφαρμόζονται παρουσιάζονται ως θεμελιακές για την εύρυθμη λειτουργία του συστήματος και άρα αποσπών την κοινωνική συναίνεση. Έτσι όταν η εξουσία κρατά ομήρους τους πολιτικούς της αντιπάλους στις φυλακές της δημοκρατίας, το έδαφος ήδη είναι προετοιμασμένο, αφού και αυτούς τους έχει τοποθετήσει στο προσκήνιο ως «επικίνδυνους» για το κοινωνικό σύνολο. Η κυριαρχία, λοιπόν, που οργανώνεται και συγκροτείται από το κράτος και το κεφάλαιο νομομοποιεί τον εγκλεισμό ως τρόπο διατήρησης της ομαλότητας, ως τιμωρητική πρακτική, ως μέθοδο για την ευκολότερη πρόσβαση στο υπό εκμετάλλευση άτομο και τη βιομηχανοποίηση της εξόντωσής του. Όλες, όμως, οι μορφές εγκλεισμού αποτελούν συγκοινωνούντα δοχεία. Οι φυλακές δανείζονται τεχνικές

επιτήρησης και ελέγχου από τα σφαγεία, τα όρια αισθητηριακής στέρξης και κοινωνικής απομόνωσης διερευνώνται στα βιοτεχνολογικά-νευροβιολογικά εργαστήρια σε άλλα ζώα και έπειτα η βιομηχανία ανθρώπινου εγκλεισμού αξιοποιεί τα αποτελέσματα των πειραμάτων, ή το αντίθετο κ.ο.κ.

Η καταστολή των αγωνιστών, ως αναπόσπαστο όπλο της εξουσίας

Στη σύγχρονη σαθρή καπιταλιστική κοινωνία, η εξουσία υπόσχεται στους υπηκόους της πρόσβαση σε υπηρεσίες και πολυτέλειες που παρέχει το σύστημα, και ως ανταπόδοση, λαμβάνει πίστη στους θεσμούς της και αναγνώριση ως ρυθμιστή της ζωής, ακόμη κι αν η αναζήτηση της επίπλαστης ευτυχίας φέρνει μόνο ψίχουλα. Είναι η εξάπλωσή της εξουσίας σαν πλέγμα μέσα στο κοινωνικό πεδίο, σε κάθε πτυχή των κοινωνικών σχέσεων, και η αναπαραγωγή των προτύπων της που διασφαλίζουν τη διαίωνιση του συστήματος εκμετάλλευσης.

Το ατομικό συμφέρον και η ιδιοκτησία των υπηκόων και η οχύρωση του συστήματος από την άλλη, είναι δύο συγκοινωνούντα δοχεία. Το ένα προστατεύει την ύπαρξη του άλλου. Οι υποσχέσεις της δημοκρατικής ευημερίας συμπυκνώνονται στο όνειρο της κοινωνικής ανέλιξης και της δικτύωσης, στην ελπίδα του πλουτισμού, στην ασφάλεια της ιδιοκτησίας ενώ η διεύρυνση των κοινωνικών ανισοτήτων και η στρατιωτικοποίηση της καθημερινότητας παίρνουν την απαραίτητη κοινωνική έγκριση, αποτελούν την αποκατεστημένη λεπτή ισορροπία ύστερα από περιόδους εκφρασμένης κοινωνικής δυσαρέσκειας. Η ανταποδοτικότητα αυτή, που αποτελεί βασική πλευρά του κοινωνικού συμβολαίου, εμπεριέχει μία βασική σύμβαση: την καταστολή όποιου αμφισβητεί τη ρύθμιση της ζωής του με αυτούς τους όρους. Γι αυτό η γλώσσα της ασφάλειας είναι κοινή, επιζητά περισσότερη αποτελεσματικότητα, διαμαρτύρεται μπροστά στην παραβίαση του συμβολαίου. Γιατί η αμφισβήτηση ενός συστήματος που τάζει υπηρεσίες και παροχές, είναι μία ταυτόχρονη αμφισβήτηση των ίδιων των υπηρεσιών και της προστασίας τους.

Η καταστολή λοιπόν όσων συνειδητά αρνούνται και μάχονται ενάντια στην επιβεβλημένη κοινωνική κανονικότητα, είναι πάγια. Όσων στην εποχή του σύγχρονου τεχνολογικού ολοκληρωτισμού αντιστέκονται στην επιτήρηση και τη συνεχή παρακολούθηση και επιτίθενται στις δομές του βιομηχανικού πολιτισμού. Όσων απέναντι στην καπιταλιστική συνθήκη επιλέγουν να σαμποτάρουν καταναλωτικές δομές και να αντιπροτάσσουν την άρνηση της μισθωτής σκλαβιάς. Όσων δεν εναποθέτουν τις ζωές τους στα χέρια «ειδικών σωτήρων» μέσω μιας ψήφου και αρνούνται τη διαμεσολάβηση της ζωής τους από κάθε λογής κατασταλτικό μηχανισμό. Όσων επιλέγουν να ακολουθήσουν το δρόμο του πολύμορφου αναρχικού αγώνα, να πάρουν την ζωή τους στα χέρια τους και να συντελέσουν στις συνθήκες της κοινωνικής απορύθμισης.

Οι φυλακίσεις αναρχικών και άλλων αγωνιστών, οι αντιτρομοκρατικοί νόμοι, τα τεχνολογικά μέσα ελέγχου, οι μπάτσοι, το διάχυτο αίτημα για ασφάλεια, το φόβητρο του νόμου, τα δικαστήρια και ο εκφοβισμός των ΜΜΕ στους καταπιεσμένους, ισχυροποιούν την παραπάνω συνθήκη, αποτελούν ισχυρά μέσα στα χέρια των εξουσιαστών για να καταστείλουν.

Η κράτηση αγωνιστών στα κελιά της δημοκρατίας στοχεύει στο σταμάτημα του αγώνα για ελευθερία. Επιδιώκουν να σπείρουν τον τρόμο σε όσους αγωνίζονται και να εγκαθιδρύσουν την άποψη πως όποιος υποστηρίζει ανατρεπτικές ενέργειες κινδυνεύει με φυλάκιση. Ο εγκλεισμός στοχεύει στο τσάκισμα της αντίστασης και αποτελεί έναν διαρκή εκβιασμό που θέτει η εξουσία με στόχο την αποκήρυξη του αγώνα και τη «μετάνοια». Διάφοροι νόμοι όπως ο γνωστός αντιτρομοκρατικός αποτελούν αναβάθμιση του οπλοστασίου του κράτους το οποίο αναδιρθρώνεται για την αποτελεσματικότερη αντιμετώπιση του εσωτερικού εχθρού. Πιο συγκεκριμένα η όλο και συνεχόμενη αναβάθμιση του αντιτρομοκρατικού νόμου στοχεύει κυρίως τα άτομα που επιλέγουν να αντιπαρατεθούν ένοπλα με το εξουσιαστικό οικοδόμημα καθώς επίσης βάζει και στο στόχαστρο του την έμπρακτη αλληλεγγύη (βλ. διάταξη για «εγκλωμασμό τρομοκρατικών πράξεων»), προσπαθώντας έτσι να απομονώσει τους ένοπλους αγωνιστές στέλνοντας ένα συνολικότερο μήνυμα εκφοβισμού σε όσους δρουν ή θέλουν να δράσουν αμφισβητώντας το κρατικό μονοπώλιο στη βία. Παράλληλα η επιστημονική και τεχνολογική έρευνα είναι σε μεγάλο βαθμό συνδεδεμένη με την επιτήρηση και την καταστολή. Η τεχνολογία έρχεται να εφοδιάσει τον καπιταλισμό με νέα μέσα και με νέα κατασταλτικά όπλα προκειμένου η

εξουσία να καταφέρει να αντιμετωπίσει τους εχθρούς της αποτελεσματικότερα. Από τον εξοπλισμό της αστυνομίας με μικροκάμερες παρακολούθησης, drones και κοριοίους, τα συστήματα επιτήρησης σε κάθε γωνία της πόλης, τους πομπούς παρακολούθησης, την χρησιμοποίηση του dna ως αποδεικτικό μέσο για ποινικές διώξεις και τις βάσεις δεδομένων φωτογραφιών με δυνατότητες άμεσης τάυτισης με καταγραφές καμερών (π.χ. στα σύνορα), γίνεται αντιληπτός ο λόγος που ο αγώνας ενάντια στο τεχνο-επιστημονικό σύστημα είναι αναγκαίος.

Τη στιγμή που γράφεται αυτό το κείμενο, στις ελληνικές φυλακές, βρίσκονται κρατούμενοι δεκάδες αγωνιστές και πολλοί ακόμη είναι υπό καθεστώς δικαστικής ομηρίας. Μακριά από μία λογική θυματοποίησης τους και επίκλησης στη νομιμότητα, γνωρίζουμε πως η εξουσία χρησιμοποιεί όλα τα μέσα για να κάμψει την ξεγερατική και επαναστατική δράση. Σε αυτό το πλαίσιο, για να αντιληφθούμε την κίνηση των κρατικών μηχανισμών και να είμαστε σε θέση να αντεπιτεθούμε καίρια στις κινήσεις τους, είναι σημαντική η αναφορά σε ορισμένες συγκεκριμένες υποθέσεις διώξεων και μεθοδεύσεων, όπως είναι:

- Η περίπτωση 22 αναρχικών που διώκονται για διάφορες υποθέσεις επαναστατικής δράσης και από κοινού παραπέμφθηκαν σε ένα κοινό εφετείο που αφορούσε τη δράση της αντάρτικης οργάνωσης Συνομοσία Πυρήνων της Φωτιάς. Χρησιμοποιώντας σαν ομπρέλα τη δράση της συγκεκριμένης οργάνωσης, οι διωκτικοί μηχανισμοί επινόησαν το κοινό εφετείο τσουβαλιάζοντας διαφορετικές υποθέσεις. Εκεί παρέπεμψαν μέλη της και λοιπούς αναρχικούς που αρνούνται τη συμμετοχή τους στην οργάνωση και είτε συνεχίζουν να αντιμετωπίζουν τη συγκεκριμένη κατηγορία, είτε έχουν απαλλαγεί από τον αντιτρομοκρατικό νόμο 187Α, στοχεύοντας έτσι στη μέγιστη δυνατή χρονικά κράτησή τους στις φυλακές.

- Η ισόβια καταδίκη του μέλους του Επαναστατικού Αγώνα Νίκου Μαζιώτη για τη βομβιστική επίθεση στα κεντρικά της Τράπεζας της Ελλάδος. Όπως έγραψε και ο ίδιος «Αυτή η πολιτική απόφαση που εφαρμόζεται για πρώτη φορά στην Ελλάδα για μια βομβιστική επίθεση με προειδοποιητικό τηλεφώνημα χωρίς τραυματισμούς αλλά μόνο με υλικές ζημιές, έχει πολλαπλούς αποδέκτες και συνιστά ένα μήνυμα εκφοβισμού ότι η επιλογή της ένοπλης επαναστατικής δράσης από αγωνιστές θα αντιμετωπιστεί με τη μέγιστη δυνατή αυστηρότητα.».

- Ο ασφυκτικός κλοιός γύρω από συγγενείς και φίλους κρατουμένων, με παρακολούθησεις και έρευνες σε σπίτια ή ακόμη και με διώξεις, φυλακίσεις και επιβολή περιοριστικών όρων, όπως στο παράδειγμα συγγενών μελών της Σ.Π.Φ.

- Η διαρκής όξυνση των ειδικών συνθηκών κράτησης των κρατούμενων αγωνιστών στα υπόγεια κελιά των φυλακών Κορυδαλλού με περιορισμό των κινήσεών τους και ένταση της επιτήρησης. Οι έρευνες πάνοπλων μπάτσων της ΕΚΑΜ που πραγματοποιήθηκαν το τελευταίο διάστημα σε κελιά αγωνιστών και απείθαρχων κρατουμένων, οι μεταγωγές ορισμένων εξ αυτών και οι απειλές για πειθαρχικές διώξεις και απομόνωση.

Παράλληλα, εκτός ελλαδικού χώρου, τα παραδείγματα καταστολής συντρόφων είναι πολλά. Τα κράτη, εξ υπαγωγής στη διεθνή εγκληματολογική αστυνομία της interpol, ανταλλάσσουν στρατηγικές και μεθόδους καταστολής, ειδικότερα στα πλαίσια της ευρωπαϊκής ένωσης που οι διακρατικοί δεσμοί είναι ισχυροί.

- Στη γειτονική Ιταλία, το κράτος εφαρμόζει τη τεχνική των τηλεδικών για τους κρατούμενους αναρχικούς επαναστάτες, όπου ουσιαστικά οι σύντροφοι δικάζονται εξ αποστάσεως παρακολουθώντας τη δίκη τους μέσα από οθόνη εντός των φυλακών. Ενώ πολλοί αγωνιστές βρίσκονται σε κατ' οίκον περιορισμό για τη συμμετοχή τους σε συγκρουσιακές διαδηλώσεις, με κάποιους εξ αυτών να προφυλακίζονται, όπως έγινε με τους 4 αγωνιστές που κρατούνται μέχρι σήμερα για τη συμμετοχή στην πορεία της 1ης Μάη 2015- no expο στο Μιλάνο.

- Στην Ισπανία, τον τελευταίο χρόνο υπάρχει κατακόρυφη ένταση της καταστολής εναντίον αναρχικών εγχειρημάτων, κορύφωση της οποίας αποτέλεσαν οι δύο κατασταλτικές επιχειρήσεις Πανδώρα(Δεκέμβρης 2014) και Πινατά (Γενάρης 2015), με συνολικό απολογισμό 54 αναρχικοί να συλλαμβάνονται μέσα από τα σπίτια τους και αναρχικά στέκια, ενώ 5 εξ αυτών φυλακίστηκαν. Οι κατηγορίες για τους συντρόφους και τις συντρόφισσες αφορούσαν ενέργειες άμεσης δράσης και

σαμποτάζ, χωρίς ωστόσο να υπάρχουν στοιχεία που να τους εμπλέκουν σε αυτές. Αντίστοιχες επιχειρήσεις στοχοποίησης και συλλήψεων ευρείας κλίμακας αναρχικών, έχουν πραγματοποιηθεί στην Ιταλία το 2012 (επιχείρηση Ευτολμίας-Ardire) όπως και στη Χιλή το 2010(επιχείρηση «υπόθεση βόμβες»)

Την ίδια στιγμή, αναρχικοί κρατούμενοι ανά τον κόσμο εκτίουν πολυετείς ποινές, μην αφήνοντας την καταστολή και τον χρόνιο εγκλεισμό να τσακίσει τον αγώνα τους για την ελευθερία. Οι Κλάουντιο Λαβάτσα και Γκαμπριέλ Πόμπο ντα Σίλβα φυλακισμένοι στην Ισπανία, ο Μάρκο Κάμενις αιχμάλωτος στην Ελβετία, ο Τόμας Μάγερ-Φαλκ κρατούμενος στη Γερμανία, ο Μάριους Μέισον φυλακισμένος στις ΗΠΑ, αλλά και σύντροφοι που βρέθηκαν πρόσφατα αιχμάλωτοι, όπως η Μόνικα Καμπαγιέρο και ο Φρανσίσκο Σολάρ που καταδικάστηκαν σε ποινή εγκλεισμού 12 χρόνων στα κέντρα εξόντωσης του ισπανικού κράτους, συνεχίζουν να αγωνίζονται μέσα από τη δυσμενή συνθήκη του εγκλεισμού και τις ειδικές συνθήκες κράτησης και απομόνωσης.

Η αλληλεγγύη μεταξύ όσων αγωνίζονται, εξεγείρονται, επαναστατούν, δεν γνωρίζει τείχη, κάγκελα, σύνορα και αποστάσεις. Είναι μία συνθήκη αναπόσπαστη του αντιεξουσιαστικού αγώνα, μια διαρκής διαδικασία, μακριά από φετιχισμούς και ηρωοποιήσεις. Στον αγώνα ενάντια στο κράτος και τους μηχανισμούς του, το καπιταλιστικό οικοδόμημα, τη λεηλασία της φύσης, τον εγκλεισμό ανθρώπων και μη ζώων και τις αξίες της ιεραρχίας, η αλληλεγγύη είναι ένα από τα όπλα μας. Να αγωνιστούμε για την καταστροφή του κόσμου της εξουσίας, για την ελευθερία όλων μας.

«Κάθε μορφή κι επιλογή αγώνα έχει την αυταξία και τη σημασία της. Για να δίνει σάρκα και οστά στις επιθυμίες της κάθε εξεγερμένης ατομικότητας που συμμετέχει, για να συμβάλλει στην αναγκαία διεύρυνση του επαναστατικού μετώπου διαδίδοντας τις απελευθερωτικές ιδέες, για να σαμποτάρει τις ιεραρχίες, τις αγορές, τις κοινωνικές δομές, τις μηχανές που στην υπηρεσία του κεφαλαίου σαρώνουν τη φύση, ανθρώπινη και μη.»

Μιχαηλίδης, Φυλακές Κορυδαλλού

Γιάννης

ΟΣΟ Η ΚΥΡΙΑΡΧΙΑ ΕΞΑΠΛΩΝΕΤΑΙ ΚΑΙ ΙΣΧΥΡΟΠΟΙΕΙΤΑΙ

ΤΟΣΟ ΘΑ ΓΕΝΙΚΕΥΟΥΜΕ ΤΟΝ ΑΓΩΝΑ ΕΝΑΝΤΙΟΝ ΤΗΣ

ΓΙΑ ΕΝΑΝ ΚΟΣΜΟ ΧΩΡΙΣ ΣΥΝΟΡΑ, ΕΚΜΕΤΑΛΛΕΥΣΗ, ΕΓΚΛΕΙΣΜΟ, ΕΞΟΥΣΙΑ

ΓΙΑ ΤΗΝ ΑΝΑΡΧΙΑ

αναρχική/αντιεξουσιαστική συλλογικότητα για την ολική απελευθέρωση, Κρακατόα

olikiapeleutherosi@espiv.net

olikiapeleutherosi.espivblogs.net

June 11, 2016

Quelle: <http://june11.org/>

For June 11th, 2015, we emphasized transition in the struggle and in the lives of the prisoners we support. This year we're focusing on a different kind of transition: the restructuring of the prison system and thus doubling down on opposition to Maximum Security, isolation, and Communications Management Units. High-security facilities are not new: for example, Communications Management Units isolated Daniel McGowan and Andy Stepanian for years. But now we are at a new juncture: there is both a fresh focus on the part of the authorities reorganizing prisons to maximize repression against long-term and combative prisoners, while simultaneously cutting costs. In response there has been a wave of resistance and revolt--in the streets and in the prisons. As this wave spreads organically, we feel impelled to contribute in support of our imprisoned friends and comrades.

Around the world, repression intensifies against anarchists, their comrades, and their families. The left-wing SYRIZA government in Greece continues the isolation of rebellious prisoners in the C-type maximum security prisons. The Spanish state attempts to criminalize anarchist solidarity through an "anti-terrorist" spectacle of raids, arrests, and show trials. Anarchists from Santiago to Kansas City face decades in prison

for choosing the path of revolt and for their refusal to bow before pressure from the state. Everywhere we look: the state's jaws clamp down on rebellion.

But all this cannot break our comrades or the spirit of our struggle. As Mónica Caballero and Francisco Solar are sentenced to twelve years in prison, anarchists respond to their persecution with smoke and shattered glass. As the Greek state levels its force against the families of the imprisoned comrades of the Conspiracy of Cells of Fire and condemns Nikos Maziotis to life in prison, fugitive comrade Pola Roupa attempts to hijack a helicopter to free the imprisoned fighters. As Osman Evcan and Eric King both fight the state's attempts to starve them for their refusal to consume flesh, comrades mobilize to ensure that their demands are backed with acts of solidarity. As the Chilean state continues to arrest and imprison anarchists, an intransigent minority strikes back in vengeance. As the State of Ohio continues to restrict Sean Swain's communications, those holding the controls find their names and addresses spread online. As the state constructs an "anti-terrorism" roundup in Belgium, the multiform struggle against prison society there continues, unflinching and defiant. As the United States prison system continues its brutal enforcement of white supremacy and the social liquidation of undesirables, prisons from Alabama to Nebraska face the flames of rebellion. Everywhere we look, the revolt against prison society deepens and spreads.

Increased Control Within Prison...

The movement towards absolute control within prisons is the state's movement towards complete "security": maximum and supermax security prisons, secure housing, isolation, control, and communication management units. In Spain, FIES; in Greece, C-type. Though they go by many names, they serve the same function. These institutions are an exaggeration of the tools and logic of prisons: complete isolation in small, windowless cells for 22-23 hours per day; restricted phone access; few, if any, write-outs. Non-contact visits means one might not touch another person for months or years. Guards, cameras, and mail censoring maintain constant surveillance. Erratic administrations and useless grievance procedures means pervasive uncertainty, indefinite punishment, and no recourse for one's placement. Anarchist prisoner Sean Swain explains, "What you are experiencing is designed to be painful...to cause debility, dependence, and dread." Greek prisoner Angeliki Spyropoulou wrote that "prison has always been built upon...submission of those who do not conform to the predefined standards of society and...domination aims at dissemination of fear." This illuminates who these prisons are designed for.

Control units in the US are primarily populated by Muslim "extremists" (mostly young men entrapped by the FBI) and black and brown people labeled as gang members. There are also politically outspoken prisoners and rebellious "troublemakers." What they have in common is that these are the people the state does not want communicating: with each other, or with the outside. Subversive communication and real relationships would be a threat to security. While in the US these control units are often justified by the threat of terrorist bogeyman, in other cases the motivations are more explicit. It is clear C-type prisons in Greece were created in response to combative anarchists, guerrillas, and other rebels.

While these facilities are intended to isolate and control rebellious populations, the inverse often results: instead of dampening the fires of rebellion, high security facilities spark powerful resistance. In 2013 30,000 California prisoners started an indefinite hunger strike followed by years of ongoing struggle, initiated by some prisoners confined to isolation in the maximum security Pelican Bay facility. They focused their demands on the intolerable conditions of the control unit, and their struggle contributed to minor but meaningful reforms to California's procedures for solitary confinement. Isolation is now banned from federal juvenile facilities. Last year Greek prisoners engaged in a hunger strike for 48 days against the creation of the C-type prisons, anti-terrorism laws, and forced DNA sampling, ending in renewed indications of government capitulation. And earlier this year **Fabio Dusco** chose to reject the State's attempt at neutralization and to fight against the conditions of his detention. Sean Swain has seen some of the deepest and darkest parts of the ODRC, yet still he continues to fight, laughing in the face of his censors. In defiance of the state's attempt to silence and punish him, Marius continues to write and fight in defense of the earth, animals, and trans prisoners. In March at Holman prison, Alabama DOC's notorious high security

facility, an uprising took place in which a guard and the warden were injured, prisoners temporarily took control of some spaces, and one participant declared, "We're tired of this shit, there's only one way to deal with it: **tear the prison down.**"

...Increased control without prison

Even as governments around the world institute harsher forms of control within prisons, they spread glib platitudes about prison reform, community accountability, and the unmanageable size of prison populations. Prison reform has been in the air for several years now, due both to pressure from rebels and the resulting bad press, as well as an economic imperative: prisons are expensive and unwieldy, unfit for the lean, flexible new governmental and productive regime. Conservatives want to cut back spending, and the president has decided that prison is a human-interest issue. However, we know that the controlled shrinking of the prison system will not look like the liberation that some prison abolitionists dream of. Rather, it will advance a rationalization of control – cheaper, smaller prisons targeting the incorrigible, non-adaptive, and rebellious prisoners, alongside expanded surveillance and "smart" state intervention on the outside of the prison walls. Razor wire and guards are being replaced by GPS monitoring, strict probation requirements, "soft" policing, and privatized community **security forces.**

While we can't deny our tenuous relief when daily conditions improve for those in prison, we remain deeply suspicious of these improvements. We know that the goal remains increasingly sinister social control, even if the techniques are softened or made more palatable. We know that these measures, while improving conditions for some, simply serve to justify the heaviest repression against others. The state separates the sheep from the goats, while the reformists look on silently. This world relies on imprisonment and social control, and it is only by fighting against this world and against control in all of its forms that we might grasp moments of freedom.

Long-term Imprisonment

We are opposed to prison in all of its forms, and we remain skeptical of dividing prisoners into "political" and others. June 11, however, is a specific day of solidarity with long term anarchist prisoners. By focusing on long-term imprisonment, we want to ensure that none of our comrades are forgotten, even if they've already been behind bars for decades. But when we speak about long-term imprisonment, we aren't making reference to a specific criteria, a length of sentence or extended limbo (for us, any day that anyone spends in prison is already too long). Rather, we want to bring light to those who've been identified by the state as the most guilty and intransigent, the ones who won't be first in line for a pardon as certain aspects of prison are phased out. Marius Mason, Marco Camenisch, Monica and Francisco, among others, act as reagents, by which we can test various proposals for addressing the prison system. Will such-and-such proposal lead to their release? The reformist proposals will leave the eco-arsonists, the anti-nuclear saboteurs, and the desecrators of cathedrals inside the prison walls, condemned to expanded maximum-security units.

Solidarity, local and networked

We have worked to spread information, inspiration, and decentralized solidarity with long-term anarchist prisoners. The existence of a diffuse network of support is vital to both durable aid to our imprisoned comrades and the growth of a subversive movement. It's deeply exciting that this network is not only diffuse but multiform, with solidarity expressing itself in many forms – from widespread efforts to fundraise and support prisoners, to efforts to link them with ongoing struggles, to combative actions that continue the fight against domination and ecological destruction.

But this network can't only express itself in local forms without risking either isolation or a reliance on digital "communication." We want to experiment with new and flexible modes of convergence and conversation in order to revitalize the struggle and enrich our discussions. As Avalanche magazine puts it in their argument for a new anti-prison coordination:

"This international proposal doesn't aim at the creation of some organisation, but at the opening of spaces of exchange, of mutual knowledge and debate. We won't doubt this will permit a better knowledge of what

is going on elsewhere, creating the conditions for interventions considered in the perspective of international solidarity and common struggle, to give birth to temporary coordination between different struggles and fights, to deepen the informality out of which, according to affinities and projects, create initiatives. In this way, through the mutual knowledge of the projects of struggle, this international proposal aims at stimulating “organisational occasions”, not with the aim of a growth in quantity but of the quality of revolutionary intervention.”

For these reasons among many others, we welcome the call for a convergence in Washington DC this June 11th, combining a demonstration against the Bureau of Prisons with an occasion for discussion and sharing of **ideas**. We hope this will create new combinations of diffuse, local action with coordinated, regional and international activity. Against the attempted greenwashing of prison initiatives **initiatives**, we know that prisons are fundamentally toxic to human life: both the social conditions that they sustain and create, and the literal toxins that litter the site of a newly proposed maximum security prison in Letcher County, KY. Once Capital finished stripping coal from mountaintops, the State moved in to build a prison on the ravaged landscape.

June 11: Every year, everywhere, until the prisons burn and our comrades walk free. We hope that June 11 revitalizes solidarity for those comrades facing the longest sentences and builds momentum against the cages they're locked in. Recent struggles against the expansion of these cages continue to demonstrate the expansive possibilities of solidarity. In situations of prison construction, by weaving together locals, residents, and prisoners who would both be harmed by a new prison. Or, in the case of the hunger strikes against the new C-Type maximum security wings in Greece, by knitting together prisoners from different groups, outside radicals, and family members. The potential of subverting the state's plans for restructuring prisons opens another front in the struggle, beyond supporting individual comrades and organizing to help prison rebellions. These struggles are currently proliferating in the US, from the opposition to the new youth jail in **Seattle** or the construction of the ICE facility in Gary, **Indiana**, to the community fight against the maximum security facility in eastern **Kentucky**. Let's link these experiences together in order to strengthen ourselves, whether we're inside or outside the existing prisons. Successfully challenging the restructuring of the prisons and the existence of the Maximum Security and Communications Management Units, particularly through the combined power of organizing inside and outside of the walls, is a clear step towards the power to destroy prisons and the society that requires them.

The struggle against prisons must take many forms. It must be both slow and steady and fast and unpredictable. Supporting imprisoned comrades requires diligence, patience, and time to grow real relationships. Our imprisoned comrades remain in the struggle, and we will continue to support them and conspire with them in whatever ways we can. But we also want to relentlessly attack the infrastructure and logic of prisons, to become complicit with struggles inside and against prisons. June 11 can be many things: a fundraiser; an opportunity to spread the word and raise awareness; a chance to connect personally with longterm anarchist prisoners via letter or phone; an intervention to begin struggling determinedly against a prison construction project; an attack; a chance to find a crack in the structure of prison society and exploit it.

Whether by yourself or with a hundred comrades, we hope that you take action this June 11: against prisons, and in solidarity with long term anarchist prisoners. Thank you for all the solidarity you show, on June 11th or any day. It means everything.

Prisoner Soli Dinner

Quelle: <https://abcd.org/2016/06/09/prisoner-soli-dinner/>
26. Juni 2016 19 Uhr DIY Eckladen, Rudolfstrasse 01097

In der Lausitz wurde im März ein Stück Wald besetzt um gegen den Braunkohleabbau in der Region zu protestieren. Das Projekt LAUtonomia wurde mittlerweile geräumt. Im Rahmen der Räumung und im Kontext der Massenproteste von Ende Gelände im Mai wurden Aktivist*innen festgenommen. Drei befinden sich immernoch in Haft. Ein Mensch muss wegen dem Verstoß von Bewährungsauflagen nun zwei Jahre im Knast absitzen.

Mit einem leckeren Drei-Gänge-Menü möchten wir euch einen entspannten Abend zaubern und in Solidarität mit den Gefangenen Spenden sammeln für Repressionskosten, wie Anwalt*innen oder Unterhalt im Knast. Bringt also gute Laune, Hunger und eure Sparschweine mit!

Damit es genug Plätze für alle gibt, schreibt uns bitte eine kurze Mail wieviele Plätze ihr braucht an abcdd@riseup.net.

BAG-S zum Tag der Arbeit

Quelle: <http://bag-s.de/nc/aktuelles/aktuelles0/article/bag-s-zum-tag-der-arbeit/>

Pressemitteilung: Zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2016 fordert die BAG-S die sozialrechtliche Benachteiligung von straffällig gewordenen Menschen zu beenden und Inhaftierte in die Rentenversicherung einzubeziehen.

Pressemitteilung zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2016

Gefangene in der Rentenfrage

„Made in China“ ist zum Sinnbild für ausbeuterische Arbeitsbedingungen geworden. Einige Unternehmen setzen daher lieber auf die billigen Arbeitskräfte in heimischen Justizvollzugsanstalten, um so mit einem „Made in Germany“ einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen. Mit dem deutschen Standort verbinden viele Käufer Qualität und Fortschritt.

Wichtige Stütze während der Haftzeit

In der Tat sind die Produkte aus der JVA qualitativ hochwertig. Möbel, Lampen, Spielzeuge, Schmuck und sogar Richterroben stellen Inhaftierte während ihrer Arbeitszeit her. Außerdem: Viele Inhaftierte bewältigen den Freiheitsentzug entschieden besser, wenn sie arbeiten können.

Nach der Entlassung droht Altersarmut

Doch nach der Entlassung kommt das böse Erwachen. Der geringe Lohn und die fehlende Einbeziehung in die Rentenversicherung führen oftmals zu einem Leben in Armut und mindern die Chance auf eine gelingende Resozialisierung. Trotz ihres täglichen Einsatzes in der Werkstatt der JVA wird die Arbeitszeit der Inhaftierten nicht auf die Rente angerechnet. Ist das fair?

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe ist der Überzeugung, dass die Sicherung der Altersvorsorge durch geleistete Arbeit unabhängig davon gelten muss, ob Menschen eine Straftat begangen haben oder nicht.

Sozialrechtliche Benachteiligung beenden

Wir fordern daher am Tag der Arbeit, dass die sozialrechtliche Benachteiligung von straffällig gewordenen Menschen endlich beendet wird. „Gefangene werden für eine Straftat doppelt bestraft, weil sie in Haft nichts für ihre Altersrente tun können“, sagt Gabriele Saueremann vom Paritätischen Gesamtverband und Vorsitzende der BAG-S. Wir appellieren an die Politik, die gesetzliche Rentenversicherung für Gefangene ohne weitere Verzögerungen endlich umzusetzen und die entscheidende Weichenstellung auf der

Justizministerkonferenz Anfang Juni vorzunehmen.

Bonn, den 27.04.2016

Pressemitteilung als PDF

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V.
Federal Association for the Care and Resettlement of Offenders
Dr. Klaus Roggenthin (V.i.S.d.P.)
Oppelner Str.130
53119 Bonn
Tel.: 0228/9663593
www.bag-s.de

(5) Suizide und Todesfälle

JVA Wulkow: Häftling tot in der Zelle

11.04.2016

In der JVA Wulkow hat sich erneut ein Häftling in seiner Zelle erhängt. Der 47-Jährige soll im Januar mit zwei Komplizen ein Caravan-Center bei Oranienburg überfallen haben. Ihm drohte deshalb eine mehrjährige Haftstrafe. Die Leiche des Mannes soll obduziert werden. Vor gut einem Jahr hatte sich ein 33-Jähriger in der JVA Wulkow das Leben genommen.

Quelle: <http://www.maz-online.de/Lokales/Ostprignitz-Ruppin/JVA-Wulkow-Haefling-tot-in-der-Zelle>

Wulkow. Ein 47-jähriger Untersuchungshäftling hat sich in der Nacht zum Montag in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Wulkow das Leben genommen. Der Mann, der nach MAZ-Informationen aus Tschechien stammt, befand sich seit 11. Februar im Gefängnis. Er soll Anfang Januar mit zwei Komplizen ein Caravan-Center in Oranienburg überfallen haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die drei Männer wegen des Verdachts des schweren Raubes sowie der gefährlichen Körperverletzung.

Keine Anzeichen für eine Fremdeinwirkung

„Wir haben keine Anzeichen für eine Fremdeinwirkung“, sagte Oberstaatsanwalt Andreas Pelzer von der Staatsanwaltschaft Neuruppin am Montag. Um jeglichen Zweifel ausschließen zu können, soll die Leiche des Mannes obduziert werden.

Wulkows JVA-Chef Oliver Allolio sprach von einem „schlimmen“ Vorgang. „Es gab keine Signale, dass sich der Mann was antun will.“ Vielmehr sei der 47-Jährige „hafterfahren“ gewesen und habe sich „völlig unauffällig verhalten“. Demnach hat es regelmäßige Gespräche mit einem Dolmetscher gegeben. Zudem sitzen in Wulkow weitere Häftlinge, die aus Tschechien stammen.

Eine Art Abschiedsbrief gefunden

Laut Allolio wurde im Gefängnis ein System aufgebaut, um geplante Suizide erkennen und abwenden zu können. „Das setzt jedoch Signale voraus.“ Diese hat es bei dem 47-Jährigen offenbar nicht gegeben. Dem Mann scheint das bevorstehende Verfahren zugesetzt zu haben. Justizbeamte fanden am Montag neben der Leiche eine Art Abschiedsbrief. „Darin wird nur Bezug auf das Strafverfahren genommen“, sagte JVA-Chef Allolio. Demnach hatten die Beamten keine Möglichkeit, die Absicht des Mannes „erspüren“ zu können. Bei schwerem Raub droht eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren, gefährliche Körperverletzung wird mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zehn Jahren bestraft.

Zellentrakt nach Brand saniert

Vor gut einem Jahr hatte sich schon einmal ein Häftling in Wulkow in seiner Zelle erhängt: Der 33-Jährige,

der wegen Betruges verurteilt worden war und die Geldstrafe nicht bezahlen konnte, nahm damals eine Mullbinde. Mit dieser war zuvor eine Beinverletzung bei ihm behandelt worden (die MAZ berichtete). Seit die JVA Wulkow 2001 in Betrieb ging, haben sich acht Gefangene das Leben genommen. Am Freitag konnten indes gut 30 Gefangene wieder in ihre eigentlichen Zellen in Wulkow zurückkehren. Sie hatten diese Ende Februar verlassen müssen und waren seitdem in einem anderen Gebäude untergebracht, weil ein 30-jähriger Häftling Feuer gelegt hatte. Bei dem Brand waren ein Gefangener und ein Wärter leicht verletzt worden. Zudem mussten insgesamt 70 Häftlinge evakuiert werden.
Von Andreas Vogel

Todesfall in der JVA Waldeck

03.05.2016

Quelle: <http://www.das-ist-rostock.de/stadtpolitik/todesfall-in-der-jva-waldeck-3274/>

In der Justizvollzugsanstalt Waldeck ist am Montag ein 37-jähriger Strafgefangener leblos in seinem Haftraum gefunden worden. Der sofort alarmierte Notarzt hat den Tod des Insassen festgestellt. Die Todesursache wird untersucht. Hinweise auf ein Fremdverschulden liegen nach den bisherigen Erkenntnissen nicht vor. Allerdings gibt es Hinweise auf einen möglichen Suizid. Ein im Haftraum aufgefundener Brief wird ausgewertet. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Die Staatsanwaltschaft ist informiert worden und hat eine Obduktion angeordnet. Der Verstorbene war wegen Vergewaltigung und Sachbeschädigung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Nach der Haftzeit hätte sich eine Sicherungsverwahrung angeschlossen.

Bützow : Häftling in JVA an Überdosis gestorben

vom 12. Mai 2016

Eine synthetische Droge hat zum Tod eines 29-jährigen Insassen in Bützow geführt.

Quelle: <http://www.svz.de/regionales/polizeiticker/haeftling-in-jva-an-ueberdosis-gestorben-id13676436.html>

In Mecklenburg-Vorpommern ist laut zuständigem Ministerium erstmals ein Gefängnisinsasse an einer Überdosis einer synthetischen Droge gestorben. Es handelt sich um einen 29 Jahre alten Mann, der bereits im Januar tot in seiner Zelle in der Justizvollzugsanstalt Bützow (Landkreis Rostock) gefunden worden war. Die Todesursache hätten Untersuchungen jetzt ergeben, sagte ein Sprecher des Schweriner Justizministeriums am Donnerstag.

Die als Spice bekannte Droge falle nicht unter das Betäubungsmittelgesetz, sei aber in jedem Gefängnis verboten. Der 29-Jährige war laut Ministerium wegen Raubes zu einer Haftstrafe verurteilt gewesen, die er im Sommer verbüßt gehabt hätte.

Dem Ministerium gibt zudem ein weiterer Fall Rätsel auf. Im Mai 2015 war in Neubrandenburg ein ebenfalls 29-Jähriger tot in seiner Haftzelle gefunden worden. Untersuchungen hätten inzwischen ergeben, dass der Mann, wenige Wochen vor seiner Entlassung, an einer Überdosis Tabletten gestorben sei. Hinweise auf einen Suizid habe es aber nicht gegeben, wie das Todesermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft erbracht habe. Dieser Tote stammte aus Neustrelitz und war vor seiner Verurteilung ohne festen Wohnsitz.

Korydallos (Griechenland): 6. Toter Häftling auf der Krankenstation in fünf Monaten

Meldung vom griechischen Indymedia: Auf der Krankenstation von Korydallos wurde der 6. Todesfall in

nur 5 Monaten verzeichnet. Der 62jährige Häftling hatte seit Jahren Atemprobleme. Im Text ist die Rede davon, dass die Todesfälle chronisch oder schwer kranker Häftlinge einer Todesstrafe mit anderen Mitteln gleich kommt. Weiterhin wird erwähnt, dass zwischen 1980 und 2005 730 Gefangene in Haft umgekommen sind, d.h. 28 Todesfälle im Jahr oder einer alle zwei Wochen (bei einer damaligen Gefangenenpopulation von zwischen 8.000 und 10.000). Es folgt der Originaltext.

6ος ΚΡΑΤΟΥΜΕΝΟΣ ΝΕΚΡΟΣ ΣΕ ΠΕΝΤΕ ΜΗΝΕΣ ΣΤΟ ΚΟΛΑΣΤΗΡΙΟ, ΠΟΥ ΑΠΟΚΑΛΕΙΤΑΙ ΝΟΣΟΚΟΜΕΙΟ ΚΡΑΤΟΥΜΕΝΩΝ ΚΟΡΥΔΑΛΛΟΥ

15.05.2016

Quelle: <https://athens.indymedia.org/post/1559069/>

Νεκρός, βρέθηκε ένας ακόμα κρατούμενος στο «Νοσοκομείο» Κρατουμένων Κορυδαλλού, την Πέμπτη. Πρόκειται για τον έκτο νεκρό μέσα σε μόλις πέντε μήνες στο κολαστήριο που έχουν βαπτίσει «νοσοκομείο» κρατουμένων κορυδαλλού.

Ο 62χρονος κρατούμενος έπασχε από χρόνια αναπνευστικά προβλήματα. Πρόκειται για κρατικές δολοφονίες χωρίς ουδεμία αμφισβήτηση, αφού η «γραμμή» την οποία φαίνεται ότι υπηρετεί με μεγάλη αφοσίωση το συνάφι των δικαστών είναι να μην αποφυλακίζουν κρατούμενους με σοβαρά προβλήματα υγείας παρ' ότι σύμφωνα με τον νόμο που υποτίθεται ότι οι ίδιοι υπηρετούν, συντρέχουν και με το παραπάνω οι προϋποθέσεις αποφυλάκισης.

Με άλλα λόγια συστηματικά και εν γνώσει τους αποφασίζουν και επιβάλλουν την ποινή του θανάτου σε κρατούμενους με αναγνωρισμένα από τα ΚΕΠΑ (Κέντρα Πιστοποίησης αναπηρίας) ποσοστά αναπηρίας. Δεν πρόκειται με άλλα λόγια για αιφνίδιους θανάτους, τα αίτια των οποίων δεν μπορούσαν να προβλεφθούν. Την ίδια αντιμετώπιση έχουν ακόμη και κρατούμενοι ορθοπεδικούς, με βαριά ανοσοκαταστολή, οι οποίοι με διάφορες προφάσεις και παρ' ότι «δικαιούνται» να αποφυλακιστούν παραμένουν έγκλειστοι.

Την άμεση ευθύνη έχει τα Συμβούλιο Πλημμελειοδικών Πειραιά, δηλαδή οι δικαστές που τα απαράτιζον και οι Εισαγγελείς Πλημμελειοδικών που προτείνουν τις θανατικές ποινές που στην συνέχεια εφαρμόζονται μέσω της μη αποφυλάκισης των συγκεκριμένων κρατουμένων.

Ανάμεσα στο 1980 και το 2005, οι θάνατοι στις ελληνικές φυλακές αυξήθηκαν κατά 350%. Την ίδια περίοδο, 730 άνθρωποι έχασαν τη ζωή τους μέσα στη φυλακή, κάτι που αναλογεί σε 28 θανάτους το χρόνο, ή περίπου ένα θάνατο κάθε 2 εβδομάδες. Οι στατιστικές δείχνουν συνολικά 280 θανάτους κρατουμένων από το 2001 μέχρι τον Νοέμβριο του 2007, γεγονός που σημαίνει ότι 38 κρατούμενοι έχαναν τη ζωή τους ανά έτος που ισοδυναμεί με ένα θάνατο κάθε δέκα μέρες.

Για 52 από τους 457 θανάτους κρατουμένων στην περίοδο 1977 μέχρι 1996 δεν έχει αναφερθεί ποτέ η αιτία θανάτου, ενώ το ίδιο ισχύει και για τα δύο τρίτα του συνολικού αριθμού νεκρών στις ελληνικές φυλακές κατά την περίοδο 1996-2000.

Zürcher Gefängnis: Häftling tot aufgefunden

20.05.2016

Quelle: <http://www.nzz.ch/zuerich/aktuell/zuercher-gefaengnis-haeftling-tot-aufgefunden-ld.83762>

Ein 40-jähriger Mann ist am Freitag tot in seiner Zelle im Gefängnis in Zürich gefunden worden. Der Insasse hat sich das Leben genommen.

Am Freitagvormittag ist ein 40-jähriger Mann in einem Gefängnis in Zürich tot aufgefunden worden. Der Mann hatte sich in seiner Zelle stranguliert, wie die Zürcher Justizdirektion in einer Mitteilung schreibt. Der Schweizer befand sich wegen eines mutmasslichen Tötungsversuches in Untersuchungshaft, schreibt die Justizdirektion.

Der Mann war im März verhaftet worden, weil er in Nänikon bei Greifensee versucht hatte, seine Frau zu überfahren. Der zuständige Staatsanwalt bestätigte auf Anfrage, dass es sich beim Toten um diesen Herrn handelte. Die Auseinandersetzung hatte sich am 2. März 2016 am Abend abgespielt. Die 38-jährige Frau flüchtete in eine nahe gelegene Moschee. Dort wurde sie von ihrem Mann jedoch eingeholt und mit einem

Messer schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Der Täter flüchtete und konnte wenige Stunden später in Zürich festgenommen werden.

Verurteilter Mörder tot in seiner Zelle in Tonna gefunden

24.05.2016

Quelle: <http://www.tlz.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Verurteilter-Moerder-tot-in-seiner-Zelle-in-Tonna-gefunden-1194647110>

Es ist der erste Suizid in einer Thüringer Haftanstalt seit sechs Jahren. Der Straftäter saß seit 2006 ein. Erfurt/Tonna. Zum ersten Mal seit sechs Jahren ist es in einem Thüringer Gefängnis zur Selbsttötung eines Insassen gekommen: Wie das Thüringer Justizministerium mitteilte, wurde am Sonntagmorgen ein 40-Jähriger tot in seiner Zelle aufgefunden. Die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft hätten nach ihren Ermittlungen ein Fremdverschulden ausschließen können – der Gefangene habe sich allein in der Zelle befunden. Er war wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden und saß seit zehn Jahren in ein.

In den sechs Thüringer Gefängnissen, in denen derzeit insgesamt 1698 Gefangene einsitzen, starben seit dem Jahr 2000 zwar 42 Häftlinge, 20 davon aber eines natürlichen Todes. Zuletzt hatte im Jahr 2010 ein Häftling Selbstmord begangen, 2009 hatten sich in gleich fünf Inhaftierte das Leben genommen – die höchste Zahl seit dem Jahr 2000. Vor allem in der Zeit nach der Urteilsverkündung gelten Häftlinge als gefährdet. Gesellen sich zu diesem Haftshock noch das Gefühl, fast nichts mehr selbst regeln zu können, sowie Suchtprobleme, familiäre und finanzielle Sorgen, ist das Risiko eines Suizides besonders hoch. In der 2002 in Betrieb genommenen JVA sitzen Straftäter ein, die das erste Mal zu einer Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren verurteilt wurden, aber auch Verurteilte, die zum wiederholten Mal ins Gefängnis mussten und nun im Regelvollzug eine Strafe von wenigstens zweieinhalb Jahren absitzen. Aus Sicht von Gefängnisseelsorger Dietmar Niesel sind Gefangene nicht nur direkt nach der Einweisung stark suizidgefährdet, sondern auch kurz vor der Entlassung. Denn dann sei die Angst groß, es draußen, ohne die festen Strukturen in der Haft, nicht mehr zu schaffen.

Lüttringhausen

JVA: Häftling erhängt sich in Zelle

30.05.2016

<http://www.solinger-tageblatt.de/rhein-wupper/jva-haefling-erhaengt-sich-zelle-6443626.html>

REMSCHIED Ein 49-jähriger Mann, der seit dem 18. Mai in der Justizvollzugsanstalt Remscheid einsaß, wurde am Freitagnachmittag tot in seiner Zelle aufgefunden.

„Er hat sich erhängt“, berichtet Ulrich Reckert, kommissarischer Leiter der Einrichtung. Hinweise auf diese Absicht habe es nicht gegeben. Das Verhalten des 49-Jährigen bezeichnet Reckert als „vollkommen unauffällig“.

Der Mann, der aus dem Oberbergischen stammt, verbüßte seit Anfang Mai eine 18-monatige Haftstrafe wegen Bedrohung und gefährlicher Körperverletzung und war kurz nach Haftantritt von der JVA Vohwinkel nach Remscheid verlegt worden. Der Wuppertaler Staatsanwalt Heribert Kaune-Gebhardt bestätigt, dass es keinerlei Hinweise auf eine Straftat gibt. „Wir gehen von einem Suizid aus. Aber wie üblich in solchen Fällen wird natürlich alles gründlichst untersucht.“ Eine Autopsie sei angeordnet worden. Die Ergebnisse lägen aber noch nicht vor. Zak

Häftling tot in Justizvollzugsanstalt Solothurn aufgefunden

30.05.2016

Quelle: <http://www.watson.ch/Schweiz/Solothurn/693297516-H%C3%A4ftling-tot-in-Justizvollzugsanstalt-Solothurn-aufgefunden>

Ein 51-jähriger Häftling ist am Sonntagabend in einer Zelle der Justizvollzugsanstalt Solothurn in Deitingen verstorben. Zur Klärung der genauen Todesursache wurden Abklärung eingeleitet. Der Nigerianer war um 18 Uhr leblos in der Zelle aufgefunden worden, wie die Solothurner Kantonspolizei am Montag mitteilte. Der Mann sei trotz Reanimationsversuchen vor Ort verstorben. (sda)